

Der Autonomiekampf der Welschtiroler

und die Stellung der deutschen Parteien und
Regierungen.

Von Karl Bier

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zur Einführung	417
Der Auftakt	421
Der italienische Vorstoß im Reichsrat	441
Es wird ernst	446
Mit vereinten Kräften	453
Der Kampf geht weiter	465
Die Autonomiekämpfe um die Jahrhundertwende	476
Der Schlußkampf	500
Benützte Archive und Bibliotheken	509
Benützte Quellen und Darstellungen	509

Abkürzungen:

AI. = Archiv des Ministeriums des Inneren in Wien.

SA. = Statthaltereiarhiv in Innsbruck. Sämtliche zitierten Akten sind Präsidialakten.

V. = Verhandlungen des Tiroler Landtages.

VR. = Verhandlungen des Reichsrates.

Zur Einführung.

„Und wenn einmal ein Krieg unglücklich ausfällt, so wird die siegende Macht die Ausdehnung ihrer Eroberung nicht nach den inneren Einrichtungen des besiegten Landes richten.“

(Denkschrift der Abgeordneten aus dem italienischen Teil der Provinz Tirol an den hohen Reichsrat. Wien 1874.)

Klare Volksgrenzen, die sich fast überall mit natürlichen deckten, boten in der alten gefürsteten Grafschaft Tirol die günstigsten Grundlagen eines reibungslosen Zusammenlebens der Völker im Lande. Von den rund 900.000 Einwohnern entfielen über 380.000 auf den Landesteil südlich von Salurn, den die Italiener Trentino, die Deutschen meist Welschtirol bezeichneten. Gering war die deutsche Minderheit in Welschtirol. Schied man die deutschen Grenzgemeinden des Nonsberges, Unsere Liebe Frau im Walde, Proveis, Laurein und St. Felix aus dem politischen Bezirk Cles, Altrei und Truden aus dem politischen Bezirk Cavalese aus, so blieben nur die Dörfer Florutz, Gereut, Palai (Fersental) des politischen Bezirkes Trient und Lusern im politischen Bezirk Borgo als deutsche Sprachinseln im italienischen Landesteil bestehen, wenn man von den fluktuierenden städtischen Minderheiten absieht. Im deutschen Landesteil gab es überhaupt keine italienischen Siedlungen. Italiener lebten nur in größerer Zahl als Händler, Arbeiter und Gewerbetreibende in den verschiedenen Städten Deutschtirols als ständig wechselndes Element. Wenn die österreichische Volkszählung vom Jahre 1910 an die 17.000 Italiener in Deutschsüdtirol zählte, so kommt dies daher, daß die österreichische Volkszählung oberflächlicherweise die Ladiner der Gerichtsbezirke Ampezzo, Buchenstein, Enneberg und Kastelruth als Italiener zählte. Die klare Abgrenzung des italienischen Siedlungsgebietes vom deutschen hat allerdings auch bei den Italienern frühzeitig das Verlangen nach politischer Autonomie unterstützt und erleichtert.

Wer die Schwierigkeiten einer Lösung der Welschtiroler Autonomiefrage richtig einschätzen will, wird nicht übersehen dürfen, daß sie nicht nur eine Tiroler Landesfrage, sondern immer auch eine Reichsfrage gewesen ist. Der politisch führende städtische Mittelstand Welschtirols war von dem verzehrenden Feuer des „Italia una“ mehr oder weniger erfüllt und ihm die politische Führung eines völlig autonomen Welschtirols anzuvertrauen, wäre kein geringes Wagnis gewesen. Aber auch in innenpolitischer Hinsicht war die Welschtiroler Autonomiefrage eine Reichsfrage. Fast in allen Ländern und Völkern des Staates war der Gedanke der autonomen Selbstverwaltung lebendig. Jedes Zugeständnis und jede Verweigerung in der Welschtiroler Autonomiefrage

hatte seine Rückwirkungen auf die ähnlich gerichteten Bestrebungen in den anderen Ländern. Wenn in vielen Fällen ihre Ursache in der tatsächlichen oder vorgeblichen Vorenthaltung von nationalen Rechten in Schule, Sprache und politischer Vertretung war, so versagt eine solche Begründung in Welschtirol. Mußte doch schon auf dem Krensiener Reichstag der welschtirolische Abgeordnete Baron Turco feststellen, daß in seiner Heimat die italienische Sprache „in Schule, Amt und öffentlichem Leben gebräuchlich ist.“¹⁾ Wollen wir die richtige Betrachtungsgrundlage für die italienische Autonomieforderung gewinnen, so müssen wir wenigstens einen kurzen Überblick über die nationalen Rechte der Italiener in Tirol geben.²⁾

Ein bis zur Universität reichendes rein italienisches Schulwesen gewährleistete die nationale Erziehung der italienischen Jugend. In dem von den Italienern bevorzugten juristischen Studium konnte sie überdies noch die wichtigsten Vorlesungen in der Muttersprache hören und in ihr auch die Prüfungen ablegen, obwohl die Italiener aller österreichischen Länder nur rund 2,5% der Gesamtbevölkerung stellten. Der staatliche Beamtenkörper in Welschtirol war fast rein italienisch und unangefochten war die Alleinherrschaft der italienischen Sprache in Amt und Schule. Das ging so weit, daß vor einem Gericht in Welschtirol nicht einmal dann in deutscher Sprache verhandelt werden konnte, wenn beide Klageteile deutsch waren.³⁾ Die nationalen Rechte der Italiener in Tirol waren in mancher Hinsicht sogar besser gewahrt, als die der deutschen Landesmehrheit. An manchen italienischen Gerichten war kaum ein deutschsprechender Beamter zu finden, während die Deutschen im Jahre 1899 Klage führen mußten, daß in der rein deutschen Stadt Bozen von 14 Richtern 7 Italiener waren. Ungehemmt von staatlichen Eingriffen, verwalteten die Italiener ihre Städte und Gemeinden und nach dem gleichen Wahlrecht wie die Deutschen entsandten sie ihre politischen Vertreter in den Landtag und Reichsrat. Das Wort „Trentino“ war nicht nur ein Sammelname für das von Italienern bewohnte Gebiet Tirols, sondern eine politische und rechtliche Wirklichkeit, die den Italienern ein freies und eigenständiges wirtschaftliches, kulturelles und den anderen Völkern des Staates gleichberechtigtes politisches Leben ermöglichte. „Die nördliche Grenze Welschtirols, wie sie von der österreichischen Verwaltung nach dem Wiener Kongreß abgesteckt wurde, hat sich bis zum Zerfalle der Monarchie als Demarkationslinie für die nationalen Streitkräfte hüben und drüben bewährt. Abgesehen von geringfügigen Überschreitungen, sicherte sie nicht nur ein ruhiges, weil getrenntes Nebeneinanderleben der beiden Volksstämme, sondern erleichterte auch die Befriedigung der nationalen Wünsche der Italiener, indem sie ihren Siedlungsboden in vielfacher Beziehung als eigenen Verwaltungsbezirk konstituierte. Die Grenzen Welschtirols umrissen nämlich wie den geschlossenen

¹⁾ Reut-Nicolussi: Das altösterreichische Nationalitätenrecht in Welschtirol, Seite 20.

²⁾ Die folgende Ausführung der Rechte der Italiener in Welschtirol stützt sich auf die Darstellung des unter ¹⁾ genannten Werkes und auf „Das Nationalitätenrecht des alten Österreich“, herausgegeben von K. G. Hugelmann.

³⁾ Hugelmann: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich, Seite 558.

Siedlungsbereich der Italiener, so auch den Sprengel der Handels- und Gewerbekammer Rovereto, jenen der Sektion Trient des Landeskulturates, der Finanzbezirksdirektion Trient, des Schulgebietes Trient, der Sektion Trient des Landesverkehrsamtes, der Advokatenkammer Trient, der Notariatskammer Trient, der Ärztekammer Trient, der Feuerwehrunterstützungskasse für Italienischtirol.⁴⁾)

Trotz dieser Freizügigkeit bestand die welschtirolische Intelligenz auf der Trennung des italienischen Landesteiles vom deutschen Tirols. Das Wissen um die Tatsache, daß gemeinsame wirtschaftliche Interessen die beiden Landesteile einten und daß das welsche Tirol aus dem Zusammenhang mit Deutschtirol bedeutenden finanziellen Nutzen zog, weil es der ärmere Landesteil war und mehr an Mitteln vom Lande empfing, als es an Abgaben leistete, hinderte seine Führer nicht, an diesem politischen Ziele festzuhalten. Das vom rein wirtschaftlichen Standpunkte unbegreifliche Verhalten der italienischen Intelligenz beweist nicht die Unrichtigkeit der angeführten Tatsache, sondern nur die Gewalt des völkischen Einigungswillens, dessen Ziel bei vielen politischen Führern nicht nur ein autonomes Trentino, sondern der Anschluß an Italien war. Jedenfalls bestand die Auffassung, die alle österreichischen Regierungen teilten, zurecht, daß die Welschtiroler Autonomiefrage nicht nur eine Tiroler Landesfrage, sondern auch eine gesamtstaatliche Angelegenheit war. Eine andere Frage ist es freilich, ob nicht eine allgemeine Lösung des Autonomieproblems in Österreich möglich und wünschenswert gewesen wäre. In diesem Lichte betrachtet, war der von den Italienern 1874 gemachte Versuch, die Welschtiroler Autonomiefrage aus dem Interessenbereich des Landtages in den des Reichsrates zu verlegen, durchaus sinnvoll. Es ist für die Verflechtung der Autonomiefrage bezeichnend, daß damals das italienische Bemühen nach der Schaffung eines eigenen Kronlandes Trentino auf den stärksten Widerstand der Polen gestoßen ist, die durch die Aktion ein verstärktes Aufleben ähnlicher Bemühungen der, von ihnen allerdings tatsächlich unterdrückten, Ruthenen befürchteten. Aus gleichem Grunde nahmen auch die Tschechen eine völlig ablehnende Haltung ein. Auf der anderen Seite stellten sich die Ruthenen, Slowenen und liberale Deutsche auf ihre Seite.

Wir haben oben vom Kampf der italienischen Intelligenz um die Teilung Tirols gesprochen und nicht vom Kampf des italienischen Volkes in Welschtirol. Der politische Kampf um dieses Ziel ist durch all die Jahrzehnte hindurch nicht der legale Ausdruck einer italienischen Volksbewegung gewesen, deren illegale Ausprägung in der Regel der Irredentismus war, sondern eine Angelegenheit der schmalen bürgerlichen Intelligenzschicht und zuletzt zum Teil auch des sozialistischen Proletariats. Die bäuerliche Bevölkerung, zufrieden mit der kulturellen und politischen Gleichberechtigung und der muttersprachlichen Verwaltung, stand im wohlverstandenen eigenen wirtschaftlichen Interesse dieser Bewegung fern, wenn auch ihre politischen Führer sie mehr oder weniger zeitweilig unterstützten. Aus den Zei-

⁴⁾ Reut-Nicolussi: Das altösterreichische Nationalitätenrecht in Welschtirol, Seite 33.

tungen jener Tage wird man freilich ein anderes Bild bekommen; noch leben aber tausende Italiener, die diese Kämpfe miterlebt haben, Führer und Geführte, und jedermann kann die Richtigkeit dieser Feststellung beliebig oft bestätigt hören. Wenn wir es vermeiden, hierfür n a m e n t l i c h e Belege h e u t e anzuführen, so geschieht dies aus Gründen, die jedem Kenner der Lage begreiflich sein werden. Auch soll die Feststellung, daß die Autonomiebewegung in Welschtirol keine Volkstümlichkeit besessen hat, weder eine Verurteilung derer bedeuten, die die Autonomie angestrebt haben, noch jener, die sich dieser nationalen Bewegung nicht angeschlossen haben, sondern sie erfolgt nur um ihres Wirklichkeitsgehaltes willen. Dieser Sachverhalt läßt, abgesehen von den anderen Beweggründen, begreifen, warum alle maßgebenden Stellen im Lande, Krone, Regierung und Parteien,⁵⁾ stets eine große Zurückhaltung in dieser Frage beobachtet haben.

⁵⁾ Wenn in dieser Darstellung dem Verhalten der Rechten (man beachte, daß in der behandelten Zeit die Worte, grob gesprochen, das Gegenteil bezeichnen wie in der Nachkriegszeit) besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden ist, so geschah dies deshalb, weil sie während der ganzen Zeit im Landtag die überwiegende Mehrheit besessen und ihr Verhalten daher für die Frage von entscheidender Bedeutung gewesen ist.

Der Auftakt.

Die Niederlagen im italienischen Feldzug von 1859 brachten das Ende der absoluten Regierung in Österreich. Das Patent vom 21. Februar 1861 rief gewählte Vertreter zur Mitwirkung an der Gesetzgebung auf und am 6. April wurden zum ersten Male die Landtage einberufen. So geschah es auch in Tirol. Aber gleich der erste Landtag begann hier mit einem Mißklang. Ausgenommen vier Konservative, waren die italienischen Abgeordneten nicht erschienen. „Die übrigen italienischen Abgeordneten erklärten ihr Erscheinen im Landtage mit den Absichten ihrer Wähler und mit der Würde des von ihnen vertretenen Landes unvereinbar.“¹⁾ Freilich gaben die politischen Vertreter Welschtirols damit nicht den Willen der großen Masse der Landbevölkerung kund, sondern den der schmalen städtischen Mittelschicht und der großen Grundherren, aus deren Reihen sie stammten. Wer das Jahr 1848²⁾ in Erinnerung hatte, wunderte sich über solche Worte nicht, denn die Verhältnisse im Lande waren im wesentlichen ja doch die gleichen geblieben. Soweit die Welschtiroler damals einen politischen Willen kundgotan hatten, war er auf die Ausscheidung des welschen Landesteiles aus Tirol ausgerichtet gewesen. Einsichtige, wie der Landrichter Carlo Clementi aus Pergine, die auf die wirtschaftliche Schädigung des eigenen Landesteiles durch eine Trennung von Deutschtirol hinwiesen, konnten sich in diesen Zeiten völkischer Hochspannung nicht durchsetzen. Die Hoffnung auf eine militärische Besetzung des Landes zerbrach Radetzky und die auf gesetzmäßige Loslösung wurde in Frankfurt und Kremsier zuschanden.

In der Frankfurter Paulskirche stellten die Abgeordneten Giuseppe Festi und Giovanni a Prato am 3. Juni 1848 den Antrag, die italienischen Kreise Trient und Rovereto, unbeschadet ihrer Verbindung mit dem österreichischen Kaiserstaate, aus dem Deutschen Bund zu entlassen. Beda Weber brachte, unterstützt von tirolischen, steirischen und salzburgischen Abgeordneten, den Gegenantrag ein, die hohe Nationalversammlung möge nie und nimmer in die Auflösung des einheitlichen Landesverbandes und die Ausscheidung Welschtirols aus der Hoheit des Deutschen Bundes einwilligen. Zwar fand der italienische Antrag Unterstützung aus den Reihen der deutschen Linken, doch gelang es den Deutschtirolern, unter Hinweis auf Proteste aus Welschtirol gegen eine Ausscheidung und auf die strategische Bedeutung dieses Landesteiles, eine große Mehrheit für ihren Antrag zu erzielen. Viel vorteilhafter entwickelte sich die Lage für die italienischen Abge-

¹⁾ „Denkschrift der Abgeordneten aus dem italienischen Teil der Provinz Tirol an den hohen Reichsrat.“ Seite 13.

²⁾ Die Darstellung der Ereignisse im Autonomiekampf im Jahre 1848 wurde der Wiener Dissertation O. Gschließers: Die nationale Einheitsbewegung in Tirol im Jahre 1848, Seite 119 ff. entnommen.

ordneten auf dem Reichstag zu Kremsier im nächsten Jahre, wo der Antrag auf parlamentarische und politische Selbständigkeit Welschtirols mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Der Einspruch des Fürsten Schwarzenberg bewog aber den Ausschuß zur Rücknahme dieses Beschlusses, allerdings nur mit einer Mehrheit von einer Stimme. Das neuerliche Einsetzen der absoluten Regierung am 4. März 1849 machte dem Kampf um die Selbständigkeit Welschtirols auf gesetzlichem Boden ein Ende.³⁾

Das Jahr 1859 erweckte in vielen Welschtirolern die Hoffnung auf den Anschluß an Italien. Ein halbes Tausend Italiener städtischer Herkunft suchte dieses Ziel in den Reihen piemontesischer Regimenter zu verwirklichen.

Das war das letzte politische Erleben der Männer, die im Jahre 1861 den Landtag betreten. Der Tiroler Landtag bestand gemäß der Landesordnung vom Jahre 1861 aus vier Virilisten und 64 gewählten Abgeordneten. Die Wahlordnung war so eingerichtet, daß die Landgemeinden 34, die Städte und größeren Orte und die Handels- und Gewerbekammern in beiden Landesteilen 16 und der adelige Großgrundbesitz 10 Abgeordnete entsandten. Dazu kamen noch vier geistliche Mandate. Die Wahlordnung war also von einer demokratischen im modernen Sinne noch weit entfernt. Das Übergewicht, das sie den höheren und städtischen Gesellschaftsschichten gab, wirkte sich im italienischen Landesteil für die Landeseinheit recht ungünstig aus. Denn in Welschtirol war es wie in Deutschtirol: in den Städten herrschten die Liberalen ebenso unbedingt, wie die Konservativen auf dem Lande. War der konservativ-liberale Gegensatz im deutschen Teile Tirols eine innen- und kulturpolitische Angelegenheit, so war er im italienischen Landesteile weit mehr als das. Hier war die führende Stellung der Nationalliberalen eine staatspolitische Angelegenheit und Gefahr, die einem Deutschen, der Österreich ungeschmälert erhalten wollte, nicht gleichgültig sein konnte. Denn das Axiom des politischen Handelns der nationalliberalen Partei, deren Geist in nationalen Fragen auch die Geistlichkeit zeitweise zum großen Teile sichtlich unterlag, war durch alle Jahrzehnte hindurch das gleiche: die Lostrennung Welschtirols von Deutschtirol, der in der Hoffnung der meisten die vom österreichischen Staate folgen sollte. Parteioffiziell wurde natürlich nur die Trennung Welschtirols von Deutschtirol besprochen und gefordert. All das wäre noch nicht so schlimm gewesen, wenn nicht die Lage der auch in Welschtirol konservativen und staatsreuen Bauernschaft so grundverschieden von der der deutschtirolischen gewesen wäre: in Deutschtirol war ein seit Urzeiten freier, unabhängiger Bauernstand heimisch, in Welschtirol hingegen waren die Bauern als Zwerggrundbesitzer und Pächter in höriger Abhängigkeit der Signori, der Großgrundbesitzer, der Kaufleute und Rechtsanwälte. So kam es, daß, trotzdem die deutschen Konservativen mit Recht sagen konnten, die Selbstständigkeitsbestrebungen der Italianissimi⁴⁾ hätten in der bauerlichen Bevölkerung keinen Anhang, dieselbe nicht immer Gesinnungsgenossen

³⁾ Mayr, Irredentismus, Seite 233.

⁴⁾ Ein Sammelname für die extrem national eingestellten Italiener in Österreich, der oft gleichbedeutend mit Irredentisten gebraucht wurde.

der deutschen Konservativen, sondern oft Abgeordnete entsandte, die von der Notwendigkeit der Loslösung Welschtirols durchdrungen und überzeugt waren.⁵⁾

Diese Umstände vermögen die geringe Beschickung des ersten Landtages durch die Italiener zu erklären. Dann aber muß auch der eben erst für Italien erfolgreich abgeschlossene Krieg und die Taktik der italienischen Irredenta berücksichtigt werden, die der Bevölkerung nicht ohne Erfolg einredete, die Abtretung müsse doch früher oder später kommen, oder daß die mißliche wirtschaftliche Lage der Bauernschaft nur auf die unmäßige und maßlose Besteuerung durch die Herren in Innsbruck zurückzuführen sei.⁶⁾ Die innere Lage in Österreich war noch wenig gefestigt und im Süden wuchs Italien zum Einheitsstaat und streckte auch nach dem Friedensschluß seine geheimen Fühler nach den „unerlösten“ Gebieten aus.

In dieser Zeit durften auch die italienischen Konservativen nicht gegen den Strom schwimmen und am 12. April überraschten die vier im Landtag erschienenen italienischen Abgeordneten denselben mit folgender Erklärung: „Von den vielen italienischen Deputierten, welche bei diesem Landtag die Bevölkerung Italienisch-Tirols vertreten und ihre Interessen wahren sollten, sind wir Unterzeichneten in der geringen Zahl von vieren die Einzigen, die in dieser hohen Versammlung sitzen. Der Grund dieser Isolierung, in der wir uns befinden, liegt in der bei Gelegenheit der jüngsten Wahl bereits allgemein ausgedrückten Meinung, daß die Interessen des italienischen Tirols nicht gemeinschaftlich in den Landtagen zu Innsbruck verhandelt werden können, wegen der Verschiedenheit der Sprache und der entgegengesetzten Elemente und Interessen und wegen der überwiegenden Mehrzahl der Deputierten Deutschtirols. Sie halten die passive Opposition der Mehrzahl ihrer Kollegen nicht für den richtigen Weg der Durchsetzung ihres Zieles, das bei der Verschiedenheit der geographischen Lage, der Erträge

⁵⁾ Die „Tiroler Stimmen“ vom 19. 12. 1864 schrieben, die Wahlen in Welschtirol mißlängen nur deshalb so oft, weil die Bevölkerung zu sehr von den Signori abhängig sei. In einem Bericht an das Ministerium vom 29. 6. 1862 (Al. 3543) heißt es: „Um der von Deutschtirol mit Recht so hoch gehaltenen Landeseinheit gerecht zu werden, könnte im Prinzip das gegenwärtig beantragte Gesetz (Anm.: über die Organisation der Landesverteidigung) in seinem ganzen Umfang auf das ganze Land ausgedehnt werden. Allein zugleich mit dem Erscheinen des Gesetzes müßte festgesetzt werden, daß im italienischen Landesteil vorderhand und auf bestimmte Zeit das Gesetz nicht in Wirksamkeit zu treten habe... Wenn auch die Mehrheit der Landbevölkerung nicht regierungsfeindlich gesinnt ist, so weiß man doch zu gut, daß die in der Mehrzahl schlechtgesinnten Großgrundbesitzer, Advokaten, Doktoren usw. in kritischen Zeiten die Kompanien leicht auf ihre Seite bringen würden.“ In der Schrift „La lotta per l'autonomia nel Trentino“ von Scipio Sighele wird bedauernd festgestellt, daß selbst im Jahre 1897 noch der Autonomiekampf in der Bevölkerung des italienischen Landesteiles wenig Aufmerksamkeit fand.

⁶⁾ Im Jahre 1901 kämpften die Sozialisten mit der Losung, Welschtirol brauche die Autonomie, um eine weitere Bereicherung der Deutschen auf Kosten der Italiener zu verhindern. Was damals die „Brixener Chronik“ (am 16. 8. 1901) schrieb, galt auch schon im Jahre 1861: „Wenn sich dann hie und da ein Gemeindeglied über die Höhe der Abgaben beklagt, da ist man mit der Antwort bald fertig: man müsse viel nach Innsbruck einsenden, denn die Deutschen verlangen viel und zahlen wenig.“ Vergleiche hiezu die Abrechnung des Landesausschusses Seite 455.

des Bodens und der Industrie- und Handelsbeziehungen, der Sitten und Gebräuche der Bevölkerung nur die Schaffung eines eigenen Landesstatuts mit einem eigenen Landtag in Trient sein kann.“ Dabei könnten gewisse Angelegenheiten, „wie z. B. die Ergänzung des vaterländischen Regiments, das Marschkonkurrenz- und das Militäreinquartierungswesen, der Zoll- und Handelsverbände und die großen Kommunikationsstraßen“ gemeinschaftlich behandelt werden. „Als natürliche Folge eines abgesonderten italienischen Landtages würde sich die Notwendigkeit einer Kreisregierung oder Statthaltereisektion ergeben . . .“ Hierin sehen sie die einzige Möglichkeit, ein befriedigendes Verhältnis zwischen beiden Teilen zu erstellen. Sie sind überzeugt, daß nur der Mangel dieser selbständigen Verwaltung und „die erzwungene Gemeinschaft heterogener Interessen und Elemente bis jetzt eine herzliche Verbrüderung des italienischen mit dem deutschen Tirol verhinderte“. Sie stellen daher den Antrag: „Die hohe Versammlung wolle die Billigkeit und Gerechtigkeit, ja die Notwendigkeit anerkennen, daß dem italienischen Landesteil ein eigenes Landesstatut und ein abgesonderter Landtag in Trient zur Verhandlung der eigenen besonderen Interessen verliehen werde, mit Wahrung des Provinzialverbandes und mit Vorbehalt der in Gemeinschaft nach der zu bestimmenden Weise zu verhandelnden Angelegenheiten.“⁷⁾

Es war für den Landtag ein geringer Trost, daß der Antrag nicht die Aufstellung des eigenen Landesstatuts verlangte, sondern nur die Anerkennung der Billigkeit dieses Verlangens. Der eingesetzte Ausschuß legte am 20. April 1861 dem Landtag seinen Bericht vor und beantragte den Übergang zur Tagesordnung mit der Begründung, daß der Zeitpunkt zur Behandlung des italienischen Antrages ungeeignet sei und er auch nur von vier Abgeordneten unterstützt werde. Die Konservativen als Beherrscher des Landtages drangen also noch nicht, wie zu späterer Zeit, auf grundsätzliche Ablehnung des Antrages, für die sie zum großen Teil zweifellos eingenommen waren. Ja, es erhob sich sogar aus ihren Reihen eine Stimme in der Person des Prälaten Adalbert Regli von Gries, die dem italienischen Antrag weitgehend entgegenkam: „Vielleicht ließe sich die Sache vereinigen, wenn man anträgt: Es ist nur ein Landtag in Tirol, er besteht aus Abgeordneten, die jetzt schon bestimmt sind; dieser Landtag tagt an zwei Orten: in Innsbruck die Abgeordneten von Deutschtirol und in Trient die von Italienischtirol. Die Deutschen mischen sich nicht in die italienische, die Italiener nicht in die deutsche Sache, insoweit es nicht allgemeine Sachen des ganzen Landes betrifft.“⁸⁾ Diese Worte sind von den Italienern unvergessen geblieben. Als die Italiener im Jahre 1897 eine Reform der Landesordnung dem Ministerpräsidenten überreichten, beriefen sie sich dabei auf „diese von einem deutschen Prälaten geäußerte Idee“.⁹⁾ Vergeblich versuchte Fürstbischof Benedikt von Riccabona die Abgeordneten zu gewinnen: „Viele sind der Ansicht, daß wir uns von Deutschtirol zu trennen suchen. Wir haben das nicht im Sinne. Wir

⁷⁾ V. 12. 4. 1861.

⁸⁾ V. 20. 4. 1861.

⁹⁾ „An Seine Exzellenz...“ Anhang.

verlangen nur, in unserer Sprache für unseren Teil unsere Interessen verhandeln zu können und wollen noch im Provinzialnexus verbleiben. Gegenwärtig ist das noch ein Mittel, den größten Teil der Bevölkerung zu befriedigen, obschon ein Teil seine Sondergelüste nicht verhehlt . . .“¹⁰⁾

Die Haltung der konservativen Italiener war nicht eindeutig. Der Bischof betonte in seiner Rede die sprachlichen Schwierigkeiten, die eine gemeinsame Verhandlung im Landtag behindern. Da er aber die Angelegenheiten von gemeinschaftlichem Interesse auch weiterhin gemeinsam verhandelt wissen wollte, so meinte der deutsche Abgeordnete Putzer, daß zu diesem Zwecke der gemeinsame Landtag oder ein ähnlicher parlamentarischer Verband weiter bestehen müßte, daß aber dann eben in diesem Verbande die sprachlichen Schwierigkeiten auftauchen würden. Darauf entgegnete der Abgeordnete K. von Riccabona: „Parlamentarischer Verband? Von dem ist gar keine Rede, durchaus nicht!“ Diese Worte fanden bei der deutschkonservativen Landtagsmehrheit natürlich keine gute Aufnahme und sie sind auch schwer mit den Worten des Bischofs vereinbar, die sagen, daß eine Trennung nicht beabsichtigt sei. Der italienische Antrag fand Unterstützung auf deutschliberaler Seite, wurde aber mit 38 : 11 Stimmen abgelehnt, indem ein Vermittlungsantrag des konservativen Abgeordneten Hasselwandter angenommen wurde, es solle den italienischen Wünschen „bei der Besprechung der Gemeindeordnung über die Stellung und den Geschäftskreis der Kreisgemeinden billige und gerechte Rücksicht getragen werden“.¹¹⁾

Die Stellungen waren in den Sechzigerjahren noch nicht allseits und klar gezogen. Es ist interessant, daß sogar von untergeordneter amtlicher Seite ein gemeinsamer Landtag für unmöglich erklärt wurde, wenn auch eingeräumt wurde, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Regelung dieser Angelegenheit infolge der Hetze der Irredentisten ungünstig sei.¹²⁾ Das führende Blatt der konservativen Partei, die „Tiroler Stimmen“, übernahm am 16. Mai 1862 einen Aufsatz aus der „Gazzetta di Trento“, in dem es hieß: „Es ist und bleibt unmöglich, daß italienische Abgeordnete des Kreises Trient je zum deutschen Landtag in Innsbruck erscheinen werden . . . Gleich den Rumänen, Serben, Ruthenen und Slowenen, gleichwie Istrien, Görz, Vorarlberg und Salzburg, erwarten auch die Italiener im Süden Tirols das Recht der Selbständigkeit in den inneren Angelegenheiten und wollen treu ergebene Untertanen Seiner Majestät, nicht aber Heloten einer anderen Rasse sein.“¹³⁾ Diese Anschauungen blieben aber nicht unwidersprochen. Bereits am nächsten Tag erschienen in den „Tiroler Stimmen“ selbst „Unsere Bemerkungen zu den Wünschen der welschen Südtiroler“. In ihnen und in weiteren Artikeln im Juni des Jahres wurde die ablehnende Haltung immer ausgeprägter. „In necessariis unitas“ hieß es am 18. Juni 1862; die wirtschaftliche Verflechtung sei viel zu tief-

¹⁰⁾ V. 20. 4. 1861.

¹¹⁾ V. 20. 4. 1861.

¹²⁾ SA. Bericht des Kreiskommissärs Attlmayr vom 24. 4. 1861.

¹³⁾ „Tiroler Stimmen“ 16. 5. 1862.

gehend, um eine Scheidung schadlos vornehmen zu können.¹⁴⁾ Hingegen könnte den Italienern ein Berufungsgericht¹⁵⁾ und die ebenfalls geforderte Statthaltereidepartement¹⁶⁾ zugestanden werden. Die italienische Forderung nach einer Teilung des Landes sei durch die Verfassung nicht zu rechtfertigen, und gänzlich fehl am Platze sei der Vorwurf des Helotentums, wo doch in Welschtirol nur 0.80 fl. Steuer auf den Kopf entfallen, in Deutschtirol aber 1.50 fl.

Am 8. Jänner 1863 wurde die zweite Session des Landtages eröffnet. Diesmal erschienen sechs italienische Abgeordnete, zu denen später noch ein siebenter kam. Mit Erstaunen stellten die „Tiroler Stimmen“ das Fernbleiben ihrer italienischen Gesinnungsgenossen in solchem Ausmaße fest.¹⁷⁾ Doch auch die erschienenen Abgeordneten erklärten am 19. Jänner, daß ihr Erscheinen „nicht im mindesten die Rechte und Interessen von Italienischtirol . . . zu beeinträchtigen vermöge“.¹⁸⁾ Überdies konnte auch in diesem Jahre kein Zweifel sein, daß die konservativen Italiener bis zu einem gewissen Grade das gleiche Ziel anstrebten, wie ihre ferngebliebenen Amtsgenossen, wenn sie noch sagten: „Die Schwierigkeit unserer Stellung ist außerdem noch dadurch erhöht, daß sowohl die anwesenden als auch die abwesenden Abgeordneten nach einer Trennung des italienischen vom deutschen Tirol, wengleich durch verschiedene Mittel und in verschiedenem Grade, streben und streben müssen.“¹⁹⁾ Zu dieser weitgehenden Erklärung sahen sich die erschienenen Abgeordneten schon deshalb veranlaßt, weil sie sonst befürchten mußten, daß ihnen die Agitation ihrer radikaleren Kollegen in der Heimat den Boden abgrub. Elf von diesen hatten nämlich in einer Denkschrift an den Landtag ihr Fernbleiben mit der Behauptung begründet, daß „eine gänzliche Trennung des tridentinischen Gebietes von der Grafschaft Tirol und die Wiedereinsetzung des ersteren in seine vollkommene Nationalautonomie für dasselbe ein Lebensbedürfnis ist“.^{19a)} Diese Neuordnung zu treffen, sei aber ihrer Ansicht nach nicht der Landtag, sondern nur der Reichsrat und der Kaiser befugt.

Es unterschied also die erschienenen italienischen Abgeordneten von den nicht erschienenen der Weg und das Ausmaß der Zielsetzung. Am 9. März 1863 brachten erstere ihren Selbstständigkeitsantrag ein. Ihn erläuterte Abg. Sartori am 23. d. M.: „Die Änderung der Landesordnung besteht in einer Novelle, welche die Teilung des Landtages in zwei Abteilungen für die Interessen beider Landesteile normiert, ohne jedoch die Wirksamkeit des Landtages in allgemeinen Angelegenheiten zu präjudizieren oder den Provinzialverband im mindesten zu lockern. Dies ist gewiß das unschuldigste und am mindesten einschneidende Auskunftsmittel“, meinte der Abgeordnete etwas gar zu harmlos, „welches man finden kann, um die Verhältnisse von

¹⁴⁾ „Tiroler Stimmen“ 18. 6. und 7. 7. 1862.

¹⁵⁾ „Tiroler Stimmen“ 20. 6. 1862.

¹⁶⁾ „Tiroler Stimmen“ 17. 5. 1862.

¹⁷⁾ „Tiroler Stimmen“ 11. 3. 1863.

¹⁸⁾ V. 19. 1. 1863.

¹⁹⁾ V. 14. 1. 1863.

^{19a)} V. 14. 1. 1863. Vgl. auch Anmerkung ²¹⁾.

Deutsch- und Welschtirol zu ordnen und zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.“²⁰⁾

Auf Wunsch der italienischen Abgeordneten wurde ein Ausschuß zur Beratung des Antrages eingesetzt, der am 30. März dem Landtag Bericht erstattete. Er war der Meinung, daß jetzt am Ende der Session die zum Beschlusse der gewünschten Änderung der Landesordnung erforderliche Dreiviertelzahl der Abgeordneten nicht mehr vorhanden sein würde und überdies die Zeit für die notwendige gründliche Durchberatung dieser Frage viel zu kurz wäre. „Doch findet er sich veranlaßt, zu erklären, daß der Gesamteindruck der von den italienischen Abgeordneten gestellten Anträge ein solcher war, daß mit Grund angenommen werden kann, die gestellten Anträge können eine geeignete Grundlage zur so sehr wünschenswerten Vereinbarung bilden.“ Der Ausschuß schlug vor, die Angelegenheit beim nächsten Zusammentritt des Landtages in Verhandlung zu ziehen.²¹⁾

Es geschah dies zwar nicht im Jahre 1864, aber es wurde auf italienischen Antrag der einstimmige Beschluß gefaßt, bei der Regierung auf die Errichtung einer Statthaltereidepartement in Trient zu dringen, wobei man vielleicht deutscherseits auch hoffte, auf diesem Wege die staatsfeindlichen Umtriebe in Welschtirol leichter überwachen zu können. Wie notwendig dies war, zeigten die Ereignisse des Sommers 1864. Nur durch rechtzeitiges Eingreifen der Behörden konnte im August ein Putschplan unschädlich gemacht werden. Zur Sicherung der italienischen Grenze wurden zeitweilig sogar die freiwilligen Schützen der Bezirke Bruneck, Welsberg, Ampezzo und Sillian aufgeboten.²²⁾

Konservative Kreise waren auch für weitere Zugeständnisse zu haben, für eine Teilung der 10 Mandate der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes zwischen den beiden Landesteilen und für eine Vermehrung der Mandate in den italienischen Landgemeinden, die ja in der Staatsgesinnung zuverlässig waren.²³⁾ Man hatte Vertrauen zur Landbevölkerung und war der begründeten Ansicht, die Wahlen mißlingen nur deshalb in Welschtirol, weil die bäuerliche Bevölkerung ganz in Schuld und Abhängigkeit der irredentistischen Signori wäre. Selbst in dem gewiß heiklen Punkte der Landesverteidigung hatte das führende konservative Blatt Vertrauen zu den Welschtiroler Bauern: „Die italienischen Landesverteidiger werden ebenso brav und verlässlich sein, als es die wackeren Kaiserjäger sind, wenn sie so wie diese geführt werden.“²⁴⁾ Die Organisation der Landesverteidigung sei geeignet, „ein neues und festes Band zwischen dem deutschen und italienischen Landesteil zu knüpfen“²⁵⁾, das Selbstbewußtsein der Bauern gegenüber den Signori werde gehoben und die Organisation der Landesverteidigung könne sogar ein Weg zur Gewinnung der Städte werden. Auch die liberale „Bozner Zeitung“ setzte in die Landbevölkerung Vertrauen

²⁰⁾ V. 23. 3. 1863.

²¹⁾ V. 30. 3. 1863.

²²⁾ Mayr, Irredentismus, Seite 252 ff.

²³⁾ „Tiroler Stimmen“ 20. 6. 1864.

²⁴⁾ „Tiroler Stimmen“ 20. 12. 1864.

²⁵⁾ An amtlicher Stelle hatte man aber doch Bedenken, die nicht die Gesinnung und Haltung der Landbevölkerung, wohl aber die der Signori betrafen. Vergleiche oben Anmerkung ²⁾.

und forderte ihre Befreiung aus der Hörigkeit der Signori, die sich sicherlich auch staatspolitisch günstig ausgewirkt hätte.²⁶⁾

Die vom Ausschuß im Jahre 1863 gewünschte Behandlung der Autonomiefrage erfolgte weder in diesem noch im folgenden Jahre. Zwar wünschten die Italiener am 18. Dezember 1865 die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Behandlung dieser Frage, erklärten sich aber am 9. Jänner 1866 mit der Überweisung ihres Antrages an den Landesausschuß zufrieden, weil sie sich in der erwarteten stärkeren Beschickung des Landtages durch ihre Volksgenossen enttäuscht sahen.²⁷⁾

Zwischen der vierten und fünften Session lag der bittere Kriegssommer 1866. Für alle Deutschen ein gesamtdeutsches Unglück, bedeutete er für die deutschen Tiroler überdies die neuerliche Entfaltung der welschen Gefahr. Hatte im Jahre 1859 Napoleon aus eigenem Interesse ein Hinaustragen des Krieges auf Tiroler Boden hintangehalten, um nicht mit dem deutschen Bund in Konflikt zu kommen, so fiel diese Schwierigkeit nach seiner Auflösung hinweg. Als aber nach dem Nikolsburger Frieden Truppen vom nördlichen Kriegsschauplatz nach Tirol geworfen werden konnten, das bisher nur von wenigen Bataillonen unter General Kuhn verteidigt worden war, war das schon arg bedrohte Trient bald gerettet. Daß aber General Kuhn mit seinen wenigen Soldaten Welschtirol im großen und ganzen hatte halten können, war nicht zuletzt dem Umstande zu danken, daß die große Masse der welschtirolischen Bevölkerung trotz der angestrengtesten Bemühungen der in- und ausländischen Garibaldianer sich ruhig verhalten hatte. Die Garibaldianer hatten sich durch ihr zum Teil recht zuchtloses Auftreten in den von ihnen vorübergehend besetzten welschtirolischen Grenzgebieten nicht beliebt gemacht, ein Grund mehr, daß die wiederkehrenden österreichischen Truppen allgemein herzlich aufgenommen wurden.²⁸⁾ Wo sich Widersetzlichkeiten und Schwierigkeiten zeigten, waren nationalistische Kräfte aus den Städten am Werke, die auch nach Beendigung des Krieges das Land noch beunruhigten. War die Stimmung in der Bevölkerung den irredentistischen Bemühungen wenig günstig und war das Ziel der Irredenta, die Zerstückelung Tirols, im Kriege nicht erreicht worden, so gab sie deshalb das Land bis zum Brenner nicht verloren. Ein geheimes Nationalkomitee forderte die Trientiner zu nationalem Widerstand auf und vertröstete sie auf eine Angliederung an Italien in einer nicht allzu fernen Zukunft.²⁹⁾ Infolge der ausgesprochenen Begnadigung kehrten viele politische Flüchtlinge zurück, um ihre irredentistische Arbeit im Lande fortzusetzen, deren Endziel im Mazzinischen Programm vom 25. August 1866 mit der Abtrennung allen Landes bis nach Bruneck hinauf vorgezeichnet war.³⁰⁾

In dieser politisch erregten Zeit begann im November des Jahres der Landtag zu tagen. Am 24. d. M. erstattete der Abg. Dr. Leonardi

²⁶⁾ 18. 9. 1866.

²⁷⁾ 19. 4. 1864.

²⁸⁾ Streiter: „Blätter aus Tirol“ Seite 256 f.

²⁹⁾ Streiter: „Blätter aus Tirol“ Seite 261.

³⁰⁾ Mayr, Irredentismus, 262 ff.

namens des Landesausschusses Bericht über die demselben in der vorigen Session zugewiesenen Autonomieanträge der Italiener und empfahl ihre Vertagung unter anderem mit der Begründung, daß die Tagungszeit bald ablaufe und Neuwahlen bevorstünden. Damit war ein Teil der Konservativen durchaus nicht zufrieden. Der unglückliche Krieg und die nicht enden wollende Aufrührpropaganda in Welschtirol bewog sie zu einer entschiedenen Ablehnung aller Bestrebungen, die auf eine Sonderstellung Welschtirols abzielten.³¹⁾ Abg. Greuter erreichte, freilich nur mit einer Stimme Mehrheit, die Abweisung des Autonomieantrages durch den bedingungslosen Übergang zur Tagesordnung. Die scharfen Worte, die von deutschkonservativen Abgeordneten über Welschtirol gefallen waren, wurden von den anwesenden Italienern bedauert. doch fanden auch sie, daß die Lage im Lande zurzeit eine Behandlung der Frage nicht empfehlenswert erscheinen lasse.

Die deutschliberale Landtagsminderheit war weniger kampfbegierig in dieser Angelegenheit und hatte mit den Italienern gegen den Greuterschen Antrag gestimmt. In der liberalen Presse sprach man gerade jetzt von der Zweckmäßigkeit der Einrichtung einer Statthaltereiabteilung in Trient, die noch immer nicht errichtet worden war, und setzte sich für die Einführung von Bezirksvertretungen ein, durch die dem italienischen Verlangen nach unabhängigem Schalten über die Gemeindeverwaltung hinaus in hinreichendem Maße gedient worden wäre. Einen eigenen Landtag, Landesausschuß und selbständiges Budgetrecht, durch welche Einführungen Welschtirol zu einem unabhängigen Kronland geworden wäre, wollten allerdings auch die Liberalen nicht zugestehen.³²⁾ Auch sie verstanden schließlich die Bedenken, die die „Tiroler Stimmen“ aus dem führenden Wiener konservativen Blatte „Vaterland“ übernommen hatten: „Aber haben die Herren wohl überlegt, welche ungeheure Bedeutung in dem Gedanken liegt, an der Grenze der landeshungrigen Italiener ein Stück der Monarchie, durch fünfzigjährige Verwaltung verwelscht, aus seinem provinziellen Nexus loszuwinden, sich selbst zu überlassen und dort eine Kanzel aufzurichten, von der tagaus, tagein die Annexion an Italien gepredigt würde . . . Südtirol ist gut kaiserlich. Die Tätigkeit und der Terrorismus der welschen Partei, welche in den Städten, auf den Gymnasien, unter den Comptoristen und in den Malcontentenkreisen der höheren Gesellschaft ihre Proselyten und Agenten hat, auf der einen, die Schläfrigkeit und der Quietismus der Konservativen auf der anderen Seite. erklären die sonderbare Erscheinung, daß ein Land, welches in seiner großen Mehrheit an Österreich und dem Kaiser aufrichtig hängt und bei einer politischen Verbindung mit Tirol, der Monarchie und Süddeutschland alles zu gewinnen und bei einer Annexion an Italien alles zu verlieren hat, durch die Phantasie seiner Jugend, die Tollheit der Zeit . . . durch Indiffe-

³¹⁾ Erst zwei Tage vorher war dem Landtag ein von neun der nicht erschienenen Abgeordneten unterzeichnetes Gesuch an das Innenministerium um Teilung Tirols bekannt gegeben worden. (V. 22. 11. 65.) Die Regierung lehnte wie schon im Jahre 1863 eine Behandlung dieses Verlangens ab, weil den Abgeordneten außerhalb des Landtages keine Vertretungsbefugnis zukomme.

³²⁾ „Innsbrucker Tagblatt“ 29. 8. und 22. 11. 1866.

rentismus und Unwissenheit dahin gebracht ist, mit verbundenen Augen in das eigene Verderben zu rennen.“

Diese Sätze kennzeichnen die Haltung der Konservativen, mit der sie im November des Jahres den Landtag betreten hatten, sie kennzeichnen aber auch die völlige Verkennung des Wertes und der Gewalt der völkischen Idee, die deutlich hinter den italienischen Autonomiewünschen als treibende Kraft bei der städtischen Intelligenz zu erkennen war.

Die Annahme des oben erwähnten Greuterschen Antrages genügte dem konservativen Abg. Baron Ignaz Giovanelli nicht. Er nahm die Versendung einer hochverräterischen Flugschrift³³⁾ an die Abgeordneten zum Anlaß, die Einsetzung eines siebengliedrigen Ausschusses zu verlangen, um Mittel zur Wahrung der bedrohten Landeseinheit zu beraten. Ritter von Sartori betonte, auch er und seine Kollegen wünschen, daß Tirol ungeteilt und ungeschmälert bleibe. Die Demonstrationen und hochverräterischen Bestrebungen in Welschtirol seien aber übertrieben dargestellt und es gäbe nur eine ganz kleine annexionslustige Partei im Lande.

Es war klar, daß die Annahme dieses Antrages die Spannung zwischen den beiden Landesteilen verschärfen würde und die Stellung der im Landtag erschienenen italienischen Abgeordneten in der Heimat zu untergraben geeignet war. Daher suchte der Abg. Dr. Leonardi durch einen Abänderungsantrag dem Giovanellischen Antrag die Spitze zu nehmen, indem er vorschlug, einen Ausschuß aus 15 Abgeordneten zu bilden, um die Lage des italienischen Landesteiles einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, die Ursachen der dort angeblich vorgefallenen Unordnungen auszuforschen und die Mittel zu bezeichnen, welche geeignet erscheinen, die Ruhe und das gute Einvernehmen im Lande wieder herzustellen und die Einheit des Landes auf die Dauer zu wahren. Der Landtag entschied sich aber für den Giovanellischen Antrag.³⁴⁾

In dem Ausschuß saßen nur Konservative und als einziger Italiener der Trienter Kreisgerichtspräsident Freiherr von Cresseri. Die deutschen Liberalen waren nicht vertreten. Wenn wir den Ausführungen des liberalen Abgeordneten Streiter³⁵⁾ glauben wollen, so sind von Baron Giovanelli scharfe Maßnahmen zur Eindämmung der aufrührerischen Wühlereien vorgeschlagen worden, doch entschied man sich letztlich zum gegenteiligen Verfahren, indem man die abseits stehenden Kreise der Welschtiroler durch wirtschaftliches Entgegenkommen zu gewinnen suchte. In Wien wollte man, nach Streiter, keine Gewaltmaßnahmen wie Güterbeschlagnahmungen und Verhängung des Belagerungszustandes anwenden, für welchen Fall Freiherr von Cresseri auch den Austritt der Italiener aus dem Landtag angedroht haben soll.

³³⁾ In dieser Flugschrift, deren Abdruck in den „Verhandlungen des Tiroler Landtages“ auf ausdrücklichen Wunsch des Oberstaatsanwaltes unterblieben ist, hieß es nach J. N. Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 239: „Habt Vertrauen auf eine nicht mehr allzu ferne Zukunft, in der es euch vergönnt sein wird, eure Hütten und Schlösser mit dem dreifarbigem Banner zu schmücken und frei auszubrechen in den Ruf, es lebe das einige Italien, es lebe Viktor Emmanuel unser König.“

³⁴⁾ V. 26. 11. 1866.

³⁵⁾ Streiter: „Blätter aus Tirol“, Seite a63 ff.

Der Ausschuß zeitigte daher keineswegs jene scharfen Beschlüsse, die man nach der Stimmung bei seiner Einsetzung hätte erwarten können. Es wurde sogar die Errichtung zweier politischer Behörden vorgeschlagen, „welchen ein möglichst umfassender und selbständiger, administrativer Wirkungskreis in zweiter Instanz zuzuweisen ist“.³⁶⁾ Man schlug zwei solche Behörden vor, um nicht seinerseits die von den Italienern behauptete politisch-historische Individualität Welschtirols durch Verwaltungsmaßnahmen förmlich zu dokumentieren.³⁷⁾ Andererseits erklärte der Ausschuß: „Wir halten an dem Satze fest, daß wir den revolutionären Wühlereien entgegenreten und ihnen jeden Boden entziehen wollen, daß wir die Einheit des Landes festhalten und Süd- und Nordtirol immer enger verbinden wollen, und daß wir das Bindemittel darin suchen, daß die verschiedenartigen Wünsche der einzelnen Landesteile vollständig befriedigt werden.“³⁸⁾ Dagegen konnte von keiner Seite eine Einwendung gemacht werden, denn auch die italienischen Abgeordneten, soweit sie im Landtag erschienen waren, hatten an der Einheit des Landes, zumindest theoretisch, festgehalten. Überdies wurde eine Reihe fühlbarer wirtschaftlicher Erleichterungen für Welschtirol vorgeschlagen, z. B. bezüglich der Leistung des Getreideaufschlages in den Grenzgemeinden, die Truppen sollten in Kasernen und nicht wie bisher durch die Gemeinden gegen teilweise Entschädigung untergebracht werden, und der Tabakbau sollte gefördert werden. Dennoch war den italienischen Abgeordneten die ganze Aktion nicht angenehm, weil sie gewärtig sein mußten, in der Heimat ob ihres Mißerfolges in der Selbständigkeitsfrage von den ferngebliebenen Abgeordneten mit Hohn überschüttet zu werden. Da war es ihnen gewiß nicht unwillkommen, daß sie von den Deutschliberalen zu Fall gebracht wurde, die aus zentralistischen Beweggründen dagegen Einspruch erhoben, daß sich der Ausschußantrag auf das Manifest vom 20. September 1865 stützte, welches erklärte, „daß die Mannigfaltigkeit der verschiedenen Länder des Reiches beachtet und ihre geschichtliche Rechtsentwicklung gesichert werden mußte. Im Vertrauen auf dieses kaiserliche Wort“, hieß es im Antrag, „erlaubt sich daher der treuehormsamste Landtag ehrfurchtsvollst die Hoffnung auszusprechen, daß, nebst der Einheit auch die Eigentümlichkeit des Landes in alle Zukunft gewahrt bleiben“. Diese Berufung auf das föderalistische Septembermanifest war den zentralistischen Deutschliberalen ein Dorn im Auge. Da sie mit 16 Abgeordneten zu schwach waren, den Antrag niederzustimmen, verließen sie mit einem Teil der Italiener den Saal und mach-

³⁶⁾ V. 26. 11. 1866.

³⁷⁾ Dazu schrieben die „Tiroler Stimmen“ am 17. 1. 1867: „Wenn wir nun aber für die Errichtung administrativer Behörden für Welschtirol das Wort ergreifen, nachdem wir uns doch früher für die Idee einer Statthaltereiabteilung nicht zu begeistern vermochten, so tun wir es hauptsächlich, weil der Landtag nicht eine solche Behörde, sondern die Aufstellung zweier solcher Behörden beantragte. Durch die Errichtung zweier solcher Behörden wird eben verhütet, was wir auf das strengste vermieden wissen wollten, nämlich, daß sich in Trient in irgendeiner Beziehung, was immer für eine Machtstellung konzentrierte.“

³⁸⁾ V. 19. 12. 1866.

ten dadurch den Landtag beschlußunfähig. Der Landtag wurde darob geschlossen.³⁹⁾

In Welschtirol herrschte eine ungemütliche Stimmung, die sich im Jänner 1867 noch bedenklich steigerte. Am 4. Februar mußte ein Ausnahmezustand erklärt werden, während dessen die Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes durch kaiserliche Verordnung vorübergehend außer Kraft gesetzt wurden.⁴⁰⁾ Bezeichnend sind die Briefe Christian Schnellers⁴¹⁾ aus jenen Tagen: „Ich darf es abends nicht mehr wagen, auszugehen, an Insulten wie Ansp. . . ., Nachschreien, Räuspern usw. bin ich bereits durch tägliche Abhärtung gewöhnt.“ Oder an einer anderen Stelle: „Ich bitte Sie, meinen Namen nicht und nie zu nennen. Wenn Sie etwas zitieren, umgehen Sie meinen Namen, ebenso bei Attlmayr; wir müssen ja hier noch leben; Sie glauben gar nicht, was es heißt, täglich in der Mitte eines aufgehetzten Pöbels leben zu müssen.“⁴²⁾ Das „heilige Feuer“ des Irredentismus wurde unablässig und in den Städten mit nicht geringem Erfolg geschürt. In Rovereto mußte sogar Militär eingesetzt werden. Die Unruhen gingen wie immer von der städtischen Intelligenz aus. Am Trienter Gymnasium wurden Zettel mit der bezeichnenden Aufschrift verteilt: „Anche noi vogliamo essere uniti alla nostra famiglia italiana sotto il re galantuomo.“⁴³⁾ Bei den Demonstrationen hörte man Rufe wie „Viva Garibaldi“, „Evviva Vittorio Emanuele“, „Abasso Austria, abasso aquila . . .“ In Trient wurde in den Straßen ein Esel mit einem Plakat herumgeführt, auf dem zu lesen war: „Lasciatemi andare alla dieta a Innsbruck.“⁴⁴⁾ Niedergeschlagen schrieb der Konservative Dr. Friedrich Graf an Graf Leo Thun: „In Tirol ist die Stimmung sehr gedrückt. Gerüchte von der staatlichen Abtrennung Welschtirols sind im Umlauf . . .“⁴⁵⁾

In solcher Zeit trat im Februar 1867 der Landtag zusammen. Wieder waren die Italiener nur spärlich vertreten. Man hatte gehofft, den italienischen Adel in der Kurie des Großgrundbesitzes zu einem Abkommen und zum Erscheinen gemeinsam mit seinen deutschen Standesgenossen bewegen zu können, aber die radikale Stimmung in den führenden Kreisen im Lande scheint die Verhandlungen zerschlagen zu haben. So siegten die deutschliberalen Vertreter in der Kurie, was in Trient beifällig aufgenommen wurde, weil man sich von den liberalen deutschen Gesinnungsgenossen eher nationalpolitische Zugeständnisse im Sinne der erstrebten Autonomie erwartete, als von der starr an der Unteilbarkeit des Landes festhaltenden konservativen Partei.

Im Landtag stellten die wenigen erschienenen italienischen Abgeordneten, unterstützt von den deutschen Abgeordneten, die Anfrage:

³⁹⁾ V. 19. 12. 1866.

⁴⁰⁾ „Bote für Tirol und Vorarlberg“ 23. 1., 16. 1., 5. 2. 1867.

⁴¹⁾ Christian Schneller, nachmals durch seine wissenschaftlichen und volkstümlichen Schriften über Tirol bekannt geworden, lebte in den Jahren 1856 bis 1868 als Lehrer am italienischen Gymnasium in Rovereto.

⁴²⁾ Fittbogen; Franz Xaver Mitterer . . ., Seite 127 (Schneller an Steub im Februar und Oktober 1867).

⁴³⁾ „Tiroler Stimmen“ 8. 1. 1867.

⁴⁴⁾ Rogge: Oesterreich . . . III. Seite 3f.

⁴⁵⁾ Molisch: Briefe . . ., Seite 104.

„Ist die hohe Regierung entschlossen, die berechtigten und mit der Kraft und Ehre des Landes und der Monarchie vereinbarlichen Wünsche des treuen welschtirolischen Volkes ihrerseits zu befriedigen, namentlich die vom tirolischen Landtage schon im Jahre 1864 einstimmig befürwortete Abteilung der k. und k. Statthalterei im italienischen Landesteile ohne weitere Verzögerung zu errichten?“⁴⁶⁾ Dieser vom gesamten Landtage geäußerten Willenskundgebung versagte die Regierung ihre Zustimmung nicht. Statthalter Toggenburg gab eine entgegenkommende Erklärung ab: Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, alles zu tun, damit sich die italienische Bevölkerung im Lande wohl fühle, und er hoffe, daß die so sehr begehrte Statthaltereiabteilung bald werde errichtet werden. Es vergingen allerdings noch eineinhalb Jahre, bis dieselbe durch Allerhöchste Entschließung vom 8. Juli 1868 ins Leben gerufen wurde. Damit war für Welschtirol eine besondere Behörde zweiter Instanz geschaffen, doch blieb in Finanz- und den wesentlichen Personalangelegenheiten die Innsbrucker Statthalterei entscheidend. Die Trienter Statthaltereiabteilung hatte zwar einen direkten Verkehr mit den Ministerien in Wien, aber unter offenem Siegel und über den Statthalter in Innsbruck, um diesem die Einsicht zu ermöglichen.⁴⁷⁾

Wie nun diese neue Einrichtung auch im einzelnen zu bewerten war, ihre Schaffung war ein Erfolg der Italiener. Mit der Einrichtung einer besonderen Behörde war die besondere Natur Welschtirols in den Vordergrund gerückt und die Einheit des welschen Tirols unter amtlichen Beweis gestellt. Und es waren auch nicht zwei Behörden errichtet worden, wie es der verunglückte Giovanellische Antrag gewollt hatte, sondern nur eine und mit dem Sitz in Trient.

Waren im Landtag die Italiener in bezug auf die Erlangung von Selbstverwaltungseinrichtungen in diesen Jahren weniger eifrig tätig, so wurde dies durch die Abgeordneten Dr. Celestino Leonardi und Vittorio N. a Prato außerhalb des Landtages ausgeglichen. Sie sandten im Jahre 1867 an den Reichsrat und an den Reichskanzler von Beust — freilich ohne Erfolg — eine Denkschrift, in der sie „für alle Zweige der Staatsverwaltung (Justiz, Finanz und Politikum) eine von Innsbruck gänzlich unabhängige Behörde zweiter Instanz verlangten. Wohl sollten auch weiterhin dem ganzen Lande gemeinsame Gesetze in Innsbruck beschlossen werden, doch sollten alle nur einen Landesteil betreffenden Dinge auf zwei Kreistagen, einer für Deutschtirol und einer für Welschtirol, beschlossen werden.“⁴⁸⁾

Langsam war die durch die irredentistische Agitation hervorgerufene Erregung im Lande verebbt. Als die Regierung im März 1868 in der Innsbrucker Statthalterei anfragte, ob nicht an eine Aufhebung aller Sondermaßnahmen für Welschtirol geschritten werden könnte, erhielt sie eine durchaus zustimmende Antwort, „da im italienischen Landesteile des Verwaltungsgebietes schon seit geraumer Zeit die öffentliche Ruhe nirgends gestört worden und selbst keinerlei politische De-

⁴⁶⁾ V. 25. 2. 1867.

⁴⁷⁾ Reichsgesetz von 1868, Nr. 115, Seite 333. Vergleiche auch „Bozner Zeitung“ 11. 8. 1868.

⁴⁸⁾ SA. präs. 631 ex 1870.

monstrationen von Bedeutung vorgekommen sind . . .⁴⁹⁾ Unter wesentlich ruhigeren Verhältnissen als im Vorjahr begann im Spätsommer 1868 der Landtag zu tagen. Die überwiegende Mehrzahl der italienischen Abgeordneten blieb fern. Den erschienenen bot sich aber eine Möglichkeit, das alte Ziel auf unauffälligere Weise zu erreichen oder zumindest ihm doch näher zu kommen.

Am 26. September 1868 kam nämlich der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Bezirksvertretungen in Tirol zur Beratung. Aus parteipolitischen Gründen befürworteten die deutschen Konservativen kleine Bezirksvertretungen, während die Liberalen aus gleichen Gründen, ebenso wie die Italiener, große vorzogen. Nur um die Verwirklichung des Gesetzes nicht allzu sehr hinauszuschieben, erklärte Dr. Leonardi, nähmen die italienischen Abgeordneten davon Abstand, ihren eigentlichen Wunsch nach Errichtung einer einzigen Bezirksvertretung für ganz Welschtirol (d. h. praktisch gesprochen eines Kreistages) in Antrag zu stellen. Abg. Sartori wünschte, daß wenigstens große Bezirksvertretungen, und zwar im Umfange der acht welschtirolischen Bezirkshauptmannschaften Trient, Rovereto, Riva, Tione, Borgo, Cles, Cavalese und Primiero, gebildet würden. Diesem Antrage wurde auch von den Konservativen zugestimmt, obwohl sie eigentlich kleine Bezirkshauptmannschaften vorzogen. Einer aus ihrer Mitte hatte nicht so unrecht, wenn er sagte: „Meine Herren, ich habe eine andere Sorge bei großen Bezirken. Je größer der Bezirk, desto einflußreicher wird er, eben weil er seine Kraft über einen so großen Bezirk ausdehnt. Es zeigt die Erfahrung, daß Korporationen höchst selten bei den ihnen angewiesenen Geschäften bleiben und insbesondere, wenn diese Geschäfte größtenteils administrativer Natur sind, wie die Bezirksvertretungen. Man steigt hinüber auf das politische Gebiet und sie schaffen politische Treiber im Land.“⁵⁰⁾

Nach dem eben beschlossenen Gesetz hatten die Bezirksvertretungen das Recht der Beratung und Beschlußfassung von Bezirksangelegenheiten. Sie hatten in ihrem Gebiete und soweit die eigenen Mittel reichten für die Gesundheits- und Armenpflege, für die Landeskultur und innerhalb der bestehenden Gesetze für Straßen-, Forst- und Militär-angelegenheiten zu sorgen. Um die Auslagen zu decken, durften sie Zuschläge zu den direkten Landessteuern bis zu 50% und mit Bewilligung des Landtages auch noch höhere einheben. Sie durften auch in beschränktem Umfange Darlehen und Haftungen übernehmen und hatten die Gebarung der Gemeinden zu überwachen, die in Welschtirol recht im argen lag. Mit diesem Gesetz war der Versuch gemacht worden, zwischen den Gemeinden und dem Landtag eine selbstverwaltende Mittelbehörde einzuschleiben, die den zahlreichen Verschiedenheiten in Wirtschaft und Kultur zwischen Deutsch- und Welschtirol, aber auch innerhalb Deutschtirols selbst hätte weitgehend gerecht werden können. Allerdings galten die Bedenken, die gegen einen eigenen italienischen Landtag erhoben worden waren, nicht stark vermindert auch hier, da der § 3 des Gesetzes die Möglichkeit vorsah, mehrere Bezirksvertretun-

⁴⁹⁾ AI. 878, 5. 3. 1868; 1293, 15. 3. 1868.

⁵⁰⁾ V. 26. 9. 1868.

gen zu einer Großvertretung zu vereinigen. Das Gesetz erhielt die kaiserliche Sanktion, ist aber trotz wiederholten Anfragen und Mahnungen von deutscher und italienischer Seite nie durchgeführt worden.

In den nächsten Jahren ereigneten sich keine weiteren Vorstöße der Italiener im Landtag zur Erreichung der Selbstverwaltung. Es war auch kein Raum für diese verwickelte Frage, denn die Landtage waren meist kurz, ja die zweite Session der vierten Landtagsperiode brachte es gar nur auf fünf Sitzungen. Die italienischen Abgeordneten erschienen verhältnismäßig zahlreich. Im September 1871 war sogar mehr als die Hälfte im Landtag anwesend.

Die beiden deutschen Parteien taten auch alles, um ihre welschen Gesinnungsgenossen zu gewinnen. Die deutschen Konservativen bemühten sich gleich den Liberalen, um nach Möglichkeit ihren italienischen Gesinnungsgenossen zum Sieg zu verhelfen, denn sie brauchten ihre Hilfe in den Schul- und Religionsfragen im Landtag. Aber der italienische Klerus neigte in nationalen Fragen den liberalen Volksgenossen zu, so daß die deutschen Konservativen immer fürchten mußten, es könnte ein zu großer Teil von ihnen aus nationalen Gründen dem Landtag fern bleiben und sie in allen wichtigen Fragen, die Zweidrittelmehrheit erforderten, den Liberalen ausliefern, die es dann in der Hand hatten, den Landtag durch ihr Fernbleiben beschlußunfähig zu machen. Die deutschen Konservativen trachteten daher gerne, wenn die Wahl von Gesinnungsgenossen nicht möglich war, nach Möglichkeit radikalen Mazzinisten zum Sieg zu verhelfen, weil diese ohnedies nicht im Landtag erschienen und ihnen hier nicht gefährlich werden konnten. Auf keinen Fall wünschten sie die Wahl liberaler Austriacanti, die in den Landtag kamen und in weltanschaulichen Fragen, die noch größeres Gewicht hatten als die Autonomiefrage, mit den deutschen Liberalen gingen.⁵²⁾

Um sich des italienischen Klerus zu vergewissern, fuhr der konservative Abgeordnete Greuter vor den Wahlen im Jahre 1869 nach Trient und Rovereto. Er bestimmte den Generalvikar Boghi, den Klerus für die Wahlen aufzubieten. Ebenso gewann Greuter den Erzpriester Strosio von Rovereto und den Fürstbischof Benedikt von Riccabona. Bei diesen Verhandlungen spielte auch die Frage der italienischen Selbstverwaltung im Lande eine Rolle, diesbezüglich die konservativen Italiener weitgehend mit den liberalen Italienern zusammengehen. Greuter versprach persönlich, aber nicht als Beauftragter der Partei, für eine möglichstste Autonomie einzutreten.⁵³⁾

Diese Zusage hat Greuter auch eingelöst, indem er sich in mehreren Aufsätzen in den „Tiroler Stimmen“ im Frühjahr 1871 dementisprechend einsetzte.⁵⁴⁾ Etwa zu gleicher Zeit erneuerten die Reichs-

⁵²⁾ Molisch: Briefe..., Seite 108: Prof. Simon Morrigl an Giovanelli am 18. 7. 1869: „Greuter konferierte mit Ultramontanen, klärte sie auf, sagte ihnen derbe Wahrheiten, er schmeichelte ihnen nicht; das Resultat war in Trient, daß alle den Vorsatz faßten, bei den Wahlen in den Landgemeinden sich mit aller Macht zu beteiligen, um Ultramontane zu wählen oder wo dies unmöglich wäre, einem Mazzinisten die Stimme zu geben...“

⁵³⁾ Molisch: Briefe..., Seite 108 f., Simon Morrigl an Giovanelli am 18. 7. 1869.

⁵⁴⁾ „Tiroler Stimmen“ März, April 1870.

ratsabgeordneten Dr. Leonardi und Baron a Prato ihre Autonomiedenkschrift vom Jahre 1867 und forderten die Unabhängigmachung der 1868 eingerichteten Statthaltereiabteilung in Trient von Innsbruck, die Verminderung der Polizei und die Errichtung eines deutschen und italienischen Kreistages zur Erledigung der meisten Angelegenheiten, die bisher dem gemeinsamen Landtag zugekommen waren. Die beiden Abgeordneten hofften, dadurch eine endgültige Befriedigung ihrer Volksgenossen zu erreichen, ohne die österreichischen Staatsinteressen zu verletzen. Es zeigte sich aber sogleich deutlich, daß selbst diese Zugeständnisse den Radikalen nicht genügten. Am 7. März 1870 faßte nämlich der Trienter Gemeinderat den folgenden bezeichnenden Beschluß: „Der Gemeinderat von Trient protestiert gegen die Denkschrift der Herren Leonardi und Prato, weil sie den gerechten Wünschen und den nationalen Rechten des Trentino nicht entspricht.“⁵⁵⁾

Die deutschliberale „Bozner Zeitung“ wandte sich ebenfalls entschieden gegen die Denkschrift, allerdings aus wesentlich anderen Gründen als der Trienter Gemeinderat. Hier in Deutschsüdtirol waren die Vertreter beider deutschen Parteien gegenüber den nationalitalienischen Bestrebungen empfindlicher als in Nordtirol, weil man wohl wußte, daß die italienische Irredenta sich nicht mit der Erreichung der Volksgrenze bei der Salurner Klausel begnügen, sondern auch das deutsche Südtirol „fino al Brennero“ einem künftigen Italien erwerben wollte. Darum auch die Besorgnis vor aller Stärkung der politischen Macht der Italiener im Lande und die scharfe Zurückweisung der Denkschrift durch die „Bozner Zeitung“: „Da wir niemand zur Liebe zwingen können, werden wir zweitens dafür zu sorgen haben, daß auch der fremde Haß dem eigenen Haushalt nicht zu gefährlich werde und die Fiktion des Trentino nicht tropfenweise unser historisch geheiligtes Recht unterhöhle, um schließlich durch die Macht der Tatsachen zur imponierenden Wahrheit zu werden, denn wie gesagt, das Trentino bedeutet nicht mehr und nicht weniger als: Italien bis an den Brenner.“⁵⁶⁾

Am Beginn der Siebzigerjahre wurde viel von einer Neuabgrenzung der beiden Südtiroler Diözesen Trient und Brixen gesprochen.⁵⁷⁾ Es handelte sich hierbei um die Zuweisung der deutschen Dekanate der Diözese Trient zu Brixen. (Vom volklichen Standpunkte und von der politischen Lage der Gegenwart ausgehend, wäre eine solche Neuordnung begrüßenswert gewesen.) Die Haltung der Kirche in Tirol deckte sich weitgehend mit der der konservativen Partei, deren Mitarbeiter ja zum großen Teile Priester dieser Kirche waren. Es war klar, daß die konservative Partei, die treueste Hüterin der Landeseinheit, die Teilung des Landes gerade auf kirchlichem Gebiete verurteilen würde: „Setzen wir den Fall“, schrieben die „Neuen Tiroler Stimmen“, „morgen würden die deutschen Dekanate von Trient getrennt, wer würde dann jubeln? Wir behaupten, alle diejenigen, welche heute die Trennung des Trentino von Deutschtirol begehren. Denn geht man auf kirchlichem

⁵⁵⁾ prä. 631 ex 1870.

⁵⁶⁾ „Bozner Zeitung“ vom 14. 3. 1870.

⁵⁷⁾ Molisch: Briefe... Seite 104, Friedrich Graf an Leo Thun am 17. 10. 1867, „Tiroler Stimmen“ 24. 11. 1866, 14. 6. 1867; Stolz: Südtirol... III, Seite 341 f (Bericht des Statthalters nach Wien).

Gebiet mit der Trennung vorwärts, so wird die Trennung auf dem politischen bald nachkommen, wie wenn man schreiten will und den einen Fuß vorwärts bewegt, man den anderen auch gleich in Bewegung setzen muß. . . Die kirchliche Trennung . . . würde doch bei allen als Morgenrot der politischen dargestellt werden.“⁵⁸⁾ Die Konservativen bestritten auch, daß durch die Neuabgrenzung der beginnenden Verwelschung des Bozner Unterlandes Einhalt getan werden würde, die ja wirtschaftliche Gründe zur Ursache hatte, wohl aber sei sie geeignet, die Deutschen in Welschtirol der völligen Italianisierung preiszugeben. Die Konservativen glaubten, „daß gerade die deutschen Dekanate der Trienter Diözese die Aufgabe haben, der verbindende Kitt zwischen Deutsch- und Welschtirol zu sein. Man muß den Mut haben, sich nicht im voraus für besiegt zu halten . . . Wir sind nicht zufrieden, daß das Welschtum bloß aufgehalten werde, wir wollen noch etwas anderes, nämlich, daß die deutschen und halbdeutschen Gemeinden mitten unter welschen Gemeinden für das deutsche Wesen wieder gerettet werden. Zu dieser Rettung sind aber die Priester der deutschen Dekanate Trients notwendig . . .“⁵⁹⁾ Man mag in diesen Worten vielleicht nur eine List der Konservativen sehen wollen, die nationalen Kreise des eigenen Volkes zu gewinnen, man darf aber nicht übersehen, daß die Taten und die Haltung des deutschen Priesters hierzulande zu allen Zeiten eine solche gewesen ist, daß eine solche Zielsetzung durchaus glaubwürdig erscheint.

Nach einer sehr polemischen Darstellung des deutschliberalen Statthalters Freiherrn von Lasser aus dem Jahre 1870 ist allerdings noch ein anderer Grund für die Ablehnung der Konservativen vorhanden, ja sogar der maßgebende gewesen. Es hätte nämlich bei einer solchen Neuabgrenzung und Vergrößerung der Brixener Diözese nach dem Süden das Unterinntal von Jenbach bis Hall an die Salzburger Diözese fallen sollen. Dagegen wären die Konservativen gewesen, weil in Salzburg der Widerstand gegen die neue Schulordnung geringer war. Ich konnte aber für diese wenig einleuchtenden Beweggründe keine Belege finden.⁶⁰⁾

Aus den Ereignissen der letzten Jahre sehen wir, daß die Autonomiefrage an Eindringlichkeit nicht verlor, wenn sie in dem einen oder anderen Jahre nicht im Landtag zur Verhandlung stand. Die Italiener ließen auch weiterhin keine Gelegenheit außerhalb des Landtages vorübergehen, um für ihre Sache zu werben. Hier waren fast ausschließlich die Abstinenzler aus dem nationalliberalen Lager tätig. Als der Kaiser im Jahre 1871 der Stadt Trient einen Besuch abstattete, überreichte ihm am 13. April eine Abordnung unter Führung des Bürgermeisters Baron Ciani eine von Giovanni Prato⁶¹⁾ verfaßte und von

⁵⁸⁾ „Tiroler Stimmen“ 24. 11. 1866.

⁵⁹⁾ „Tiroler Stimmen“ 24. 11. 1866.

⁶⁰⁾ SA. 1647 Lassers Bericht: „Und dennoch ist diese als notwendig erkannte Maßregel gescheitert, nicht etwa an der Unbeugsamkeit des Bischofs von Trient — er hatte bereits sich fügen zu wollen erklärt —, sondern an dem Widerstand der Brixener bischöflichen Kurie, welche lieber die zehn deutschen Dekanate dem welschen Einflusse preisgibt, als sie ein weiteres Hereinragen der Salzburger Diözese in das Unterinntal gestattet, weil sie hievon eine Gefährdung der ultramontanen Richtung des Landes befürchtet.“

⁶¹⁾ Zu unterscheiden von dem oben gemeinsam mit Leonardi genannten V. N. Freiherrn von Prato. Siehe Seite 433.

251 Gemeinden Welschtirols unterfertigte Denkschrift, in der die völlige Trennung Welschtirols vom deutschen Landesteil verlangt wurde.⁶²⁾ Auf Grund dieses Majestätsgesuches wurde vom Ministerpräsidenten Grafen Hohenwart, der als ehemaliger Leiter der Trienter Statthaltereibehörde mit den Verhältnissen wohl vertraut war, der Entwurf einer weitgehenden autonomen Verwaltung Welschtirols ausgearbeitet, denn der italienische Vorschlag einer vollständigen Trennung schien der Regierung natürlich unannehmbar. Nicht nur daß sie mit dem erbittertesten Widerstand der Konservativen hätte rechnen müssen, auch schwerwiegende staatspolitische Bedenken sprachen dagegen. Die Folgen, die das Welschtiroler Beispiel in der Monarchie gehabt hätte, wagte keine Regierung zu verantworten, weil keine den Mut zu einer Gesamtlösung der völkischen Fragen hatte. Aber selbst dann hätten die oben erwähnten besonderen Verhältnisse in Welschtirol eine eigene Behandlung notwendig gemacht.

Der Hohenwartsche Entwurf sah für Italienischtirol eine aus gewählten Abgeordneten bestehende Kreisvertretung mit einem Kreis-ausschuß zur Führung der laufenden Geschäfte vor. Der Vorsitzende der Statthaltereibehörde sollte im Kreistag den Vorsitz führen. Die Befugnisse der Kreisvertretung waren nicht eng gezogen: „In den selbständigen Wirkungsbereich der Kreisvertretung gehören alle inneren, die gemeinsamen Interessen des italienischen Landesteiles und seiner Angehörigen betreffenden Landesangelegenheiten, insoweit sie innerhalb ihrer Grenzen durch eigene Kräfte besorgt und durchgeführt werden können.“ Darunter war vor allem zu verstehen Kultus und Unterricht, Straßenbauten, Wohlfahrtspflege und wirtschaftliche Maßnahmen aller Art. Der Kreistag durfte bis zu 100% der direkten Steuern Lasten auflegen und bis zu 50% derselben Darlehen aufnehmen. Außerdem kam ihm ein verhältnismäßiger Geldbeitrag aus dem Haushalt und verschiedenen Fonds zu. Bei finanziellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Landtag und Kreistag sollte das Reichsgericht entscheiden.⁶³⁾

Dieses außerordentlich weitgehende Angebot der Regierung lehnten die Italiener als ungenügend ab. Sie erklärten, erst dann im Tiroler Landtag zu erscheinen, wenn die Regierung dort einen Gesetzentwurf einbringe, der Welschtirol einen eigenen Landtag gewährt.⁶⁴⁾

Der Hohenwartsche Entwurf war allen Parteien zugesandt worden. Da die Italiener sich auf einen völlig ablehnenden Standpunkt stellten, war den deutschen Parteien die Haltung nicht schwer gemacht. Es mußte dann eben alles so bleiben wie bisher, war der Standpunkt der Liberalen.⁶⁵⁾ Der konservative Abg. Ignaz Giovanelli arbeitete, wohl im Auftrage seiner Partei, eine Denkschrift an die Regierung aus, in der die Ansicht vertreten wurde, daß durch die Schaffung einer Kreisvertretung die treue Landbevölkerung den Irredentisten ausgeliefert würde. Hätten die Italiener erst eine Kreisvertretung, so würden sie noch weniger als bisher nach Innsbruck in den Landtag kommen. Not-

⁶²⁾ „Innsbrucker Tagblatt“ 18. 4. 1871 und „Bozner Zeitung“ 14. und 18. 4. 1871.

⁶³⁾ VR. 15. 5. 1877 und V. 16. 11. 1889. Siehe Beilage 1.

⁶⁴⁾ Schreiben der italienischen Vertrauensmänner an Taaffe.

⁶⁵⁾ „Bozner Zeitung“ 6. 5. 1871.

wendig aber wäre es, die schon 1869 beschlossenen Bezirksvertretungen endlich einzuführen. Mit den gutgesinnten Italienern könne auch auf dem Boden der bestehenden Landesverfassung ein Übereinkommen gefunden werden, etwa durch die Teilung des Landesausschusses in eine deutsche und italienische Abteilung, welche letztere den Sitz in Trient haben sollte. Im Landtag wäre ein Nationalitätengesetz auszuarbeiten, das in Fragen von völkischem Interesse eine Überstimmung ausschließt.

Dieser konservative Gegenentwurf zeigte, wenn wir von den unverbindlichen Greuter-Artikeln im Frühjahr 1870 absehen, das bisher weitestgehende Entgegenkommen von konservativer Seite. Er wurde aber in dem Augenblick hinfällig, in dem die Italiener sogar den viel weiter gehenden Regierungsentwurf ablehnten. Sie hatten dadurch eine der günstigsten Ausgleichsmöglichkeiten vertan. Die vier deutschen Nonsberger Grenzgemeinden St. Felix, Laurein, Proveis und Unsere Liebe Frau im Walde, die bei der Teilung des Landes unter die italienische Abteilung gekommen wären und dagegen am 13. April Einspruch erhoben hatten, sahen sich wieder geborgen; die Autonomiefrage aber war nicht gelöst.⁶⁶⁾

Die Wahlen im Jahre 1871 wurden ein konservativer Erfolg. Infolge der zur Entscheidung stehenden religiösen Frage war der Landtag von den italienischen Konservativen voll besucht. Zur Zeit gab es noch keine direkten Reichsratswahlen, sondern es wurden die Abgeordneten von den Landtagen entsendet, die dann ihrer Mehrheit entsprechende Gesinnungsgenossen auswählten. Die Deutschliberalen dürften von dem guten italienischen Besuch in diesem Jahre nicht sehr erfreut gewesen sein, denn sie konnten nun die Beschickung des Reichsrates nicht durch Fernbleiben von der Sitzung unmöglich machen und dadurch die föderalistische Hohenwart-Regierung schwächen.

Aber auch der deutschen Konservativen harrte eine Überraschung. Die konservativen italienischen Abgeordneten gaben in der „Voce cattolica“ die Erklärung ab, daß sie in den religiösen Fragen mit den deutschen Gesinnungsgenossen stimmen werden, in der Sache des „Trentino“ aber mit den nationalliberalen Abgeordneten vorgehen werden. Wenn aber — wie es dann auch der Fall war — diese nicht im Landtag erscheinen oder ihn nach Verweigerung der Autonomie verlassen würden, würden die italienischen Konservativen eine Kollektivprotestnote des Inhalts einreichen, daß sie der religiösen Fragen wegen diesmal im Landtag blieben, daß aber diese Tatsache nicht bedeute, daß sie sich in der nationalen Frage von ihren Volksgenossen trennen wollen.⁶⁷⁾

Das war aber noch nicht alles. Am 30. September trafen von den fern gebliebenen Abgeordneten zwei Schreiben ein, in denen sie, folgerichtig der der Regierung gegenüber eingenommenen Haltung, erklärten, erst dann in den Landtag zu kommen, wenn dort ein Gesetzentwurf zur Schaffung eines eigenen italienischen Landtages in Verhandlung kommen würde. Die erschienenen konservativen italienischen Abgeordneten wieder waren recht ungehalten, als die deutschen Konser-

⁶⁶⁾ „Innsbrucker Tagblatt“ 21. 4. 1871.

⁶⁷⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 363 f.

vativen in der Adresse an den Kaiser nichts von der Autonomie erwähnten, sondern nur den allgemeinen Wunsch aussprachen, „daß die Beruhigung im Innern des Landes mit Berücksichtigung der Wünsche der italienischen Bevölkerung durch geeignete Regierungsvorlagen, insbesondere zum Schutze der Gleichberechtigung beider Nationalitäten, gefördert werde“.⁶⁸⁾ Ein konservativer Biograph schrieb zu diesem Ereignis: „Aber dies war den irredentistischen Italienern viel zu wenig, sie wollten keine Gleichberechtigung, die sie ja schon hatten, sie wollten die gänzliche Lostrennung vom Land als Vorbereitung zur Trennung vom Reich und die Vertreter der katholischen Partei in Welschtirol erlagen ihren Drohungen und Schlagworten.“⁶⁹⁾

Die mißlaunigen konservativen Italiener weigerten sich daher, bei den Reichsratswahlen mitzutun. Die deutschen Konservativen waren aber allein zu schwach, die Wahl gegen den Willen der deutschen Liberalen durchzuführen. Die Regierung Hohenwart hatte sich durch ihre Schwenkung zum Föderalismus die Feindschaft der deutschen Liberalen zugezogen und die Tschechen an ihrer statt noch nicht gewinnen können. Es war daher sehr bedeutsam, ob die konservativen Tiroler eine Beschickung des Reichsrates durchführen konnten oder nicht. Die deutschen Liberalen sollen ihren italienischen Gesinnungsgenossen Leonardi benutzt haben, um über dessen konservativen Freund Degara die konservativen Italiener abzuführen.⁷⁰⁾ Wie dem auch sei, jedenfalls bedurfte es angestrenzter Bemühungen des Statthalters Taaffe, um die Italiener zur Nachgiebigkeit zu bewegen und die Reichsratsbeschickung zu ermöglichen. Allerdings zur Annahme der Adresse ließ sich nur ein Teil der Italiener herbei.⁷¹⁾ In völkischen Fragen versagten die religiösen Bande, die sie sonst mit den deutschen Konservativen verknüpften.

Die deutschen Parteien sahen diese Haltung der italienischen Gesinnungsgenossen, die sich immer stärker ausprägte, und begriffen sie nicht. Während in Welschtirol die völkische Bewegung die Gegensätze weltanschaulicher Natur zwar nicht aufhob, aber doch so weit zurückdrängte, daß in den entscheidenden völkischen Fragen eine einheitliche Front entstand, standen in Deutschtirol in diesen Belangen die Schranken noch fest.

⁶⁸⁾ V. 1871, Seite 310 ff.

⁶⁹⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 367.

⁷⁰⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 366: „Es war alles gut gegangen bis Degara herauskam. Dieser ist der Intimus des Leonardi, der natürlich seinen Freunden, den Verfassungstreuen, zu Diensten ist und die Preti ganz konfus gemacht hat.“

⁷¹⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 365.

Der italienische Vorstoß im Reichsrat.

Im Jahre 1873 hatte der Reichsrat beschlossen, die Beschickung desselben nicht mehr durch die Landtage besorgen zu lassen, sondern im Wege direkter Wahlen. Die Föderalisten hatten dieses Gesetz vergeblich bekämpft. Auch die Tiroler Konservativen waren über das Gesetz erbost, weil es ihnen die alleinige Verfügung über die Reichsratsmandate, die sie kraft ihrer Landtagsmehrheit besessen hatten, genommen hatte. Die deutschen Konservativen Giovanelli und Di Pauli waren für Mandatsniederlegung, drangen aber gegen Greuter nicht durch, weil die Welschtiroler den Reichsrat zu beschicken gedachten.¹⁾ Sie legten daher nur eine Rechtsverwahrung gegen das Gesetz am 14. Jänner 1874 vom Standpunkt des tirolischen Landrechtes im Landtag ein; die Tiroler Liberalen, froh, der konservativen Abhängigkeit entronnen zu sein, gaben eine ebenso scharfe Gegenerklärung ab, in der sie darauf hinwiesen, daß die Bevölkerung die Wahlen durchgeführt und die Gewählten die Mandate anstandslos angenommen hatten. Die zur Hälfte erschienenen Italiener spalteten sich in dieser Streitfrage.²⁾ Die direkten Wahlen in den Reichsrat ermöglichten den nationalliberalen Italienern den Eintritt in denselben, trotz ihrem weiteren Fernbleiben vom Landtag. Sie erklärten im September in einer Zuschrift an den Landtag, denselben „nicht wieder zu betreten, bevor nicht der hiezu kompetente Reichsrat dem italienischen Landesteil einen eigenen Landtag bewilligt hat“.³⁾ Um den Reichsrat zu einem Eingreifen zu ihren Gunsten zu veranlassen, hatten ihm die liberalen Italiener im März des Jahres eine Denkschrift überreicht, in der sie die Berechtigung auf eine selbständige Verwaltung Welschtirols aus geschichtlichen, volklichen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen zu erweisen suchten. (Die Art der Ausscheidung sollte über Anregung der Regierung der Landtag bestimmen. Sollte aber ein Landesgesetz nicht erzielt werden können, so seien die erforderlichen Verfügungen im Sinne des § 11 des Staatsgrundgesetzes festzustellen.⁴⁾)

¹⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 411: „Di Pauli stand auf dem Standpunkt, daß der künftige Reichsrat illegal sei, da er seine Existenz einem krassen Verfassungsbruch danke... Die Illegalität wurde von den übrigen Gesinnungsgenossen einhellig zugegeben, aber aus praktischen Gründen war die Majorität für eine Beschickung.“

²⁾ V. 14. 11. 1874.

³⁾ V. 1874, Seite 83.

⁴⁾ „Denkschrift der Abgeordneten aus dem italienischen Teil der Provinz Tirol an den hohen Reichsrat. Wien 1874.“ Bemerkenswert ist, daß die Möglichkeit einer selbständigen Welschtiroler Verwaltung auf Seite 20 mit folgenden Worten begründet wurde: „Bei uns hingegen gibt es keine vermischte Bevölkerung, denn die Sprach- respektive Nationalitätengrenze ist so genau bezeichnet, daß bei der Trennung nicht die geringste Beeinträchtigung einer der Nationalitäten zu fürchten ist.“ Diese Tatsache scheint bei den Nachfahren der

Am 23. März begründete Abg. Prato im Reichsrat den Antrag: „Während sonst überall, da dem historischen Rechte, dort den Eigentümlichkeiten der Bevölkerung Rechnung tragend, man in der ursprünglichen Feststellung der Landtage so vorging, daß z. B. das mit der gefürsteten Grafschaft Tirol verbundene Vorarlberg eine eigene, vom tirolischen Landtag abgesonderte Landesvertretung erhielt — um von entsprechenden Fällen in anderen Kronländern ganz zu schweigen —, wurde streng und fest darauf beharrt, daß eine ungemischte, abgesonderte italienische Bevölkerung von 360.000 Einwohnern so der gefürsteten Grafschaft Tirol einverleibt bleibe, daß beide Nationalitäten zusammen ein unteilbares organisches Ganzes bilden sollten.“ Prato beantragte sodann die Zuweisung des Antrages zur weiteren Bearbeitung an einen Ausschuß.⁵⁾

Bezeichnend für die gesamtstaatliche Bedeutung des Autonomieproblems ist, daß sich sofort der tschechische Abgeordnete Prazak zum Worte meldete. Es war nicht verwunderlich, daß die Tschechen, die sich gegen jede Verwaltungsteilung in Böhmen wehrten, nicht zulassen wollten, daß im Süden des Reiches ein Präzedenzfall geschaffen wurde. Darin stimmten sie mit den deutschtirolischen Konservativen überein, von denen einer ebenso gut die Worte Prazaks hätte sprechen können: „Ich habe mich zum Wort gemeldet, um mich gegen die Zuweisung des eben vernommenen Antrages an einen Ausschuß auszusprechen... Ich tue dies aus dem Grunde, weil mir schon die Zuweisung dieses Antrages an einen Ausschuß als die Betretung einer Bahn erscheint, auf welcher das Ziel ein sehr bedenkliches sein kann, einer Bahn, welche dahin führen müßte, den Argwohn gegen das Haus zu erregen, daß es die Integrität der Länder in Frage stellen könnte.“ Die Berufung Pratos auf den § 11 des Staatsgrundgesetzes sei vollkommen unstatthaft, weil dieser dem Reichsrat nur alle jene Aufgaben zuweist, „welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind“, und das treffe bei dem zur Frage stehenden Gegenstand nicht zu. „Es gibt daher für die Austragung jener Wünsche und Beschwerden, welche in den heutigen Ausführungen des Herrn Abg. Freiherrn von Prato und in jener Denkschrift⁶⁾, auf die ich hingewiesen habe, enthalten sind, nur einen Boden und dieser ist der heimatliche Boden, es ist der Boden des Landtages der Königreiche und Länder... Ich glaube, würde der Antrag, wie er formuliert wurde, zum Gesetz werden und würde dadurch ausgesprochen werden, daß dieses Haus und der Reichsrat die Macht habe, die Länder zu zerstören, so würden nicht bloß die Abgeordneten aus Nordtirol einem Hause den Rücken kehren, das über das Recht der einzelnen Länder in solcher Weise zur Tagesordnung übergeht.“

Das war deutlich gesprochen und ein schlechter Anfang für die Italiener. Der Liberale Herbst setzte sich zwar sehr für den Antrag ein und er wurde auch angenommen, allerdings nur um auf Jahre im

Verfasser dieser Denkschrift in Vergessenheit geraten zu sein. Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, 8. Session, Beilage 132.

⁵⁾ VR. 23. 3. 1874.

⁶⁾ Die Denkschrift von Prato und Genossen.

Ausschuß begraben zu werden. Für die Annahme stimmten auch die Ruthenen und die Jungslowenen, die ähnliche Ziele wie die Italiener im Auge hatten.⁷⁾

Es dauerte zuerst ein halbes Jahr, bis der Ausschuß zusammentrat. Minister Lasser, der den Antragsstellern gesinnungsmäßig zwar nahe stand, mußte ihnen doch klar machen, daß die völlige Sonderstellung Welschtirols mit Rücksicht auf die Folgen im Staate für die Regierung unannehmbar sei. Die deutschen Konservativen nahmen eine völlig ablehnende Haltung ein und der Pole Dunajewski bekämpfte ihn im Ausschuß aus den gleichen Gründen und Rücksichten für sein Land wie der Tscheche Prazak für das seine im Reichsrat.⁸⁾

Aus Anlaß des welschtirolischen Vorstoßes im Reichsrat entspann sich im Lager der Konservativen noch einmal ein Kampf um die Beschickung des Reichsrates, der mit einem Sieg der Beschickungsfreunde endete, obwohl Di Pauli mit seiner Reichsratsgegnerschaft nicht allein stand.⁹⁾

Angesichts der eben gezeichneten Entwicklung der Autonomieverhandlungen im Reichsrat änderten die Italiener, d. h. vor allem die liberalen Italiener, die konservativen waren ja auch bisher in größerer oder geringerer Zahl erschienen, ihre Taktik. Nach einer stürmischen Versammlung in Trient im Herbst des Jahres 1874 beschlossen sie, den Landtag zu beschicken.¹⁰⁾ Was war die Ursache dafür?

Seit der Wiederbegründung des Tiroler Landtages im Jahre 1861 hatte eine große Zahl der italienischen Abgeordneten ihn gemieden, zeitweise sogar die überwiegende Mehrheit, um für einen eigenen Landtag zu demonstrieren. Immer und immer wieder hatten die Ferngebliebenen ihren Wählern eingeredet, daß nur der Nichtbesuch des Tiroler Landtages die Selbständigkeit Welschtirols und damit angeblich die Erlösung von allen wirtschaftlichen Notständen bringen könne. Zu nichts ist aber eine Wählerschaft so schwer zu bestimmen, als zu geduldigem Zuwarten. Das Jahr 1866 hatte die Hoffnungen mancher in Welschtirol enttäuscht und Flugzettel und Petarden boten die einzige Betätigungsmöglichkeit der aktivistischen städtischen Jugend. Die Bevölkerung litt darunter, daß ihre gewählten Vertreter ihre Interessen nicht im Landtag und Landesausschuß verfochten. Es wäre freilich völlig falsch, zu meinen, daß die deutschen Parteien den welschen Landesteil vernachlässigt hätten. Das konnte insbesondere die konservative Landtagsmehrheit schon deshalb nicht, weil sie ja ihre Gesinnungsgenossen im Süden nicht abstoßen durfte, die sie so oft benötigten. Aber zweifelsohne hätten die italienischen Interessen vollkommener befriedigt werden können, wenn ihre zuständigen Vertreter sie mit Eifer im Landhaus verfochten hätten, denn grundlegende Veränderungen und Verbesserungen für den italienischen Landesteil konnten die deutschen Abgeordneten doch nicht gut ohne die Mitwirkung der italienischen Abgeordneten beschließen.

⁷⁾ VR. 23. 3. 1874.

⁸⁾ Kollmer, II. 364 f.

⁹⁾ Di Pauli: Anton Freiherr Di Pauli, Seite 440 f. „Tiroler Stimmen“ vom 2. 11. 1874.

¹⁰⁾ „Vaterland“ 17. 9. 1874.

Der Kaiserbesuch im Jahre 1871 hatte Hoffnungen geweckt, aber die hochmütige Zurückweisung des Regierungsvorschlages brachte die Italiener um jeden Erfolg. Schließlich schienen die direkten Reichsratswahlen einen Ausweg zu eröffnen. Zwar stand das Ergebnis des italienischen Reichsratsantrages im Jahre 1874 noch aus, aber die Erwartungen der Italiener waren durch den vereinigten föderalistischen Widerstand und die Erklärung Minister Lassers sehr herabgestimmt. Der Erfolg eines dreizehnjährigen Kampfes (1861—74) war gleich Null.

Das mußte sich auf die Stimmung der Bevölkerung auswirken und in den Wahlen ausdrücken. Dies und nicht allein, wie eine konservative Stimme nachmals vernehmen ließ, „die Korruptionen im Schoße der Verwaltung durch die italienischen Nationalliberalen hatten diesen den Boden entzogen“¹¹⁾, so sehr die italienische Verwaltung in den Städten und Dörfern auch im argen lag. Man mußte den Wählern etwas bieten und nahm den Weg über den Brenner. Die Selbstverwaltungsfrage wurde zunächst nicht aufgerollt, da noch die Entscheidung des Reichsrates ausständig war und vorderhand hielten auch die italienischen Abgeordneten noch an der Nichtzuständigkeit des Tiroler Landtages in der ganzen Frage fest. Um so mehr waren die Italiener sogleich darauf bedacht, ihre Anwesenheit im Landtag zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile zu benützen. „Die ganze liebe welsche Gesellschaft“, schrieb Di Pauli, „Austriacanti, Clericali und Italianissimi haben den Landtag nur als Melkkuh im Auge, von deren vier Tuten sie womöglich drei in die Hand zu kriegen trachten. Prinzipiell stehen sie so ziemlich auf gleicher Stufe. Ihren Moment haben sie nicht schlecht gewählt, denn die Landtagsmajorität hat keine Kraft mehr und wird durch sie noch mehr zersetzt.“ Äußerlich war der Landtag ja recht eintönig, aber im Stillen tobte der Kampf in der konservativen Partei, der durch die Reichsrats-Beschickungsfrage entstanden war. Schließlich stand am Ende dieses Zwistes doch die erneute Einheit der konservativen Partei.¹²⁾

Nachdem wir die Ereignisse des Jahres 1874 in Tirol kennen gelernt haben, kehren wir wieder in den Reichsrat zurück, den wir nach der Einsetzung des Autonomieausschusses im gleichen Jahre verlassen haben. Dieser brauchte mehr als drei Jahre, um einen Entwurf zu Tage zu fördern. In seinem Bericht erklärte der Ausschuß, er hätte den italienischen Antrag nicht empfehlen können, nachdem ihn die Regierung für unannehmbar erklärt habe. Minister Lasser habe im Ausschuß betont: „Der Wunsch der Welschtiroler, daß ihre materiellen Interessen von ihren eigenen Landsleuten besorgt werden, erscheine ihm als berechtigt, dazu bedürfe es jedoch keines so radikalen Mittels, wie das einer Trennung in zwei Kronländer. Denn die Forderung eines eigenen

¹¹⁾ J. N. Di Pauli sieht wohl zu eng, wenn er in seinem Werk Seite 465 schreibt: „Die Korruptionen im Schoße der Verwaltung durch die italienischen Nationalliberalen hatten diesen den Boden entzogen und so erlitten sie bei den Wahlen eine schwere Niederlage. Um nicht gänzlich isoliert zu werden, war der geringe Rest gezwungen, den verhaßten Landtag zu besuchen.“ Eine hier nicht zu nennende welschtirolische liberale Quelle gibt die Schlappe im Reichsrat als den — gar nicht unwahrscheinlichen — Grund für die Änderung der Taktik an.

¹²⁾ Di Pauli: Anton Freiherr Di Pauli, Seite 466 ff.

Landtages sei die Trennung des Landes, wenn auch der Nexus der Landesverteidigung bleibt.“ Prato habe den Antrag mit der Verschiedenheit der Sprache, des Bodens und der Kultur begründet. Der Ausschuß glaubte allen diesen Verschiedenheiten durch Verwaltungseinrichtungen abhelfen zu können und er forderte die Regierung auf, eine Vervollständigung der Statthaltereiabteilung von Trient vorzunehmen und im verfassungsmäßigen Wege die Schaffung einer italienischen Abteilung des Landesschulrates und des Landesausschusses zu erwirken. Der Liberale Herbst, der die Italiener zur Stärkung der Linken des Hauses gewinnen wollte, verteidigte den Ausschußantrag gegen die Angriffe der Rechten. Der Tiroler konservative Abgeordnete Dr. Graf konnte gewichtige Gründe gegen den Antrag vorbringen. Der Innsbrucker Statthalter könne nicht zugeben, daß, wie es der Antrag wollte, die Trienter Statthaltereiabteilung nicht nur wie bisher ungehinderten direkten Verkehr mit den Zentralbehörden tätigte, sondern ihn sogar ohne seine Kenntnisnahme in Zukunft hätte pflegen dürfen. Der Statthalter blieb für das g a n z e Land verantwortlich, aber es sollten die Agenden des schwierigsten Landesteiles seiner Kenntnis entzogen werden. Auch könne sich der italienische Landesteil nicht selbst erhalten und Verschiedenheiten der Bodenkultur bestünden schließlich auch zwischen Nordtirol und dem deutschen Südtirol. Im übrigen würden die Italiener diese Zugeständnisse nur als Abschlagszahlung auffassen. Eine nationale Frage wie in anderen Ländern gibt es in Tirol nicht, denn „bei uns ist die nationale Gleichberechtigung im gewöhnlichen gesellschaftlichen Leben und auch in Schule und Amt zur Wahrheit geworden“.¹³⁾ Und in der Tat, in dieser Hinsicht waren die Italiener Südtirols allen anderen Völkern der Monarchie voran.

Da selbst ein Teil der deutschen Linken sich nicht für den Antrag erwärmen konnte, wurde er am 15. Mai 1877 abgelehnt. Erbittert über die mangelhafte Unterstützung durch die deutschen Liberalen, die Haltung der Regierung und der anderen Völker legten die italienischen Abgeordneten Welschtirols ihre Reichsratsmandate nieder. Die Tiroler Liberalen hatten die Gunst ihrer italienischen Gesinnungsgenossen verloren und die Konservativen hatten die Genugtuung, daß der Reichsrat in diese Landesfrage nicht eingegriffen hatte. Die Lage im Lande ist dadurch freilich nicht erleichtert worden.

¹³⁾ VR. 8. Session, Beilage 651.

Es wird ernst.

Bei den Landtagswahlen im Jahre 1877 waren die Konservativen im Großgrundbesitz durchgefallen. Erfolgreich waren sie gleich ihren italienischen Gesinnungsgenossen in den Landgemeinden. Nur der Nationalliberale Dr. Dordi war in dem Landgemeindenbezirk Borgo, Strigno und Levico durchgedrungen.¹⁾ Die Autonomiefrage kam in den nächsten Jahren nicht zur Sprache, aber es war deshalb keine Ruhe im Lande. Es tauchte in italienischen konservativen Kreisen der Plan auf, mit den liberalen Italienern einen gemeinsamen Klub zur Verfechtung der materiellen Interessen Welschtirols zu gründen, aber noch war die Zeit nicht reif hiefür.²⁾

Im Lande rumorte die Irredenta und jenseits der Grenzen war sie erst recht rührig. In Riva mußte der Bürgermeister seines Amtes enthoben und ein Regierungskommissär eingesetzt werden.³⁾ Die Unruhe im Lande stieg, als sich die Nachricht von einem bevorstehenden Besuch Garibaldi's verbreitete.⁴⁾ Die gesamte italienische Presse brachte ständig Artikel gegen Österreich, in denen von der notwendigen Abtrennung der „unerlösten“ Gebiete die Rede war.⁵⁾ In der italienischen Kammer erklärte Imbriani am 21. Juli 1878, daß Italien ein Recht auf die „unerlösten“ Gebiete habe.⁶⁾ „Die zwar an Zahl kleine“, berichtete der Statthalter nach Wien, „aber ungemein rührige Partei der Italianissimi scheint es sich seit kurzer Zeit zur Aufgabe gemacht zu haben, Welschtirol in Aufregung zu versetzen und bei der Bevölkerung den Glauben an dessen baldige Vereinigung mit dem Königreich Italien mehr und mehr Eingang zu verschaffen.“ Allerdings sei es ihr noch nicht gelungen, die politische Ruhe, die seit zwei Jahren in Welschtirol eingekehrt war, ernsthaft zu stören.⁷⁾ Im Herbst fanden an der tirolischen Grenze demonstrative italienische Manöver statt, die mit solchen auf österreichischer Seite im Raume von Sterzing in Anwesenheit des Kaisers beantwortet wurden. In den Achtzigerjahren sprach man auch viel

¹⁾ AI. 1267, 25. 3. 1877.

²⁾ Nach Di Pauli: Anton Freiherr Di Pauli, Seite 511; Brief des konservativen Abgeordneten Hans Rapp vom 12. 4. 1877: „...daß auf dem gegenwärtigen Landtag die konservative Majorität sich werde auszeichnen können, dazu fehlen die Aussichten und schon der Umstand, daß die Welschtiroler sich immer so lange bitten lassen, versetzt uns in eine erbärmliche Situation. (Di Pauli, Seite 511).

³⁾ AI. ad 3026, 23. 7. 1876. Über irredentistische Betriebsamkeit: AI. ad 2981, 16. 7. 1876 Bericht des Polizeikommissärs von Ala; Mayr: Irredentismus, Seite 288 ff; Bericht des Statthalters über Gärungserscheinungen in Welschtirol, AI. ad 3026, 23. 7. 1876; hochverräterisches Verhalten eines Kanzlisten, AI. 3398, 25. 8. 1876; Politische Wühlereien unter Beamten, AI. 3414, 20. 9. 1876.

⁴⁾ AI. 3101, 1. 8. 1876.

⁵⁾ AI. 3953, 12. 10. 1876.

⁶⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 522.

⁷⁾ AI. 3953, 12. 10. 1876.

von einem bevorstehenden Einfall irredentistischer Gruppen und es wurde ein Verteidigungsplan für solche Fälle ausgearbeitet.⁸⁾ Erst das österreichisch-italienische Bündnis brachte einige Entspannung der Lage und die italienische Regierung mußte zumindest offiziell die irredentistische Bewegung verurteilen.⁹⁾

In den Achtzigerjahren begannen die Italienern wieder in Sache der Autonomie im Landtag tätig zu werden. Abg. Marchetti frug am 5. Juli 1880 an, warum das Gesetz über die Bezirksvertretungen noch immer nicht durchgeführt worden sei, ohne vom Statthalter eine klare Begründung für diese Unterlassung zu bekommen.¹⁰⁾ Als im nächsten Jahr bei der Beratung des Gemeindegesetzes die Entsendung von Kommissären des Landes zur Überwachung der Ordnung der Gebarung in den Gemeinden beschlossen wurde, legten die Italiener dagegen Verwahrung ein, da dies nach Einführung der Bezirksvertretungen überflüssig sein werde, und drangen neuerlich auf die Verwirklichung des längst beschlossenen Gesetzes. Der Landtag trug dieser Verwahrung zwar nicht Rechnung, beschloß aber mit überwiegender Mehrheit, auf die endliche Durchführung des Gesetzes über die Bezirksvertretungen für den italienischen Teil des Landes zu dringen. (Die Deutschen erachteten nämlich eine Durchführung dieses Gesetzes für ihren Landesteil für überflüssig.)¹¹⁾

Im Jahre 1881 gelangte eine sehr bedeutsame Vorlage im Landtag zur Annahme. Der Landtag fand am 27. August einen Regierungsentwurf zur Errichtung eines Landeskulturrates vor. Dieser sollte zur Betreuung und Förderung der Landwirtschaft dienen. Weder von konservativer noch von liberaler Seite nahm man Anstoß daran, den landwirtschaftlichen Verschiedenheiten zwischen Welsch- und Deutschtirol durch Errichtung einer besonderen Abteilung des Landeskulturrates für Welschtirol Rechnung zu tragen.¹²⁾ Durch die Schaffung z w e i e r Abteilungen des Landeskulturrates ist die Teilung des Landes auf wirtschaftlichem Gebiete beschritten worden. Sie wurde im Jahre 1884 noch reiner durchgeführt, indem die vier deutschen Grenzgemeinden des Nonsberges, die infolge ihrer geographischen Lage dem italienischen Landesteil zugeteilt waren, gemäß ihrem Ansuchen vom 7. Juli d. J. der Innsbrucker Abteilung des Landeskulturrates angeschlossen wurden. Der italienische Abg. Dr. Bertolini äußerte seine freudige Zustimmung zu dieser Regelung, weil sie eine Huldigung vor dem Nationalitätsprinzip sei, und er hoffe, daß der Landtag seine Zustimmung nicht vorenthalten werde, wenn von italienischer Seite Anträge eingebracht würden, um heterogene Elemente zu scheiden. Dies hob Bertolini besonders deshalb hervor, weil seine Partei die Frage der Selbstverwaltung schon in den nächsten Tagen aufrollen wollte.¹³⁾ Darauf ist vielleicht einzig und

⁸⁾ AI. 947, 1880; Mayr: Irredentismus, Seite 289 f.

⁹⁾ Mayr: Irredentismus, Seite 291 (am 13. 3. 1883 in der italienischen Kammer).

¹⁰⁾ V. 5. und 12. 7. 1880.

¹¹⁾ V. 19. 9. 1881.

¹²⁾ V. 24. 9. 1881.

¹³⁾ V. 7. 7. 1884.

allein die Zustimmung der Italiener in obiger Angelegenheit zurückzuführen gewesen.

Am 15. Juli stellten die nationalliberalen Abgeordneten im Landtag den Antrag auf Errichtung eines italienischen Kreises mit eigenem Kreistag und Kreisausschuß. Dem Kreisausschuß sollten für sein Gebiet dieselben Aufgaben zukommen, die der Landesauschuß bisher besessen hatte. Zwar sollten dem Landtag alle dem ganzen Lande gemeinsamen Angelegenheiten verbleiben, aber wie wenig dies war, wird ersichtlich, wenn man die dem Kreistag zukommenden Aufgaben betrachtet. Ihm sollte die Regelung aller Gemeindeangelegenheiten, der Pflege der Volkswirtschaft, des Unterrichts, der Wohlfahrt, die Verwaltung des eigenen Vermögens und die Verfügung über einen Teil der Landeseinnahmen und die Ausschreibung von Steuern im beschränkten Umfange zustehen. Das ist gewiß eine stattliche Liste von Rechten und im Grunde unterschied sich dieser Antrag nicht wesentlich von dem auch von der Regierung abgelehnten Reichsratsantrag des Jahres 1874. In seiner Begründung des Antrages erwähnte der Abg. Dr. Dordi am 19. Juli 1884, der jetzige Antrag sei bescheidener als frühere; werde auch er abgewiesen, so müßten die Italiener annehmen, daß sie vom Landtag überhaupt keine Zugeständnisse erhalten könnten, obwohl doch gesagt worden sei, daß sie Gehör finden würden, wenn sie nur in den Landtag kämen. Das war gewiß richtig, nur konnte von der konservativen Landtagsmehrheit nicht erwartet werden, daß sie im Landtag billigen würde, was sie im Reichsrat, nicht nur aus Kompetenzgründen, sondern auch sachlich, abgelehnt hatte¹⁴⁾, nun im Landtag annehmen würde. Sie hätte ihre Landespolitik gänzlich über den Haufen werfen müssen, wollte sie den Antrag annehmen. Auch die deutschen Liberalen waren zurzeit für solche Forderungen nicht zu haben. Hatte doch erst im Jahre 1883 der deutschliberale Abg. Melchiori ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen in einem Schreiben an Baron Ciani abgelehnt, weil diese noch immer auf dem Standpunkt ihres Reichsratsantrages standen.¹⁵⁾ Den Parteien wurde ihre Haltung durch die entschiedene Stellungnahme des Statthalters erleichtert. Dieser erklärte unter Hinweis auf irredentistische Kundgebungen: „Ich sage, wer also diesen Antrag nur einmal liest, wird anerkennen müssen, daß er darauf hinausgeht, die staatsgrundsätzlich gewährleistete Einheit des Landes aufzuheben und das Land nicht nur administrativ, sondern auch in politischer und, wenn ich so sagen kann, inter-staatsrechtlicher Beziehung in zwei von einander national verschiedene Teile zu zerstückeln.“ Die Annahme dieses Antrages, der nur einen Teil der wirklichen Wünsche darstelle, bedeute das Ende der einheitlichen Grafschaft Tirol. Kein Wunder, daß der Antrag mit allen deutschen Stimmen abgelehnt wurde.¹⁶⁾

Drei Jahre später lenkten zwei Flugschriften viel Aufmerksamkeit auf sich. 1887 erschien in Meran anonym eine Schrift unter dem Titel „Res Tridentinae“, deren Verfasser der deutschliberale Polizeikommissär

¹⁴⁾ Abg. Graf im Reichsrat am 15. 5. 1877.

¹⁵⁾ Nach einer handschriftlichen österreichischen Verfassungsgeschichte des Barons Ludwig v. Biegeleben.

¹⁶⁾ V. 19. 7. 1884.

Hochegger in Trient gewesen sein soll.¹⁷⁾ Hochegger erklärt, nicht Streit, sondern Frieden stiften zu wollen, zweifelt aber, ob dies möglich sein werde. Er gibt einen Überblick über die innenpolitische Entwicklung in Welschtirol und wirft dabei den Konservativen vor, den südlichen Landesteil vernachlässigt und damit die Unruhe im Lande genährt zu haben. Ihr glaubt der Verfasser durch eine Erweiterung der Befugnisse des Trienter Hofrates der Statthaltereidepartement, durch die Teilung der Landeseinnahmen und durch Schaffung eines Provinzialkollegs zur Verwaltung dieser Gelder steuern zu können. Eine politische Trennung von Deutschtirol werde hingegen den welschen Zuzug nach den deutschen Landesteilen im Süden nicht unterbinden, wohl aber den österreichischen Einfluß in Welschtirol auf ein Mindestmaß herabsetzen.

Den verschiedenen Vorwürfen der Schrift gegen die Konservativen ist eine Schrift unter dem Titel „Res Tirolenses“ im gleichen Jahre noch entgegen getreten.¹⁸⁾ Sie hat den konservativen Dr. Graf zum Verfasser. Sein Standpunkt ist von dem Hocheggers naturgemäß sehr verschieden. Er sieht die nationale Idee in der unbedingten Unterordnung unter Religion und Staat.¹⁹⁾ Damit ist ihm aber das Verständnis für das über die Grenzen strebende Volksitalienertum erschwert. Er stellt dem volkspolitischen Streben der Italiener die geschichtlich gewordene Einheit des Landes Tirol entgegen. Graf bestreitet Hochegger, daß das Verhältnis von Welschtirol zu Deutschtirol eine Zwangsehe sei. Es bleibt aber doch die Tatsache bestehen, daß es von der Intelligenz zumindest so empfunden wurde. Schließlich kann auch eine rechtsgültig geschlossene Ehe infolge seelischer Wandlung als Zwangsehe empfunden werden und jener Teil, der so empfindet, wird ihre Auflösung anstreben, selbst wenn wirtschaftliche Vernunftgründe für eine Aufrechterhaltung der Gemeinschaft sprechen. Den Vorwurf, daß die konservative Mehrheit Welschtirol vernachlässigt habe, weist Graf ziffernmäßig zurück.²⁰⁾

In beiden Schriften spielt das Wahlübereinkommen eine große Rolle, durch das die deutschen Konservativen die liberalen italienischen Großgrundbesitzer von der Seite der deutschen Liberalen getrennt haben, um sich mit ihnen unter Ausschluß der deutschen Liberalen die zehn Mandate der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes zu teilen. Hochegger behauptet, daß diese Tat der liberalen Austriacantipartei den Todesstoß versetzt habe.

¹⁷⁾ „Res Tridentinae, Studie über die nationale Bewegung in Welschtirol, Meran 1887.“

¹⁸⁾ „Res Tyrolenses“, Wagner Innsbruck 1887.

¹⁹⁾ „Res Tyrolenses“, Wagner Innsbruck 1887, Seite 22: „Die Strömung der Geister in einem zur österreichischen Völkerfamilie gehörenden Volke, welche dieses Volk bestimmt sein Endziel außer Österreich zu suchen, ist von Haus aus unzulässig und ganz und gar unbrechtigt, also vor dem Forum der katholischen Moral wie vor dem des Rechts absolut verwerflich.“

²⁰⁾ Ihn nimmt die als Antwort auf die „Res Tyrolenses“ 1888 erschienene liberale Gegenschrift „Im rechten Licht“ auf Seite 67 mit den Worten zurück: „Die Ziffern, die der Tirolensis in seiner Brochure wiedergibt, sind schon im Hinblick auf ihre authentischen Quellen, aus denen sie geschöpft sind, im Allgemeinen als richtig anzusehen und speziell, was die Überschwemmungsaktion anlangt, so kann nicht behauptet werden, daß bei der schließlichen Durchführung Welschtirol verkürzt worden sei.“

Der Vorwurf ist schwerwiegend genug, um eine Beachtung zu verdienen. Wir erinnern uns aber sogleich, daß auch die Austriacanti-partei, mochte sie nun konservativ oder liberal eingestellt sein, die ganzen Jahre, seit der Errichtung des Tiroler Landtages im Jahre 1861, immer wieder auf die Sonderstellung Welschtirols gedrungen hat. Die Austriacanti verfolgten, ihrem Namen getreu, keine irredentistischen Absichten. Immerhin standen sie mit der Forderung nach Sonderstellung Welschtirols mit den Irredentisten in einer Front, die in der Sonderstellung den ersten Schritt zur vollständigen Trennung von Österreich sahen. Man kann auf dem Standpunkt des nachmaligen Tiroler Statthalters Graf Merveldt²¹⁾ stehen, eine österreichische Partei dürfe sich nur mit einer ebenfalls eindeutig österreichischen Partei verbünden — und das waren die Nationalliberalen trotz ihrer Beteuerungen offensichtlich denn doch nicht —. Zweifellos haben die Konservativen eine gefährliche Bahn beschritten, die die Liberalen einige Jahre später weiter gegangen sind. Jetzt verurteilten sie scharf das konservative Vorgehen, aber es steckt darin zum großen Teil nur der Ärger über die verlorenen Mandate und nicht nur die Sorge um Tirol. Auch muß man wissen, daß sie ein Bündnisangebot des konservativen Großgrundbesitzes vorher abgelehnt haben. Über seinen Inhalt ist nichts bekannt. Die „Meraner Zeitung“ brachte am 12. Mai 1885 nur die Meldung: „In Bozen hat gestern vormittags die Wahlbesprechung der verfassungstreuen Mitglieder des adeligen Großgrundbesitzes stattgefunden, in welcher das von den Klerikalen angebotene Kompromiß erörtert und abgelehnt wurde.“ So konnte Graf mit Grund sagen: „Nun denn, ist es etwa nicht in der Hand der liberalen deutschen Adeligen gelegen, dieses Zusammengehen eines Teiles ihrer Standesgenossen zu verhindern?“²²⁾ Dieser Feststellung ist auch in der liberalen Antwortschrift nicht widersprochen worden. Unwidersprochen konnte schließlich Graf auch schreiben, daß das konservative Kompromiß im Großgrundbesitz dem deutschen Partner keinerlei politische Verpflichtungen auferlegte. Beide Teile wollten nur mit seiner Hilfe ihre Kandidaten durchbringen und weiter nichts.

Der schwerwiegendste Vorwurf, der in der liberalen Streitschrift den Konservativen gemacht worden ist, war zweifellos der, daß sie durch ihr Verhalten die italienischen Gesinnungsgenossen ins nationale Lager und das hieß in diesem Falle bis zu einem gewissen Grade ins irredentistische Lager gedrängt hätten. War dieser staatspolitische Vorwurf richtig? Dr. Graf erwiderte auf ihn: „Desgleichen hat der Wahlkompromiß mit der totalen Frontänderung des welschtirolischen Klerus nichts zu tun und kann diese Frontänderung auch deswegen nicht dem Wahlkompromiß zur Last geschrieben werden, weil dieser aus einer Zeit datiert, in welcher vom Wahlkompromiß noch gar nicht die Rede ging.“ Die liberale Gegenschrift „Im rechten Licht“ antwortete darauf: Es wäre nicht behauptet worden, daß die italienischen Konservativen erst seit dem Kompromiß national wären, wohl aber hätte erst seit dessen Abschluß der italienische Klerus seine nationale Haltung öffent-

²¹⁾ SA. ad 4582, 4976: In seinen Bemerkungen zur Denkschrift des Hofrats Giovanelli in Trient vom 11. 6. 1892 über die Lage in Welschtirol.

²²⁾ „Res Tyrolenses“ Seite 16 f.

lich an den Tag gelegt.²³⁾ Wenn nun auch die Vermutung nahe liegt, daß das Kompromiß das nationale Bündnis mit den liberalen Volksgenossen erleichtert hat, so liegt die tiefere Wahrheit doch bei Graf, wenn er sagt, daß die betont nationale Haltung des italienischen Klerus schon aus viel früherer Zeit herrührt.

Die ersten Anzeichen für eine Annäherung zwischen italienischen Konservativen und Liberalen in nationalen Fragen finden wir bereits eineinhalb Jahrzehnte früher. Dabei wollen wir nicht die Geschichte der Landtage vor dem Eintritt der Nationalliberalen in den Tiroler Landtag zurück bis zu seiner ersten Tagung außer acht lassen, die die italienischen Konservativen auf einer durchaus nationalen Linie findet, nur daß sie die Irredentapolitik nicht mitmachten. Im großen und ganzen war es ein gemeinsames Schlagen für ein teilweise gemeinsames Ziel: für größtmögliche Unabhängigkeit von Deutschtirol.

Schon im Jahre 1871 erklärten die italienischen Konservativen, in nationalen Fragen mit den Liberalen zusammen zu gehen.²⁴⁾ In dieselbe Richtung weisen auch die Erfahrungen, die Anton Di Pauli auf seiner Rundreise vor den Wahlen in diesem Jahre in Welschtirol machte.²⁵⁾ Als im Jahre 1876 um den Tod des Grafen Consolati eine hier nicht bezughabende öffentliche Erörterung stattfand, berichtete der Innsbrucker Statthalter nach Wien: „Im übrigen glaubt Herr Statthaltereirat von Rungg, daß diese Angelegenheit, so großes Aufsehen sie auch erregte, in der dortigen Lokalpresse kaum weiter besprochen werden dürfte. Die „Voce cattolica“ werde davon keine weitere Erwähnung machen, um nicht der Lüge und der Verletzung des Beichtgeheimnisses beschuldigt zu werden und das Journal „Trentino“ werde hierüber schweigen, um es sich mit der klerikalen Partei nicht zu verderben, da die nationalliberale Partei fortan die Hoffnung hegt, die Klerikalen in den nationalen Fragen für sich zu gewinnen, in welchem Falle das Land von neuem dem parlamentarischen Streike zugeführt werden könnte.“²⁶⁾ Schon ein Jahr später schien es, als ob das von Rungg angedeutete Bündnis Wirklichkeit werden sollte. Auf italienischer konservativer Seite war der Plan aufgetaucht, „ohne Unterschied der politischen Überzeugung alle Italiener in einem Klub zu sammeln, der nur die materiellen Interessen des Trentino beraten soll“. Damals gelang es noch den Bemühungen des Fürstbischofs Gasser von Brixen, dieses staatspolitisch nicht unbedenkliche Bündnis zu verhindern, denn die deutschen Konservativen fürchteten sehr, daß dieser Klub sofort dem Irredentismus verfallen würde.²⁷⁾

²³⁾ „Res Tyrolenses“, Seite 17 und „Im rechten Licht“ 64.

²⁴⁾ Vergleiche oben Seite 439.

²⁵⁾ Im Jahre 1871 reiste der Konservative Anton Freiherr von Di Pauli zur Vorbereitung der Wahlen nach dem Süden und fand auf der einen Seite der welschen Konservativen wenig Geschick und auf der anderen wenig Willen, mit den deutschen Konservativen zusammen zu gehen. (Nach Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 360 f.) Di Pauli berichtete, daß die Leute hier den Kopf ungemein hoch tragen und vielfach völlige Teilung, ausgenommen die Landesverteidigung, verlangen. Selbst der bischöflichen „Voce cattolica“, meinte Di Pauli, wird man den Kopf zurecht setzen und etwas mehr tirolisches Verständnis beibringen müssen.

²⁶⁾ AI. 1984 vom 15. 5. 1876.

²⁷⁾ Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 525.

Es war der niedere Klerus in Welschtirol, der dem nationalen Gedanken huldigte. Die bischöfliche Kurie stand immer etwas unter dem Einfluß der Deutschkonservativen und auch der Regierung, ohne deshalb die nationalen Interessen zu verachten. Dieser Einfluß nützte aber in dem Augenblick nichts, in welchem der Klerus in außerkirchlichen Fragen dem Bischof den Gehorsam kündigte.²⁸⁾ Unter der Führung Don Bazzanellas entstand eine betont nationale (konservative) Partei, die den entschlossenen Kampf gegen die bischöfliche Austriacantigruppe aufnahm. Bazzanella verlangte sogar, daß sich der Bischof nicht in die Wahlbewegung einmische. Die Nationalkonservativen schufen sich im „Popolo Trentino“ ein eigenes Blatt, das nicht nur der bischöflichen „Voce cattolica“, sondern auch den liberalen Blättern gefährlich wurde. In kurzer Zeit hatte es doppelt so viele Abnehmer als die liberalen Blätter.²⁹⁾ Vergeblich bemühten sich Bischof und Regierung, die Bewegung aufzuhalten. Die Nationalkonservativen wollten in religiösen Angelegenheiten mit den deutschen Glaubensgenossen zusammengehen, in allen nationalen Fragen aber ihre liberalen Volksgenossen unterstützen. Das Bündnis mit den Nationalliberalen band die Konservativen nur in volklichen und wirtschaftlichen Fragen.³⁰⁾ Es war mehr Wunsch als Wirklichkeit, wenn der deutschkonservative „Burggräfler“ am 5. Juni 1889 seinen Lesern von einer starken bischöflichen Partei erzählte, die gegen die Nationalkonservativen, wegen ihres Bündnisses mit ihrem weltanschaulichen Gegner im Volk, arbeite.

²⁸⁾ Als die deutschen Konservativen im Jahre 1871 in der Adresse an den Kaiser keine Bemerkung über die Notwendigkeit einer Autonomie für Welschtirol hineinnehmen wollten, folgten die geistlichen Abgeordneten im Landtag nicht dem Bischof, der mit der deutschen Mehrheit in dieser Frage ging. Di Pauli berichtet in seinem Buche: Anton Freiherr von Di Pauli, Seite 366: „Der arme Fürstbischof Riccabona hat heute geweint, als er sich von seinen Geistlichen verlassen sah.“

²⁹⁾ SA. 3403, Bericht des Hofrat von Trient vom 26. 5. 1889.

³⁰⁾ „Tiroler Stimmen“ 27. 4. 1889.

Mit vereinten Kräften.

Die Landtagswahlen im Jahre 1889 endeten mit einem vollkommenen Sieg der nationalkonservativen Partei Bazzanellas. Für die österreichische Innenpolitik war dies ein beachtliches Ereignis. Schwerer und wichtiger als die militärische Sicherung Welschtirols war die gefühlsmäßige Bindung, die bisher durch die deutsche konservative Partei zur italienischen, die hier wie dort die Partei der Mehrheit der Bevölkerung war, besorgt worden war. Nicht mit Unrecht schrieb die liberale „Meraner Zeitung“ ganz ärgerlich: „Die Tiroler Klerikalen gelten in Wien deshalb so viel, weil sich ihre Herrschaft auf das Trentino erstreckt und weil durch sie dieses Land in Abhängigkeit gehalten wird.“¹⁾ Dies war zwar im Ausdruck übertrieben, im Wesen aber richtig gesehen. Freilich, nun schienen die Dinge anders zu werden. Das italienische Volk Welschtirols stand nach dem Siege Bazzanellas in einer einigen Front zum Kampf in der Autonomiefrage bereit. Sinnfällig kam die neue innenpolitische Lage zum Ausdruck, wenn die Führer der beiden großen Parteien, der nationalen Konservativen und Liberalen, Don Bazzanella und Dr. Dordi, einen gemeinsamen Wahlauf Ruf im Jahre 1889 herausgaben und später im Landtag für ihre Parteimitglieder einen gemeinsamen Klub schufen.²⁾

Ein anderer Umstand brachte ebenfalls eine Verschärfung der Lage: Die deutschliberale Partei befand sich in Tirol in einer hoffnungslosen Minderheitsstellung im Landtag, denn die Mehrheit im Lande zu erhalten, war für eine liberale städtische Partei, wie die Dinge einmal lagen, unmöglich. Es gab nur einen Weg, maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung der Dinge zu gewinnen, sich mit den italienischen Gesinnungsgenossen zu verbinden. Wie aber konnte man diese anders gewinnen, da sie doch im Großgrundbesitz seit dem Jahre 1885 aus taktischen Gründen mit den Konservativen verbunden waren, als daß man ihnen mehr bot, als diese ihnen geboten hatten. Zur Zeit gab es aber nur ein Zugeständnis, für welches die italienischen Liberalen Interesse zeigten und dies war eines die Autonomie ihres Landesteiles betreffend. Den Umschwung der Liberalen in der Welschtiroler Politik leitete die „Meraner Zeitung“ mit einem Artikel am 30. Dezember 1888 ein. Nach Sprache und Inhalt und nach der späteren Haltung in der Öffentlichkeit würde man am ehesten den liberalen Abg. Dr. Karl von Grabmayr³⁾ als

¹⁾ „Meraner Zeitung“ 18. 4. 1889.

²⁾ SA. 3/II 591.

³⁾ Die Grabmayr erscheinen seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts in Lana bei Meran ansässig. Dr. Karl von Grabmayr — geboren am 12. Februar 1848 in Bozen — eröffnete im Jahre 1878 in Meran eine Anwaltskanzlei und kam nach Erwerb entsprechenden Bodens im Jahre 1892 als Vertreter des adeligen Großgrundbesitzes in den Landtag und im Jahre 1897 in den Reichsrat. Mit seinen hervorragenden juristischen Fähigkeiten stand Grabmayr zuerst als Vizepräsi-

Verfasser der nun häufig in der „Meraner Zeitung“ erscheinenden Aufsätze zur Autonomiefrage vermuten. Sie vertraten die Ansicht, daß durch die Gewährung einer Autonomie an Welschtirol die Verwaltung in beiden Landesteilen Tirols vom nationalen Gegensatz befreit würde; die Italiener würden befriedigt sein und die Deutschen könnten sich ungehemmt dem Schutze des deutschen Südtirol widmen. Wir werden im Laufe der Darstellung noch sehen, wo Irrtum und Fehler dieser Auffassung lagen, die auch nur zeitweise und bald nur von einem mäßigen Teil der deutschen Liberalen vertreten worden ist.

Das Echo, das die ersten Aufsätze der „Meraner Zeitung“ fanden, war nicht sehr ermutigend. Die deutschen Konservativen wetterten, weil von einem deutschen Blatt offen die Teilung Tirols angestrebt wurde, und die italienischen Liberalen wollten aus guten Gründen zunächst an keine Sinnesänderung glauben. Der nationalliberale Abgeordnete Panizza schrieb im „Raccoglitore“: Das Bündnis mit den deutschen Konservativen sei weder schön noch natürlich, aber es brächte der nationalliberalen Partei mehr Sitze ein, als sie vor ihm besessen. Weitere Abmachungen mit den deutschen Konservativen bestünden nicht. In Wahrheit könne gar keine deutsche Partei für eine Teilung Tirols sein, weil jede Partei die Italiener im Landtag zur Mehrheitsbildung brauche. Man dürfe auch nicht die italienischen Konservativen durch eine Lösung des Bündnisses mit den deutschen Konservativen abspenstig machen.⁴⁾

Mitte Mai jedoch vermerkte die „Meraner Zeitung“ das erste Einlenken.⁵⁾ Sie hatte den Kampf für die Autonomie allein begonnen, aber bald stellten sich auch die übrigen Blätter Deutschtirols, wenn auch nicht vorbehaltlos, auf ihre Seite; führend in der Sache blieb auch weiterhin die „Meraner Zeitung“. Es fehlte im liberalen Lager nicht an Bedenken gegen die neue Politik.⁶⁾ Manche wollten aus staatspolitischen Gründen den äußersten Süden Tirols und des Reiches nicht der Füh-

dent und seit dem Jahre 1913 als Präsident dem Verwaltungsgerichtshof vor. Grabmayr war den Italienern ausgesprochen freundlich gesinnt und dennoch allzeit bemüht, nach bester Überzeugung die Interessen des eigenen Volkes und Landes zu wahren. Er war der heißeste Vorkämpfer für die Welschtiroler Autonomie auf liberaler Seite. Er hoffte, durch dieses Entgegenkommen die Italiener dauernd zu befriedigen und dadurch dem Irredentismus den Boden zu entziehen, verstand es aber nicht, seine Zeitgenossen, ja nicht einmal die Mehrheit seiner Gesinnungsgenossen für seine Lösung zu begeistern. Er starb am 24. 7. 1923 in Meran.

⁴⁾ Am 21. 2. nach „Meraner Zeitung“ vom 7. 3. 1889. Hier wird die Schlüsselstellung der Italiener im Tiroler Landtag ersichtlich, die ihnen eine Machtstellung über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus sicherte. Aus dem Munde eines nationalen Italieners erfahren wir, wie wenig die immer wieder gehörte Behauptung die Wahrheit traf, daß die italienischen Abgeordneten schon deshalb nicht in den Tiroler Landtag kommen könnten, weil sie sich in ihm in einer hoffnungslosen Minderheitsstellung befänden. In Erkenntnis der wahren Machtstellung der Italiener im Landtag, zweifelte der Statthalter im Jahre 1891, daß die Italiener sich wirklich zu einer längeren Abstinenzpolitik entschließen würden, weil sie sich dadurch größter Wirkmöglichkeiten berauben würden. Freilich unterschätzte der Statthalter die politische Zielstrebigkeit der Welschtiroler Führer, die um ihres staatspolitischen Zieles willen wirtschaftliche und soziale Interessen weit in den Hintergrund stellten.

⁵⁾ Am 14. 5. 1889.

⁶⁾ „Innsbrucker Tagblatt“ 7. 3. 1889.

rung der unzuverlässigen Oberschicht dieses Landesteiles überlassen. Ganz im Gegenteil dazu vertrat die „Meraner Zeitung“ nun mit letzter Klarheit den Grundsatz, daß nur die reinliche Scheidung dem Lande den Frieden und dem Reiche durch diesen Frieden Sicherheit bringen könne, indem sie erklärte: „Die Loslösung des Trentino von Deutschtirol muß uns zum Axiom unseres politischen Handelns werden, aus nationalen und staatlichen Rücksichten.“⁷⁾

Aber war der Friede dann gewiß? Verlangten die radikalen Italiener seit Mazzini, je nach ihrem Wohnsitz laut oder leise, nicht mehr als das welsche Land bis Salurn? War nicht gerade mit guten Gründen von liberaler Seite mehrfach festgestellt worden, daß ihr Verlangen auch das deutsche Kernstück Tirols bis zum Brenner einschloß?⁸⁾ Und war nicht zu befürchten, daß die italienische Intelligenz dieses Endziel dadurch vorzubereiten trachten würde, daß sie für die da und dort nach Deutschsüdtirol zugewanderte proletarische italienische Minderheit in steigendem Ausmaße Minderheitenrechte fordern würde? Wie gut hätte sich durch eine solche „nationale“ Politik der Unwille der Masse der Bevölkerung, die nicht wußte, worum es ihren Führern ging, über die durch die Teilung für Welschtirol entstehenden finanziellen Schwierigkeiten abgelenkt werden können! Denn nicht unbegründet waren die Sätze des konservativen „Burggräfler“ vom 13. November 1889: „Unsere welschen Landsleute sollten denn doch bald einsehen, daß sich die konservativen Deutschtiroler gegen die Abtrennung des italienischen Landesteiles aus patriotischen Gründen sträuben. Wollten wir uns auf den finanziellen Standpunkt stellen, so müßten wir aus vollen Backen rufen: Ihr Trentiner, fahret wohl! Weiß doch jedes Kind in unserem Bergland, daß nicht wir Deutschtiroler von den welschen Südtirolern, sondern umgekehrt diese von uns Deutschtirolern finanzielle Vorteile ziehen.“ Es seien hier noch amtliche Zahlen zur Erläuterung beigelegt, die deutlich die finanzielle Leistungsschwäche des italienischen Landesteiles zeigen. Über 70 % der Landeseinnahmen wurden von Deutschtirol aufgebracht und nicht ganz 30% von Welschtirol, das aber dennoch reichlich 40% der Landesauslagen zugemessen erhielt, welchem Hundertsatz auch der italienische Bevölkerungsanteil an der tirolischen Einwohnerschaft entsprach.⁹⁾ Die Deutschen waren natürlich nicht gewillt, Überzahlungen zugunsten Welschtirols zu leisten, wenn dieser Landesteil selbständig wurde und sie dort nichts mehr mitzureden hatten. Die Welschtiroler Bevölkerung hätte wohl kaum die wirtschaftliche Kraft besessen, für die bisher von den Deutschen Tirols geleisteten Überzahlungen aufzukommen, denn diese hätten sie sicher nicht gemacht, wenn es möglich gewesen wäre, die notwendigen Steuern aus dem italienischen Landesteil herauszubringen. Es ist mit Grund zu vermuten, daß der Erfolg der Neuordnung eine noch breitere und nun sachlich begründete Unzufriedenheit im Lande gewesen wäre und der Irredentismus hätte neue

⁷⁾ „Meraner Zeitung“ 14. 6. 1889.

⁸⁾ Z. B. die liberale „Bozner Zeitung“ am 14. 3. 1870 und 14. 4. 1871.

⁹⁾ „Darstellung der Ergebnisse der Landtagsabschlüsse für das Dezennium 1882—91, aufgeteilt auf den deutschen und italienischen Landesteil. Innsbruck 1901.“

Nahrung und im eigenen Landtag die geeignete Bühne gefunden, von der er Tag für Tag sein Programm in die Massen hätte werfen können.

Die deutschen Konservativen waren durch die überraschende Kursänderung der Liberalen in eine schwierige Lage gekommen. Zunächst war ihnen ja das Mißtrauen der Italiener betreffs der Aufrichtigkeit der liberalen Sinnesänderung günstig gewesen. Die italienischen Liberalen haben mit beiden deutschen Parteien verhandelt.¹⁰⁾ Schließlich hatte das Werben der deutschen Liberalen Erfolg. Der Angelpunkt der neuen Politik war wieder das Kompromiß in der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes, das nun unter Ausschluß der deutschen Konservativen zwischen den italienischen und deutschen Liberalen abgeschlossen worden ist. Die deutschen Konservativen scheinen zunächst ein Übereinkommen mit ihren liberalen Volksgenossen zu gewinnen versucht und erst nach dem Scheitern dieser Bemühungen mit den Italienern unter Anbietung von Zugeständnissen in der Autonomiefrage verhandelt zu haben.¹¹⁾ Der liberale Abg. Dr. Blas behauptete zumindest im Dezember des Jahres, der konservative Abg. Dr. Kathrein hätte den Italienern einen Kreistag oder Bezirksvertretungen angeboten. Die „Neuen Tiroler Stimmen“ übernahmen diese Meldung ohne zu widersprechen.¹²⁾ Wenn wir also dieser Angabe des liberalen Politikers glauben wollen, so liegt die Annahme nahe, daß die deutschen Liberalen mehr geboten haben, denn sonst wäre es unverständlich, daß die Italiener, welche mit beiden Parteien verhandelt hatten, den Pakt im Großgrundbesitz mit den Liberalen abschlossen. Sarkastisch schrieb der konservative „Burggräfler“ am 22. Juni: „Die Liberalen brachen mit ihrer ganzen Vergangenheit, sicherten den nationalen Adeligen Welschtirols das selbständige Trentino und hoben ihre konservativen Rivalen in dieser Liebeswerbung aus dem Sattel. Soweit konnten unsere Leute als gute Tiroler und Österreicher allerdings nicht gehen.“

Das Abkommen zwischen deutschen und italienischen Liberalen ist also Wirklichkeit geworden. Was aber ist sein Inhalt gewesen? Was haben die deutschen Liberalen den Italienern zugesagt? Das führende liberale Blatt, das Innsbrucker „Tagblatt“, hat in Abrede gestellt, daß der Preis die glatte Trennung von Deutschtirol sein sollte. „Nur wohlwollendes Entgegenkommen bei der Beurteilung ihrer autonomen Wünsche“ hätten die Liberalen den Italienern zugesagt.¹³⁾ Zwischen der Trennung einzelner Agenden der autonomen Verwaltung, wovon doch nur die Rede sein konnte, und einer Zweiteilung Tirols sei doch einiger Unterschied.¹⁴⁾ Das Blatt wies auch das aufdringliche Werben der „Meraner Zeitung“ um die Gunst der Italiener zurück und schrieb, sie verdiene nicht den Namen eines „führenden“, sondern eines „irreführenden“ Blattes.¹⁵⁾ Es wird schon etwas Wahres daran sein, wenn das

¹⁰⁾ AI. 2868, Nr. 4044; Statthaltereibericht vom 26. 6. 1889.

¹¹⁾ Zu dieser Nachricht des „Popolo Trentino“ bemerkte die „Meraner Zeitung“ am 18. 5. 1889 nur: „Wenngleich der „Popolo Trentino“ diese Nachricht positiv bringt, wird dieselbe immerhin cum grano salis aufzufassen sein.“

¹²⁾ „Tiroler Stimmen“ 21. 12. 1889.

¹³⁾ „Innsbrucker Tagblatt“ 20. 7. 1889.

¹⁴⁾ „ „ „ 29. 8. 1889.

¹⁵⁾ „ „ „ 10. 8. 1889.

Innsbrucker „Tagblatt“ am 2. September schrieb, daß sich die Ansichten der führenden deutschliberalen Politiker — Grabmayr freilich müssen wir hier ausnehmen — sich nie mit denen der „Meraner Zeitung“ gedeckt haben. Vielleicht trifft die vom Tiroler Statthalter Freiherr von Widmann, der den Liberalen zumindest nicht ungünstig gesinnt war¹⁶⁾, in einem Bericht bestimmt geäußerte Behauptung die Wahrheit: Die deutschen Liberalen, so heißt es dort, machen kein Hehl daraus, daß der vornehmliche Zweck des Abkommens der gewesen sei, die konservative Landtagsmehrheit zu stürzen; dafür wollten sie den Italienern die Autonomie gewähren, in der sicheren Erwartung, daß die Regierung nie ihre Zustimmung geben würde. Grabmayr freilich hat es sicher ehrlich gemeint.¹⁷⁾

Im Herbstlandtag 1889 forderten die Italiener Einlösung des liberalen Versprechens, indem sie am 23. Oktober durch Dr. Dordi folgenden Antrag einbrachten: „Der Landtag erkennt die Notwendigkeit an, daß für eine bessere Besorgung der Landes- und Gemeindeangelegenheiten in beiden Teilen des Landes dem italienischen Teile eine autonome Verwaltung und zu diesem Zwecke ein eigener Landtag zugestanden werde und beauftragt den Landesausschuß, die geeigneten Schritte einzuleiten, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten und spätestens in der nächsten Session vorzulegen.“ Der Antrag wurde vom Landeshauptmann auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Am 26. Oktober begründete Dordi den Antrag in ausführlicher Rede. Er brachte eine Übersicht über die autonomen Bemühungen der Italiener im Verlauf der Zeit und wies darauf hin, daß bei den letzten Wahlen ausschließlich Abgeordnete gewählt worden wären, die sich für ein autonomes Welschtirol einzusetzen bereit erklärt haben. Dordi hielt es weit unter seiner Würde, auf den Vorwurf zu antworten, daß die Italiener bei ihrem Verlangen politische Hintergedanken hegten. Der Antrag entspringe rein administrativen Bedürfnissen. Er klagte über wirtschaftliche Zurücksetzung Welschtirols und versicherte, daß sein Antrag nicht auf die Zerreißung Tirols hinauslaufe.

Natürlich glaubte kein vernünftiger Mensch, daß der Antrag rein administrativen Wünschen entspringe, aber offen sprach man nicht gern vom Kern der Frage, der reichlich politisch war. (Ein führender Welschtiroler Politiker gab im nachhinein ganz offen zu, daß es sich selbstverständlich in erster Linie um eine politische Frage gehandelt habe und erst in dritter und vierter Linie seien in diesem ganzen Kampfe kulturelle und wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen.)

Die Konservativen konnten durch den Mund ihres Sprechers Dr. Rapp nur eine ablehnende Haltung einnehmen: „Da der vorliegende Antrag die Auflösung der staatsrechtlichen Einheit Tirols anstrebt, ja im Prinzip schon in sich schließt und noch weiter geht, als der am 15. Juli 1881 von Dr. Dordi und Genossen eingebrachte Antrag, so halten die im konservativen Klub vereinigten Abgeordneten unter Übereinstimmung mit ihrer gegenüber letzterem Antrag eingenommenen

¹⁶⁾ Freiherr von Widmann trat 1893 sogar als Wahlwerber für das liberale Städtemandat von Bozen und Meran auf.

¹⁷⁾ AI. 4640/6797, Bericht des Statthalters vom 6. 11. 1889.

Haltung den vorliegenden Antrag zu einer Beratung im hohen Landtag nicht für geeignet und sind daher nicht in der Lage, für die Zuweisung desselben an ein Komitee zu stimmen.“ Sofort meldete sich der liberale Sprecher zum Wort und erklärte unter dem Beifall der Italiener, seine Partei sei gegen den Übergang zur Tagesordnung. Ohne zum Antrag noch Stellung zu nehmen, halte er es nicht für angebracht, einen von so vielen Abgeordneten geäußerten Wunsch nicht einmal einer Besprechung zu würdigen. Der Statthalter erinnerte an seine ablehnende Stellungnahme, die er anlässlich der italienischen Kreistagsforderung im Jahre 1884 zu wissen gegeben habe und versicherte, er könne heute auch nichts anderes sagen als damals, zumal der vorliegende Antrag noch viel weiter gehe. Dennoch wurde der von Dordi gewünschte Ausschuß zur Beratung des Antrages eingesetzt, da die vereinigten Italiener und deutschen Liberalen über eine kleine Mehrheit im Landtag verfügten. Um ihre völlige Abneigung gegen den Dordischen Vorschlag zu beweisen, erklärte Dr. Rapp namens der Konservativen, daß seine Partei sich nicht an der Wahl zu diesem Ausschuß beteiligen werde; dennoch wurden auch Konservative in den Ausschuß gewählt.

Der Ausschuß arbeitete verhältnismäßig rasch. Die Konservativen beobachteten in ihm teils eine passive, teils eine offene ablehnende Haltung. Am 16. November legte Dr. Blaas (liberal) dem Landtag den Ausschußbericht vor. Er empfahl dem Landtag zu beschließen: „Der hohe Landtag anerkennt das Bedürfnis, daß dem italienischen Landesteile zur besseren Besorgung der besonderen nur ihn betreffenden Angelegenheiten auch besondere Einrichtungen und Organe der Selbstverwaltung zugestanden werden und beauftragt den Landesauschuß, zweckmäßige Erhebungen und Verhandlungen einzuleiten, sowie diesfällige konkrete Anträge seitens der italienisch-tirolischen Abgeordneten entgegen zu nehmen und zu prüfen und für die nächste Session des Landtages die bezüglich dem Interesse beider Landesteile entsprechenden Anträge, soweit notwendig, in Form eines Gesetzentwurfes auszuarbeiten und vorzulegen.“

Wenn man diesen Antrag mit dem klar und entschieden gehaltenen Dordis vergleicht, so fällt die geschmeidige Formulierung auf. Der Ausschuß hat eigentlich die ganze Arbeit an den Landesauschuß abgeschoben. An eine vollkommene Erfüllung des Dordischen Antrages dachte man auch auf deutschliberaler Seite kaum, und fürsorglich hatte man die Klausel eingefügt, daß die Anträge dem Interesse beider Landesteile entsprechen müssen.

Die ausführliche Begründung des Ausschußantrages war eine ebenso ausführliche Aufzählung der italienischen Bestrebungen zur Erlangung einer autonomen Verwaltung für ihren Landesteil und sie erweckte den Beifall der Liberalen beider Völker. Mit Mißfallen wurde hingegen die, freilich erwartete, Ablehnung des Antrages durch die Konservativen aufgenommen, die durch Dr. Rapp erklärten: „Die Unteilbarkeit der Grafschaft Tirol, eines der großen Ideale der geistigen Güter des Volkes, hat aber in ihren (Anmerkung: Rapp hatte vorher darauf hingewiesen, daß die Konservativen durch die Neuordnung sogar finanziell gewinnen würden) Augen einen so unendlich höheren Wert, daß alle anderen Rücksichten daneben verschwinden. (Oho-Rufe bei den Ita-

liernern.) Die Zahl und das Ansehen der italienischen Abgeordneten ermöglicht ihnen, ihren Wünschen wirksamen Nachdruck zu verleihen und gestattet ihnen genaueste Überwachung aller administrativen und finanziellen im Interesse ihres Landesteiles getroffenen Verfügungen (Oho-Rufe bei den Italienern) . . . Der Rahmen unserer Landesverfassung ist weit genug, den berechtigten Wünschen aller Landesteile zu entsprechen.“ (No-Rufe.)

Dem modernen Nationalitätenprinzip stellte Dr. Rapp in aller Schärfe den konservativen Gedanken der geschichtlich gewordenen Landeseinheit entgegen. Auch hier der berechtigte Hinweis, daß die Zahl der italienischen Abgeordneten ihnen die Durchsetzung ihrer Bedürfnisse ermögliche. Keine der beiden deutschen Parteien konnte die andere ohne die Stimmen der Italiener mit Zweidrittelmehrheit besiegen. Der Liberale Dr. Wildauer hob das Entgegenkommen der deutschen Konservativen in der Autonomiefrage in früheren Jahren hervor, doch glaubte auch er betonen zu müssen, daß die Einrichtung eines eigenen Landtages für Welschtirol über die Sphäre des Erreichbaren hinausginge.

Gegenüber dieser Haltung der Liberalen ist der Standpunkt der liberalen „Meraner Zeitung“ folgerichtiger gewesen, die für eine klare Teilung Tirols bemerkenswerte völkische Gründe angeführt hatte.¹⁸⁾ Wer aber die völlige Lostrennung Welschtirols vermeiden wollte, tat wohl besser, den Grundsatz „principiis obsta“ einzuhalten angesichts des unzweifelhaften entschiedenen Hinarbeitens aller italienischen Abgeordneten auf die völlige Selbständigkeit Welschtirols. Der Führer der Nationalkonservativen erwiderte auf Wildauers Einschränkungen, daß die autonome Verwaltung Welschtirols die letzte und einzige Möglichkeit sei, die schlechte wirtschaftliche Lage des Landesteiles zu bessern. Er behauptete, den Tatsachen völlig widersprechend, daß die Verbindung Welschtirols mit Deutschtirol für ersteres eine wirtschaftliche Schädigung bedeute. Um keinen Zweifel über die tatsächlichen Wünsche der Italiener aufkommen zu lassen, versicherte Dr. Dordi, die Italiener würden für den vorliegenden Antrag stimmen, ohne aber für sich und ihre Nachfolger auf ihre weiter gehenden Rechte zu verzichten. Um den unangenehmen Eindruck dieser bestimmten Erklärungen abzuschwächen, betonte der Liberale Blaas, daß die italienischen Abgeordneten im Ausschuß für die Erhaltung der Landeseinheit gestimmt haben, eine Versicherung, die nach den eben vernommenen Äußerungen und Anschauungen der italienischen Abgeordneten von fraglichem Werte war. Gegen die Stimmen der deutschen Konservativen wurde der Ausschußantrag angenommen.¹⁹⁾

Mit dieser EntschlieÙung des Landtages war noch nichts entschieden, denn nun mußten erst konkrete Vorschläge der Italiener abgewartet und im Landesausschuß bearbeitet werden. Die italienischen nationalen Abgeordneten beider Parteien arbeiteten bis zum September des Jahres 1890 unter besonderer Mitwirkung des Trienter Bürger-

¹⁸⁾ Vergleiche Seite 453.

¹⁹⁾ V. 23. und 26. 10. und 16. 11. 1889.

meisters Mazzurana²⁰⁾ einen Gesetzesvorschlag aus. Dieser entsprach ganz den letzten Erklärungen der Italiener im Landtag.

In diesem Entwurf für den Landesausschuß beriefen sich die italienischen Abgeordneten auf den Landtagsbeschluß vom 16. November des Vorjahres und versicherten, daß eine praktische Lösung der Frage, welche die berechtigten Wünsche des italienischen Teiles des Landes und die administrativen und wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedige, nur durch eine vollständige und radikale Trennung und die Kreierung des Trentino zu einer selbständigen Provinz mit einem eigenen Landtag, unabhängig von jenem in Innsbruck, möglich sei. Trotzdem sie diese feste Überzeugung besäßen, hätten sie, um wenigstens einigermaßen dem Landtagsbeschluß vom 16. November 1889 zu entsprechen, den folgenden Lösungsvorschlag ausgearbeitet, betonen jedoch entschieden, daß er „das Minimum dessen darstelle, was das von ihnen vertretene Land zu verlangen das Recht hat.“²¹⁾

Dieses Mindestprogramm der Italiener verlangte die Teilung der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes und die Schaffung zweier Provinziallandtage, neben denen ein Vollandtag für einige wenige gemeinsame Angelegenheiten bestehen bleiben sollte. Eine weitgehende Finanzhoheit und selbst ein Gesetzgebungsrecht sollte den Provinziallandtagen zustehen. Der Vorsitzende wäre vom Provinziallandtag zu wählen, während selbst der Landeshauptmann vom Kaiser ernannt wurde. Zum ersten Male wurde die Ausscheidung des ladinischen Bezirkes Ampezzo aus Deutschtirol und Zuweisung zum italienischen Landesteil verlangt.²²⁾ Wie man sieht, waren die Forderungen nicht gering. Die Einheit des Landes war im Entwurf nur formal aufrecht erhalten worden und es war ausdrücklich betont, daß die Erfüllung dieser Forderungen von den Italienern nur als Teilzahlung gewertet werden würde.

²⁰⁾ SA. ad 3I. 4451: Statthalter Merveldt in einem Bericht an den Ministerpräsidenten am 26. 7. 1890.

²¹⁾ SA. 3/I 4451/5529 Bericht des Statthalters vom 19. 9. 1890.

²²⁾ SA. ad 3I 4451 und 5483 Bericht des Statthalters vom 17. 9. 1890. Beilage 15 zu den V. des Tiroler Landtages: Die Gebietsvertretungen sollen nach dem italienischen Antrag für ihren Landesteil alle Rechte und Befugnisse des bisher gemeinsamen Landtages bekommen, ausgenommen Geschäfte, die Interessen des ganzen Landes betreffen, für die ein gemeinsamer Landtag bestehen bleiben soll. „Dem Vollandtage bleibt die Verhandlung und Ausführung aller Geschäfte, die das allgemeine Interesse des Landes betreffen und die nicht ausdrücklich einer der beiden Sektionen übertragen sind, nicht im Wirkungskreis derselben liegen und sich nicht auf Partikularinteressen des einen oder anderen Teiles des Landes beziehen.“ (Art. 27.) Es ist daher wesentlich zu wissen, will man den Wirkungskreis der Gebietsvertretungen erfassen, welche Aufgaben ihnen nach dem italienischen Vorschlag zugedacht waren. „Zum Wirkungskreise der Gebietsvertretungen gehören alle internen Angelegenheiten, die sich auf die besonderen Interessen des bezüglichen Landesteiles und seiner Angehörigen beziehen und namentlich alle Anordnungen in Betreff: der Landeskultur, der öffentlichen Bauten, Straßenwesen und öffentlichen Wohltätigkeit, Verwaltung des Vermögens und der Fonds des betreffenden Landesteiles. Die Gebietsvertretungen waren mit einem vollkommenen Budgetrecht ausgestattet. In ihrem Bereiche übernahmen sie alle Rechte des Landtages für die Gemeinde- und Städteaufsicht. Wenn wir diese Aufteilung der Vertretungsrechte überblicken, so können wir ohne Übertreibung sagen, daß der Landtag zum formalen Repräsentanten der Landeseinheit herabgesunken wäre.“

Nachrichten über den Inhalt des italienischen Entwurfes hatten sich schon im Frühsommer des Jahres 1889 verbreitet, obwohl derselbe erst im September dem Landesausschuß überreicht worden ist. Die Ablehnung durch die Konservativen sei ihm gewiß, meldete schon am 26. Juli der Statthalter nach Wien.²³⁾ Die „Neuen Tiroler Stimmen“ schrieben am 30. August: Alle kulturellen Forderungen der Italiener seien erfüllt und ihnen ginge es nur um politische Ziele, die der Staat nicht billigen darf. „Will man Trient verschenken, dann verschenke man es gleich, das ist bequemer und erspart eine Menge Scherereien; will man es behaupten, dann gebe man nicht dem Irredentismus eine staatlich sanktionierte Organisation.“ Merkwürdig ähnliche Worte konnte man aber auch im liberalen „Tiroler Tagblatt“ seit Juni immer wieder lesen: Die Hoheit des Tiroler Landtages müsse eine wirkliche bleiben und dürfe nicht zur Formalität herabgedrückt werden. Denn besser als eine scheinbare Einheit wäre dann noch eine offene und völlige Trennung. Würden Kreistage geschaffen, so müßten sie in Abhängigkeit des Landtages bleiben. Gewiß wäre die Ausscheidung Welschtirols aus dem Landesverband die gründlichste Lösung, aber sie würde von der Regierung nicht geduldet werden; sie sei auch wegen der irredentistischen Hetze nicht möglich und so hielten auch die deutschen Liberalen an der Landeseinheit fest. Daher lehnte das Blatt auch den italienischen Entwurf ab.²⁴⁾ Selbst nach Ansicht der „Meraner Zeitung“ war der Entwurf ganz bedeutend über jene Grenzen hinausgegangen, bis zu welcher die deutschen Liberalen Tirols Hand in Hand mit den Italienern gehen dürfen.²⁵⁾

Irredentistische Machenschaften im Sommer waren nicht geeignet, die italienischen Autonomieforderungen unbedenklicher erscheinen zu lassen. Der Verein „Pro Patria“ wurde aufgelöst, als er sich mit den Zielen des reichsitalienischen Irredentistenvereines „Dante Alighieri“ öffentlich einverstanden erklärte.²⁶⁾ „Los von Tirol ist der Ruf“, schrieb ein konservatives Blatt, „und los von Österreich bedeutet er in Wahrheit.“²⁷⁾ Ähnlicher Meinung war man auch an maßgeblicher amtlicher Stelle. Als sich der Hofrat Vinzenz Freiherr a Prato aus Segonzano im Juni 1889 an Innenminister Taaffe mit der Bitte um Einführung einer Kreisvertretung in Welschtirol wandte, schrieb der Statthalter nach Wien, Prato habe sicher in der besten Absicht gehandelt, aber es sei leider Tatsache, daß die gebildeten und besitzenden Kreise, einschließlich des Klerus, irredentistischen Zielen huldigen. Ihren Händen eine Kreisvertretung überantworten, hieße die Landbevölkerung dem Irredentismus ausliefern. Eine Befriedigung der italienischen Nationalpartei sei nicht möglich, weil ihr Ziel die Vereinigung Welschtirols mit Italien sei. Die Regierung habe daher keinen Grund, dem Ansuchen zu entsprechen, gegen das auch der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung des Landes eingenommen sei.²⁸⁾

²³⁾ SA. ad 3I. 4451 Bericht des Statthalters vom 26. 7. 1890.

²⁴⁾ „Tiroler Tagblatt“ (der neue Titel für das „Innsbrucker Tagblatt“) 31. 8., 26. 8. und 21. 9. 1890.

²⁵⁾ „Meraner Zeitung“ 29. 8. 1890.

²⁶⁾ „Tiroler Tagblatt“ 18. 7. und 20. 7. 1890.

²⁷⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 20. 9. 1890.

²⁸⁾ SA. 5927 Bericht des Statthalters.

Im Juni 1890 schied Statthalter Freiherr von Widmann „aus Gesundheitsrücksichten“ aus dem Amt.²⁹⁾ In seinem Nachfolger dem Grafen Merveldt³⁰⁾ haben die Italiener einen Freund ihrer wirtschaftlichen Bemühungen und Verehrer ihrer Kunst und Wissenschaft bekommen, zugleich aber auch einen erbitterten Feind aller irredentistischen und autonomistischen Bestrebungen. Graf Merveldt kannte Tirol beim Amtsantritt noch nicht, aber in zahlreichen Reisen im Wagen und zu Fuß, durch ständiges Studium und durch Aussprachen mit den führenden Männern hat er sich ein Wissen um dieses Land und seine Nöte verschafft — und dies gilt ganz besonders für den italienischen Landesteil —, wie sie wohl selten ein Statthalter in diesem Lande besessen hat. Zwei Monate nach Amtsantritt unternahm er eine erste mehrwöchige Unterrichtsreise und er begann sie bezeichnenderweise in Welschtirol.³¹⁾ In Trient wurde ihm eine von allen italienischen Abgeordneten des Landes unterzeichnete Denkschrift überreicht, die zu wissen gab, daß die wirtschaftlichen Notstände einzig durch eine autonome Verwaltung Welschtirols behoben werden könnten. Es war ein politisch erregter Sommer im Jahre 1889.³²⁾

Nach dem Presseecho, das der italienische Entwurf gefunden hat, wundern wir uns nicht, daß er im Landesausschuß am 25. September nicht nur von den deutschen Konservativen, sondern auch von den deutschen Liberalen abgelehnt wurde. Dennoch hielten es die deutschen Nonsberger Grenzgemeinden für angebracht, in einem Majestäts-gesuch die Bitte auszusprechen, im Falle einer Teilung Tirols nicht zu Welschtirol geschlagen zu werden.³³⁾ Da man sich im Landesausschuß auf keinen gemeinsamen Antrag hatte einigen können, wurde dem Landtag bei der Berichterstattung am 23. Oktober 1890 nur die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Behandlung der Frage empfohlen. So war man auf den Punkt zurückgelangt, an dem man vor genau einem Jahr begonnen hatte.

Auch im neuen Ausschuß zeigten die Italiener keine Neigung, etwas von ihren Forderungen aufzugeben. Die Regierung verblieb auf dem ablehnenden Standpunkt vom Vorjahre und vielleicht hat der Statthalter dies dem Ausschuß in irgend einer Form wissen lassen.³⁴⁾

²⁹⁾ O. Stolz vermutet als Ursache in seinem Werke („Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol...“ III. Seite 386), daß er zu geringen Widerstand gegen die italienischen Autonomiebestrebungen gezeigt habe; doch war Freiherr von Widmann keineswegs autonomiefreundlich eingestellt.

³⁰⁾ Graf Merveldt stammt aus einem reichsgräflichen Geschlecht aus Westfalen, das seit dem 18. Jahrhundert in österreichischen Diensten stand. Franz Graf Merveldt — geboren am 14. 7. 1844 — war zunächst in verschiedenen Stellungen des niederen Verwaltungsdienstes in Wien, Graz, St. Johann im Pongau und Klagenfurt tätig. 1881 finden wir ihn als Hofrat in der Salzburger Landesregierung, 1886 als Landespräsident von Schlesien, 1889 als Statthalter in Oberösterreich und seit dem 26. Juni 1890 in gleicher Eigenschaft in Tirol.

³¹⁾ „Tiroler Tagblatt“ 22. 8. 1890.

³²⁾ SA. ad 3/I. 4451/5756 Statthalter Merveldt an den Ministerpräsidenten.

³³⁾ SA. 4451 5986, 9. 10. 1890 Gesuch an den Statthalter und Landtag gerichtet.

³⁴⁾ SA. ad 3/I. 4451/3966 Ministerpräsident Taaffe an den Statthalter am 29. 10. 1890.

Dies mag den Italienern erst recht die Lust genommen haben, sich auf ein minderes Programm zu einigen, um sich nicht für eine spätere Durchsetzung ihrer Gesamtforderungen zu binden. Sie verlegten sich darauf, den Radikalisten zu schmeicheln, so daß die „Meraner Zeitung“ enttäuscht am 7. November 1890 schrieb, daß in Welschtirol wieder die alte Parole „Tutto o nulla“ umgehe.

In der zweiten Sitzung des Ausschusses schlug der Liberale Blaas vor, es solle der Landesausschuß beauftragt werden, einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Kreisvertretung für Welschtirol, unter Ausscheidung der deutschen Grenzgemeinden, auszuarbeiten. Der Wirkungskreis dieser Kreisvertretung solle alle inneren gemeinsamen Interessen Welschtirols umfassen, soweit sie mit eigenen Mitteln durchgeführt werden können. In dem Maße, in dem durch die Neuordnung eine Entlastung der Landesfinanzen erfolgt, sollen diese freigewordenen Mittel der Kreisvertretung zur Verfügung gestellt werden. Der Blaasche Antrag enthielt wohl weniger als der Dordis verlangt hatte, aber die hier vorgeschlagenen Verwaltungszugeständnisse waren vielleicht die höchstmöglichen, die von der Regierung und von der konservativen Landtagsmehrheit zugebilligt worden wären. Die Italiener verlangten aber die Behandlung ihres Entwurfes in der Spezialdebatte, was von beiden deutschen Parteien abgelehnt wurde. Die deutschen Konservativen lehnten gemeinsam mit den Italienern den Antrag Blaas ab, die letzteren, weil er ihnen zu wenig bot, die ersteren, weil sie, wie sie sagten, den Italienern nichts aufzwingen wollten.³⁵⁾

Das Endergebnis war nun nicht mehr zweifelhaft, nachdem Abg. Dordi schon in der Ausschußsitzung vom 7. November für den Fall der Ablehnung des italienischen Antrages die Abstinenz angekündigt hatte.³⁶⁾ Die schroffe Haltung der Italiener machte alle Verhandlungen aussichtslos. Vorläufig wurde der Landtag am 27. November 1890 geschlossen. Die „Meraner Zeitung“ schrieb, die Italiener seien geradezu auf Abstinenz versessen, nur wollten ihre Konservativen noch nicht recht mittun, weil noch die Schulvorlage nicht erledigt war.³⁷⁾

Im Jänner riet der Statthalter der Regierung, die Autonomiefrage auf jeden Fall zur Verhandlung kommen zu lassen. Die Lage sei derart, daß der Regierung eine Entscheidung sicher erspart bleiben wird. Die Behandlung der Frage wünschten auch die „in ihren Parteien sehr einflußreichen Abgeordneten Kathrein und Wildauer“.³⁸⁾ Am 8. Jänner 1891 wurde der Landtag wieder einberufen. Er stand ganz unter dem lähmenden Eindruck der gescheiterten Verhandlungen. Wozu die italienischen Abgeordneten entschlossen waren, verriet der Umstand, daß ihre Vertreter im Landesausschuß ihre Stellen schon zurücklegten, bevor die Autonomiefrage überhaupt auf die Tagesordnung gekommen war. Am 22. Jänner wurde Dordis Dringlichkeitsantrag auf Behandlung der Autonomiefrage im Landtag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

³⁵⁾ SA. 3/I. 4451/6695 Bericht des Statthalters an den Ministerpräsidenten vom 16. 11. 1890. „Neue Tiroler Stimmen“ 15. 11. 1890.

³⁶⁾ Vgl. V. 10. 11. 1890.

³⁷⁾ „Meraner Zeitung“ 7. 12. 1890; SA. 3/I. 435 Der Statthalter an den Ministerpräsidenten am 17. 1. 1890.

³⁸⁾ SA. 3/I. 435 Statthalter an den Ministerpräsidenten am 17. 1. 1890.

Sofort erhob sich der Statthalter und erklärte den Landtag für geschlossen.³⁹⁾ Am 20. Jänner hatte nämlich der Ministerpräsident dem Statthalter die Weisung erteilt, die Autonomiefrage auf keinen Fall zur Verhandlung kommen zu lassen.⁴⁰⁾ Damit war der Kampf der Autonomisten zu einem vorläufigen Ende gelangt. Das Ergebnis war ein Mißerfolg und ihr Austritt aus dem Landtag. Die Arbeit der Irredentisten und das Maß der Forderungen der Autonomisten hatten in weitesten, aber nicht in allen Kreisen des Landes und des Reiches den Eindruck hinterlassen, daß eine Befriedigung der nationalistischen Intelligenzschicht Welschtirols innerhalb der Landes-, ja der Staatsgrenzen unmöglich sei.

³⁹⁾ V. 22. 1. 1890.

⁴⁰⁾ SA. ad 3/I. 435 Der Ministerpräsident an den Statthalter am 20. 1. 1890.

Der Kampf geht weiter.

Bei allen Ausgleichsbemühungen während der nun folgenden zehnjährigen Abstinenz der Italiener traten immer wieder die gleichen Schwierigkeiten auf: Jede Umgestaltung der Verwaltung in Welschtirol im autonomistischen Sinne mußte die Begehrlichkeit der anderen Völker des Gesamtstaates in der gleichen Richtung wecken und erhöhen. Keine österreichische Regierung aber hatte den Mut und die Fähigkeit zum Umbau der Verfassung nach den Grundgedanken der völkischen Autonomie und kein Volk und keine Partei das nötige Einsehen, daß dieser Umbau nicht nur Rechte geben, sondern auch Opfer fordern müsse. In seinen „Erinnerungen“ bekennt Ernst Plener¹⁾, daß es ein Irrtum von ihm gewesen sei, da er entgegen der Ansicht des Kaisers und des Tiroler Statthalters den Standpunkt vertreten habe, man könne den Irredentisten den Wind aus den Segeln nehmen, wenn man den autonomen Wünschen der Welschtiroler möglichst entgegenkomme. Freilich, so meinte Plener an einer anderen Stelle: „Die Weinbauern und kleinen Leute waren keine Irredentisten, aber alle Signori und die sogenannte Intelligenz sowie der größte Teil des Klerus hingen an der nationalen Idee der Vereinigung mit Italien.“²⁾ Zur Zeit seiner Ministerschaft (1893—1895) aber hat Plener aus seiner ersterwähnten Anschauung heraus gehandelt. Als im Dezember 1894 im Budgetausschuß ein italienischer Abgeordneter auf die welschtirolischen Autonomiewünsche hinwies, erwiderte Plener, daß die Regierung ihnen nicht entgegenzutreten werde, soweit sie im Einvernehmen mit den Deutschen Tirols und unter Wahrung der Einheit des Landes zu befriedigen gesucht würden.³⁾

¹⁾ Plener, Erinnerungen III, Seite 207. Ernst von Plener, geboren 18. 10. 1841 zu Eger, studierte in Lemberg, Wien und Berlin und war lange Jahre im diplomatischen Dienst in Paris und London tätig. Von hier brachte er die Kühle im politischen Verkehr, die an dem Politiker nachmals viele verletzte. Plener beschäftigte sich vorwiegend mit Finanzfragen und sozialen Problemen. Im Ministerium Windischgrätz arbeitete er als Finanzminister. Dem nationalen Radikalismus war er feind, sah aber auch in den nationalen Fragen wohl nicht immer richtig. Aus seiner national versöhnlichen Haltung entsprang auch sein Wohlwollen für eine den italienischen Autonomiewünschen freundliche Lösung.

²⁾ Plener: Erinnerungen III, Seite 177.

³⁾ Plener: Erinnerungen III, Seite 207. Ähnlich lautete auch die Antwort des Kaisers, als ihm bei seinem Besuch in Trient Ende September 1873 eine Abordnung unter der Führung des Bürgermeisters von Trient eine Denkschrift mit der Bitte überreichte, er möge seinen Einfluß darauf verwenden, daß der gebieterische Wunsch der Welschtiroler Bevölkerung nach dem Erhalt einer autonomen Selbstverwaltung verwirklicht werde. (SA. 4582/3221 Ministerpräsident Taaffe ersucht Statthalter Merveldt um Material zu dieser Frage von ihm und dem Trienter Hofrat Graf Giovanelli am 4. 10. 1893.) Der Kaiser nahm sie entgegen, um sie an den Ministerpräsidenten weiterzuleiten und versicherte der Abordnung, daß, was an ihm liege, geschehen werde, um diesen Wunsch zu erfüllen, soweit es die Interessen des Gesamtstaates zulassen. Die Italiener be-

Im Jänner 1895 beschäftigte sich auch der Ministerrat mit dieser Frage. Der Tiroler Statthalter hatte berichtet, daß Pleners Worte von den Italienern als Erfolg ihrer Abstinenzpolitik gewertet worden seien, an der die Italiener nun erst recht festhalten wollten.⁴⁾ Auch die Schreibweise der Presse spricht hierfür. Als Grabmayr kurz darauf im Landtag Worte der Versöhnung an die Italiener richtete und die Regierung aufforderte, den Faden der Verhandlungen, den sie angeblich durch die Landtagsschließung im Jahre 1891 entzweigeschnitten hatte, wieder aufzunehmen⁵⁾, stellte der nationalliberale „Alto Adige“ fest, die Abstinenz der Italiener habe es so weit gebracht, daß nicht diese, sondern die Deutschen um die Aufnahme der Verhandlungen bitten.⁶⁾ In der Tat war es den deutschen Abgeordneten zumindest nicht angenehm, auch für den nicht vertretenen italienischen Landesteil allein die Verantwortung tragen zu müssen. Dadurch wurde die italienische Bevölkerung immer mehr den Landesarbeiten entfremdet und verfiel leichter dem Irredentismus.⁷⁾ Schließlich ernteten die Deutschen für alle Arbeiten doch nur den Vorwurf, daß sie Welschtirol benachteiligten. Andererseits konnte der Statthalter feststellen, daß man häufiger als früher in Deutschtirol die Anschauung finde, daß „die Sonderstellung Welschtirols für Deutschtirol eine wirtschaftliche Entlastung bedeute und im Verfolge dieses an sich nicht unbegründeten Erwägens kann auch unter den Deutschtirolern, insbesondere je nüchterner und materieller sie zu denken lernen und je mehr die alten Traditionen verblassen werden, die Anschauung, daß die Ausscheidung Welschtirols wünschenswert sei, die herrschende werden.“⁸⁾

Den entgegenkommenden Worten des liberalen Versöhnungspolitikers Grabmayr im Landtag hatte sich der konservative Abgeordnete Dr. Theodor Kathrein⁹⁾ angeschlossen: „Auch ich bin der Meinung,“ sagte er, „daß es zu bedauern ist, daß ein großer Teil des

achteten diese letztere wesentliche Klausel nicht, oder wollten sie nicht beachten, und gebärdeten sich, als ob sie die kaiserliche Zusicherung zur Gewährung einer autonomen Welschtiroler Verwaltung schon in der Tasche hätten. Mit Grund bezweifelten die „Neuen Tiroler Stimmen“ am 4. 10. 1893, daß man die völlige Autonomie Welschtirols als mit den Interessen des Staates vereinbar ansehen werde.

⁴⁾ Plener: Erinnerungen III, Seite 214.

⁵⁾ V. 16. 2. 1895.

⁶⁾ „Tiroler Tagblatt“ 21. 2. 1895.

⁷⁾ Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 388.

⁸⁾ SA. 3/I. 5700/5604 Bericht des Statthalters vom 20. 12. 1894.

⁹⁾ Dr. Theodor Maria (Freiherr von) Kathrein, geboren am 25. 3. 1842 als Sohn eines Volksschullehrers zu Salurn, studierte die Rechte, kämpfte 1859 und 1866 unter den freiwilligen Landesschützen und führte seit 1878 eine Kanzlei in Hall. Anfang der Achtzigerjahre wurde Kathrein in den Landtag und bald darauf in den Reichsrat gewählt. Unter Badeni legte er den Vorsitz im Abgeordnetenhaus nieder, weil er sich nicht als Instrument gegen die Deutschen mißbrauchen lassen wollte. 1904 wurde Kathrein Landeshauptmann von Tirol. Wie Grabmayr auf Seite der Linken, war Kathrein auf Seite der Rechten bemüht, einen Ausgleich mit den Italienern durch autonomistische Zugeständnisse zu erzielen. Seine Bemühungen in dieser Hinsicht begannen schon Mitte der Neunzigerjahre und ihnen ist es zum großen Teil zuzuschreiben, daß im Jahre 1903 die Italiener sich wieder zur Mitarbeit im Landtag entschlossen haben. Er starb am 1. 10. 1916.

Landes, der südliche Landesteil italienischer Zunge, in diesem hohen Hause gar nicht vertreten ist, daß die Herren Abgeordneten in ihrer größeren Majorität es bisher noch immer ablehnen, mit uns gemeinsam die Interessen des Landes zu beraten... Allerdings ist die Lösung in der Beziehung etwas erschwert worden, daß die Herren aus Südtirol (Anmerkung: natürlich Italienisch-Südtirol gemeint) erklärt haben, daß ihre Forderung, und zwar das Minimum, dahin gehe, daß man ihnen nicht nur eine vollständig getrennte Verwaltung zugestehe, sondern auch in legislativer Beziehung Welschtirol als einen selbständigen Landesteil mit einem eigenen Landtag anerkenne.“ Eine solche Zerreißung des Landes könne aber weder die Regierung, noch eine der beiden deutschen Parteien zugeben. Hingegen sei die Gewährung einer Selbstverwaltung bezüglich bestimmter Bereiche, wie dem des Schulwesens, durchaus möglich. „Allein, meine Herren, wenn eine Verständigung herbeigeführt werden soll, und ich wünsche dies von ganzem Herzen, so kann dies meines Erachtens nur im Landtage stattfinden.“ Die Äußerungen der beiden führenden Parteipolitiker waren inhaltlich nicht gleichwertig. Grabmayr hatte gesagt, daß dem Verlangen „nach einer weitgehenden administrativen Autonomie eine unleugbare innere Berechtigung innewohnt“. Kathrein sprach nur von „berechtigten Wünschen auf eine gewisse selbständige Verwaltung bezüglich bestimmter Agenden“. Aber es waren immerhin beide Äußerungen entgegenkommend gehalten und hatten auf keiner Seite des Landtages Widerspruch gefunden. Nur der Statthalter, der erst kürzlich die Wiener Regierung vor Nachgiebigkeit in dieser Sache gewarnt hatte, riet ab, „über ein gewisses Maß der Kundgebung des Wohlwollens zu einem gewissen Konkretieren des Wohlwollens heute schon vorzugehen“.¹⁰⁾

Kathrein hat sich nicht mit freundlichen Worten in der Sache begnügt, sondern sich auch bei der Regierung um Zugeständnisse bemüht. In dem oben erwähnten Ministerrat¹¹⁾ hat Minister Baquehem von Besprechungen mit Kathrein berichtet, in denen von der Schaffung von vier Kreisen (Innsbruck, Bozen, Trient und Rovereto) und eines Kreditinstitutes zur Ordnung der Welschtiroler Gemeindefinanzen die Rede gewesen war. Nicht nur Plener, sondern auch Ministerpräsident Windischgrätz teilten die Befürchtungen des Tiroler Statthalters nur zum Teil. Einige Monate später wurde aber die Regierung Windischgrätz durch die Badeni abgelöst und die Verhandlungen, die Kathrein aus eigenem Antrieb geführt hatte, mußten neu begonnen werden. Auch Badeni zeigte zunächst Neigung zur Nachgiebigkeit, zumal er die Reichsratsstimmen der italienischen Abgeordneten gut brauchen konnte. Beim Diner bei Chlumecky am 30. Oktober 1895 schlug Kathrein, von Badeni befragt, vor, Landesausschuß und Schulrat zu teilen und Kreis- oder Bezirksvertretungen einzurichten. Der Kaiser soll damit einverstan-

¹⁰⁾ V. 14. 2. 1895. Erst am 20. Dezember 1894 hatte der Statthalter nach Wien berichtet (SA. 3/I. 5700/5604): „Im Rahmen des Koalitionsprogrammes (der Regierung) ist die Lösung dieser Frage aber gewiß nicht gelegen, denn sie gehört zu den eminent nationalen und staatsrechtlichen. Im Rahmen des Koalitionsprogrammes wäre es vielmehr gelegen, durch Lösung einer Reihe rein wirtschaftlicher Fragen das zu verwirklichen, was die Autonomisten sich und dem Lande von der Autonomie versprechen.“

¹¹⁾ Vom Jänner 1895. Vgl. oben Seite 466.

den gewesen sein, doch mußten die Verhandlungen gegenüber dringenderen Fragen, wie die der Wahlreform, zurücktreten.¹²⁾

Auch ein anderer Umstand wirkte einer raschen Lösung entgegen. Kathreins Plan war, die italienischen Konservativen durch tunlichste Befriedigung ihrer Selbstverwaltungswünsche zu gewinnen und von den irredentistischen Nationalliberalen zu trennen. Damit wäre die konservative Herrschaft im Landtag wieder unbezwinglich und zugleich den staatlichen Interessen, wie Kathrein überzeugt war, gedient gewesen. Wenn die Konservativen Welschtirols eine Reihe von autonomen Zugeständnissen ihren Wählern vorweisen könnten, wäre ihre Stellung im Lande verbessert worden. Kathrein schrieb in diesem Sinne an den Fürstbischof von Trient und einzelne andere italienische Abgeordnete, aber keiner wagte es, in dieser Sache ohne die Nationalliberalen zu handeln. Verdrossen bemerkte Kathrein hiezu, in der ganzen italienischen konservativen Partei sei kein Mann, der durch Weitblick und Begabung hervorstechen würde. Die Priester seien gut, aber ohne politische Begabung, und fähige Laienführer gäbe es erst recht nicht.¹³⁾

Mitte November ließ Badeni Kathrein wissen, daß er auf Grund der Vorschläge Kathreins vom Vormonat zuerst mit den Deutschen und dann mit den Italienern Tirols verhandeln wolle. Von deutschliberaler Seite scheint nun der Abgeordnete Hellriegel zugezogen worden zu sein, von den Italienern die Abgeordneten Dr. Debiasi, Don Bazzanella, Baron Malfatti und Don Salvadori. Die italienischen Abgeordneten waren vom Ergebnis der Aussprache unbefriedigt und beschlossen am 28. Jänner 1896 einstimmig, so lange Abstinenz zu üben, als keine Gewähr gegeben sei, daß im Landtag ein Antrag in Behandlung gezogen werde, der Welschtirol eine unabhängige Verwaltung sicherte. Kathrein bezeichnete den vom Sektionschef Sagasser ausgearbeiteten Entwurf als eine richtige Bürokratenarbeit, den die deutschen Konservativen nie annehmen würden, weil er ihre Stellung im Lande geschwächt hätte.¹⁴⁾ Die Verhandlungen rissen deshalb nicht ab, aber sie kamen auch in den folgenden Monaten nicht vorwärts.

Im Herbst des Jahres 1896 lenkte ein Ereignis allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Schon im Jänner des Jahres hatte Statthalter Graf Merveldt um eine Verwendung des Leiters der Trienter Statthaltereibehörde Hofrat Benedikt Graf Giovanelli außerhalb Tirols ersucht¹⁵⁾, wohl nur wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten in der Welschtiroler Frage. Am 15. Oktober wurde nun Giovanelli nach Wien versetzt und der Statthalter mit der Führung seiner Geschäfte betraut.¹⁶⁾ Formal blieb die Statthaltereibehörde also weiter bestehen. Merveldt hatte in ihr seit Amtsantritt eine Fehlorganisation gesehen. Als er im September 1890 für den scheidenden Leiter dieser Behörde Hofrat von Rungg die Verleihung der Freiherrenwürde beantragte, schrieb er nach Wien, Hofrat von Rungg habe seine Stellung mit außer-

¹²⁾ Die folgende Darstellung gründet sich weitgehend auf den politischen Nachlaß des Abg. Dr. Kathrein.

¹³⁾ Undatiertes Konzept aus dem Nachlaß Kathrein.

¹⁴⁾ Nachlaß Kathrein. „Bozner Zeitung“ 30. und 31. 1. 1896, 10. 4. 1896.

¹⁵⁾ SA. 384 Ersuchen des Statthalters vom 25. 1. 1896.

¹⁶⁾ SA. 6759 Ministerpräsident Badeni an den Statthalter am 17. 10. 1896.

ordentlicher Umsicht betreut. Es habe keine Reibungen mit der Innsbrucker Statthaltereie gegeben, obwohl sein Amt an sich dazu vielfachen Anlaß hätte geben können.¹⁷⁾ Ausführlich legte Merveldt später seine Ansicht über die Unzweckmäßigkeit der Trienter Behörde dar: Sie nehme dem Statthalter den Überblick gerade über jenen Teil des Landes, der seiner Betreuung am meisten bedürfe. „Kein Statthalter wird sich daher gänzlich darein ergeben, den wichtigsten und schwierigsten Teil seines Pflichtenkreises ausschließlich dem Hofrat zu übergeben.“¹⁸⁾

Während die deutsche liberale Presse eine eigentliche Stellungnahme zu dem Ereignis unterließ, bedauerte die konservative es sehr. Die „Neuen Tiroler Stimmen“ bezeichneten am 30. Oktober die Auflösung als einen Erfolg der Irredentisten. Freilich gaben auch konservative Stimmen zu, daß die Abteilung den Geschäftsgang erschwert habe, aber sie sei immerhin ein Sammelpunkt der Austriacanti gewesen und sie habe manche Angelegenheit ordnen können, die sonst den Beteiligten den weiten Weg nach Innsbruck gekostet hätte.¹⁹⁾

Die Italiener scheinen sich zunächst nicht klar gewesen zu sein, ob sie die Maßnahme als vollständige Absage der Regierung zu ihren Wünschen oder als ersten Schritt zur Einrichtung einer vollständigeren Verwaltung auffassen sollten. In der Budgetdebatte des Reichsrates erklärte aber dann Baron Malfatti, daß die Italiener die Aufhebung nicht als ein Zugeständnis ansehen könnten. Er richtete in diesem Zusammenhang die Frage an den Ministerpräsidenten, ob die Regierung die Welschtiroler Frage einer Lösung zuführen wolle. Badeni erwiderte, die Tatsache, daß die Arbeiten der Abteilung an den Statthalter übergegangen seien, habe mit den Verhandlungen nichts zu tun; er hoffe, daß diese bald soweit gediehen sein werden, daß den Italienern der Eintritt in den Landtag möglich sein werde.²⁰⁾ Inzwischen wurden bei den Wahlen in Tirol wieder Abstinentenanhänger gewählt, aber es machte sich in Welschtirol ob der sinnlosen Wahlen eine Wahlmüdigkeit bemerkbar. In den Städten Welschtirols gingen nur mehr 20 % der Wahlberechtigten zur Wahl und auf einem Wahlzettel stand, was wohl so mancher im Volke dachte: „Si desidera, ehe vadano ad Innsbruck.“²¹⁾

Kurz vor Weihnachten fand zwischen Badeni und Malfatti eine Aussprache statt, derzufolge auf einer italienischen Abgeordnetenversammlung beschlossen wurde, die Herren Dr. Debiasi, Baron Malfatti und Don Salvadori mit der Ausarbeitung eines neuen Autonomieentwurfes zu betrauen.²²⁾ Aber auch im Jahre 1897 kam eine Einigung

¹⁷⁾ SA. 5562 Bericht des Statthalters vom 20. 9. 1890.

¹⁸⁾ SA. 4976 ex 1893 ad. 4582 Bemerkungen des Statthalters zu dem Bericht des Hofrat Graf Giovanelli in Trient vom 11. 6. 1892.

¹⁹⁾ Ludwig Freiherr von Biegeleben.

²⁰⁾ „Bozner Zeitung“ vom 4. 11. 1896.

²¹⁾ SA. 4247 Bezirkshauptmann von Cles über die Wahlbeteiligung am 16. 11. 1896. Ähnliche Berichte von den Bezirkshauptmännern von Riva, Primiero und Trient.

²²⁾ Nachlaß Kathrein; SA. ad 119/374 Bezirkshauptmann von Riva Doktor Gottfried Freiherr von Giovanelli berichtet über eine Unterredung mit dem Abg. Don Salvadori über die letzten Verhandlungen in der Autonomiefrage. — Nach dem Entwurf Salvadoris sollten Landtagskurien geschaffen werden, die die Regelung aller Angelegenheiten übernehmen sollten, die nur einen Landes- teil betreffen. Ein Budget- und Besteuerungsrecht kommt ihnen zu. Ob ein

nicht zustande, weil die Italiener auf der Teilung des Landtages bestanden und die Regierung nur die des Landesausschusses und Landeschulrates zugestehen wollte. Im Juli wurden die italienischen Unterhändler zum Statthalter gerufen, der ihnen mitteilte, die Regierung habe ihren Entwurf ablehnen müssen, weil er die Landeseinheit nur zum Schein wahre und alle wesentlichen Entscheidungen in die Kurien des Landtages verlegen möchte. Sie könne insbesondere nicht die Abtrennung eines Landesteiles zulassen, der reicher an Bedürfnissen als an Mitteln sei. Eine Beseitigung der Mißstände in Welschtirol könne am besten im Einvernehmen mit dem Landtag in Innsbruck erfolgen.²³⁾ Dies war eine deutliche Absage der Regierung und die Antwort der Italiener war ein weiteres Fernbleiben vom Landtag.²⁴⁾ Badeni betrieb seine Politik der halben Zusagen bis zu seinem Sturz im Oktober dieses Jahres, vor dem er noch einmal Verhandlungen mit den Italienern aufgenommen hatte.²⁵⁾

Nur zur Kennzeichnung dafür, wie sehr das nüchterne Denken in den Reihen der Konservativen Raum gewonnen hat, sei ein Antrag aus dem Landtag des Jahres 1897 erwähnt. Der konservative Abg. Klotz beantragte am 16. Februar, der Landtag möge bei der Beteiligung der beiden Abteilungen²⁶⁾ des Landeskulturrates künftig auf die verschiedene Größe und Steuerleistung der von ihnen betreuten Gebiete Rücksicht nehmen. Die Abteilung für Deutschtirol sei doppelt so groß als die für Welschtirol und erhalte vom Lande gleich viel wie letztere und vom Ackerbauministerium sogar meist noch weniger, obwohl Deutschtirol drei Viertel der direkten Steuern leiste.²⁷⁾ Dafür stellt die Welschtiroler Abteilung immer noch neue Forderungen. In dem Antrag kommt die Verärgerung der Konservativen über die ewigen Klagen der Italiener über die angebliche finanzielle Benachteiligung und ihr Fernbleiben vom Landtag zum Ausdruck. An sich widersprach er ja der konservativen Linie und der liberale Abg. Hellriegl konnte mit Recht einwenden: „Solange das Land unter einer autonomen Verwaltung

Kurienbeschluß Gesetz werden kann, entscheidet der Landtag. Sonst blieb diesem nur noch die Landesverteidigung.

²³⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 30. 7. 1897, „Tiroler Tagblatt“ vom 22. 7., 29. 7. und 5. 8. 1897.

²⁴⁾ „Tiroler Tagblatt“ 14. 9. 1897.

²⁵⁾ „Tiroler Tagblatt“ 18. 9. 1897. Ob die Verhandlungen damals wirklich knapp vor dem Abschluß gestanden sind, wie in der Presse zu lesen gewesen war („Neue Tiroler Stimmen“ 24. 11. 1898), ist angesichts der unbestimmten Haltung, die Badeni in den früheren Verhandlungen gezeigt hat, recht fraglich. Die italienische Denkschrift vom nächsten Jahre („An Seine Exzellenz den Ministerpräsidenten Grafen Franz Thun“), weiß nichts davon zu erzählen. Sie legt vielmehr eine tiefe Verstimmung über den Gang der Verhandlungen an den Tag und schließt mit der Absage der italienischen Abgeordneten an die Regierung.

²⁶⁾ Siehe oben Seite 447.

²⁷⁾ V. 1. 3. 1898. Der Voranschlag für das Jahr 1898 sieht an Landeszuschüssen für die erste (deutsche) Abteilung 18.927 fl vor, für die zweite (italienische) 15.740. Die Zuteilung erfolgte also nicht nach der Steuerleistung der beiden Landesteile, sondern sie entspricht dem Bevölkerungsverhältnis. Bezeichnenderweise bemerkte Berichterstatter Dr. Falk, daß der Präsident der deutschen Abteilung als ein großer Sparer bekannt sei, hingegen der Präsident der italienischen Abteilung, wie sich der Sprecher höflich ausdrückte, „an einer großen Expansivkraft der Ausgaben leidet“.

steht, muß man von dem Grundsatz ausgehen, daß dort, wo das Bedürfnis und die Notwendigkeit vorhanden ist, auch die Hilfe des Landes ohne Rücksicht auf die Steuerleistung einzutreten hat.“ Schließlich wurde aber doch der Antrag Klotz angenommen. Vielleicht wollten die Konservativen den Italienern die Folgen einer Trennung von Deutschtirol an einem Beispiel fühlbar machen.²⁸⁾

Wenn dieses Vorgehen auch begreiflich ist, so war es doch ebensowenig wie eine Reihe anderer Ereignisse der Herbeiführung des ersehnten Landesfriedens förderlich. Anlässlich der Ausarbeitung eines Lokalbahnprogrammes im Jahre 1894 war von italienischer Seite der Plan zu einer Bahn ausgearbeitet worden, welche, bei Lavis im Etschtal auf die Hauptbahn ausmündend, das ladinische Fassatal und das von altersher gut tirolisch gesinnte Fleimstal mit Trient hätte verbinden sollen. Dadurch wäre das Fassatal aus dem bisherigen wirtschaftlichen Verkehr mit Bozen herausgelöst und Trient zugeordnet worden. Die Italiener wollten im Wege der neu geschaffenen wirtschaftlichen Abhängigkeit die Ladinier in ihre nationalpolitische Agitation einbeziehen. Es machte sich daher bei den Deutschen aller Parteien eine tiefe Gegnerschaft gegen diesen Plan bemerkbar. Man wollte diese Gebiete weiterhin Bozen zugeordnet erhalten und schlug den Bau einer Bahn vor, die bei Neumarkt auf die Hauptlinie traf. Dazu kam, daß sich bei der Überprüfung beider Pläne die Führung der italienischen Linie wegen des rutschigen Geländes im Cembratale als ungemein schwierig erwies und nach dem Sachverständigengutachten fast um die Hälfte teurer gekommen wäre als die deutsche Linie. Daher entschied sich der Landtag im Jahre 1896 und noch mehrmals später für die Ausführung der deutschen Linie.²⁹⁾ In Anerkennung dieser Tatsachen empfahl auch der Statthalter die deutsche Linie dem Eisenbahnministerium.³⁰⁾

Weniger einheitlich war die Stellungnahme der Deutschen zur zweiten großen Streitfrage. Das Fassatal war zwar wirtschaftlich seit jeher eindeutig Bozen, in der Verwaltung aber der italienischen Bezirkshauptmannschaft Cavalese zugeordnet. Um Übergriffe der italienischen Agitation ins ladinische Gebiet zu erschweren, sollte das Fassatal der deutschen Bezirkshauptmannschaft Bozen angegliedert werden. Mit einem diesbezüglichen Antrag griffen die Christlichsozialen, noch eine unbedeutende Gruppe im Landtag, zum erstenmal in die Autonomiefrage, wenn auch nur in einen Grenzbereich, ein. Ihr Antrag stütze sich auf einen ausdrücklichen Wunsch der Fassaner, die das karge Tal nicht nähren könne und daher im wohlhabenderen deutschen Landesteil ihr Brot verdienen gehen. Die Neuordnung entspreche also ganz den natürlichen Lebensverhältnissen. Der Liberale Grabmayr beantragte die Ablehnung des Antrages, denn seine Annahme würde die Schaffung eines gemischtsprachigen Bezirkes im deutschen Landesteil bedeuten. Das wäre allerdings keine umwälzende Neuerung gewesen, denn dem Bezirke Bozen waren ja auch die Ladinier des Grödnertales und dem Bezirke Bruneck jene von Enneberg und Buchenstein zugeordnet, ohne

²⁸⁾ V. 16. 2. 1897.

²⁹⁾ V. 4. 2. 1896, 6. 3. 1897, 26. 5. 1899 u. s. f.

³⁰⁾ SA. 979 ad 435 Der Statthalter an das Eisenbahnministerium am 3. 3. 1897.

daß sich jemals daraus Verwaltungsschwierigkeiten ergeben hätten. Entscheidender war Grabmayrs zweiter Einwand, daß der Antrag geeignet sei, einen künftigen Ausgleich mit den Italienern zu erschweren. Die Alt-Konservativen waren geteilter Meinung. Der Statthalter warnte, die nationale Erregung der Italiener im Lande zu steigern. Auch waren Bedenken über das ordnungsgemäße Zustandekommen der Unterschriften unter dem Gesuch, auf das sich der christlichsoziale Antrag stützte, laut geworden. Schließlich wurde der konservative Vermittlungsantrag angenommen: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, die Vereinigung des Gerichtsbezirkes Fassa mit der Bezirkshauptmannschaft Bozen in Erwägung zu ziehen.“³¹⁾

Diese beiden Ereignisse waren Öl in das Feuer der nationalistischen Italiener. Beide fanden in der Denkschrift „An Seine Exzellenz, den Ministerpräsidenten Grafen Franz Thun“ ihre heftigste Verurteilung. Sie bezeichneten die Haltung des Tiroler Landtages als roh und ungerecht. In Tirol sei damit die nationale Frage aufgeworfen worden, die es bisher dank der reinlichen Scheidung der Völker nicht gegeben habe.³²⁾ Die ganze Denkschrift war eine maßlose Anklage gegen die bisherigen Regierungen und gegen das deutsche Tirol. Sie wollte erreichen, „daß der Vorherrschaft von Intriguen, Mystifikationen und Heucheleien ein Ende gemacht werde“. Sie errechnete Millionenbeträge, um die der italienische Landesteil in den letzten Jahrzehnten geschädigt worden sein soll. Nach Feststellung der Unfähigkeit des Innsbrucker Landtages, Welschtirol richtig zu verwalten und der Verurteilung der Handelspolitik der Regierung folgt eine Übersicht über die italienischen Bemühungen, zu einer autonomen Verwaltung zu kommen. In einem mitabgedruckten Aufruf wird die Bevölkerung aufgefordert, fest gegen die bestehende Landesordnung zu kämpfen und die Fesseln zu zerreißen, „wodurch im Trentino jeder moralische und ökonomische Fortschritt gehemmt und jeder regelmäßige Gang der öffentlichen Verwaltung gelähmt wird“.³³⁾

Hier wurde zum Kampf gegen eine nie vorhanden gewesene wirtschaftliche Knechtung aufgerufen, um die Massen von der Notwendigkeit der Autonomie zu überzeugen. Ihr Fehlen und nicht die unsinnige Bodenzerteilung im Lande, die die Landbewohner der Gewalt der Signori auslieferte, und nicht deren Mißwirtschaft in den Gemeinden, sollte an der Not und der Überbesteuerung in den Gemeinden Welschtirols schuld sein. Die Führer wußten freilich um die wahre Sachlage, aber für sie galt das Wort, das der Tschechenführer Rieger einmal im Reichsrat ausgesprochen hatte, und sie handelten ihm entsprechend unbekümmert um alle Wahrheit; und dieses Wort lautete: „Die Nationalitätenidee ist einmal da . . . Sie ist die bewegende Idee unserer Zeit, so wie das Mittelalter die Religion als bewegendes Element gehabt hat . . . Die Natio-

³¹⁾ V. 1. 3. 1898. Ein Jahr später, am 14. 4. 1899 wurde dem Landtag mitgeteilt, „daß die Regierung mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse derzeit nicht in der Lage ist, die Ausscheidung des Gerichtsbezirkes Fassa aus dem Amtsbezirk der Bezirkshauptmannschaft Cavalese und dessen Zuweisung zum politischen Bezirk Bozen in Aussicht zu nehmen“.

³²⁾ Ein bemerkenswertes Geständnis streng national denkender Italiener.

³³⁾ „An Seine Exzellenz den Ministerpräsidenten Grafen Franz Thun“.

nalitätenidee ist einmal die wichtigste, sie ist die staatsbildende, aber auch die staatszerstörende Idee unserer Zeit.³⁴⁾ Das Vorhandensein dieser Idee war die Triebkraft, die in steigendem Maße das Autonomieverlangen der Italiener nährte. Sie gibt die Lösung zu der sonst unerklärlichen Tatsache, daß die italienischen Führer die Autonomie anstrebten, obwohl sie wußten, daß sie Welschtirol wirtschaftlich schädigen müsse. Die Nationalitätenidee erklärt auch, warum die Italiener über Bedrückung aller Art durch die Landesverwaltung klagten, obwohl die Tatsachen dagegen zeugten, wie einer der italienischen Abgeordneten im Reichsrat bestätigt hatte: „In Italienischtirol wird nicht germanisiert... Bei uns in Italienischtirol ist die italienische Sprache die Amtssprache beim Gericht, die Sprache bei allen öffentlichen Verhandlungen. In Italienischtirol kann jedermann mit der alleinigen Kenntnis der italienischen Sprache alle Ämter im Lande durchlaufen und niemand wird von uns verlangen, daß bei uns zweisprachig amtiert werde, obwohl die Majorität der Bevölkerung in Tirol allerdings deutsch ist.“³⁵⁾

Die Nationalitätenidee oder, mit anderen Worten, das immer stärker und breiter werdende Bewußtsein von der Verbundenheit des Menschen mit seinem Volke griff auch im deutschen Volke Tirols regelnd in das politische Denken ein und wandelte bei der Linken und bei der Rechten, freilich nicht gleichmäßig, den Landespatriotismus zum Volkspatriotismus, der jedoch der Liebe zum Lande nicht entbehrte. Immer klarer wurde es den Menschen, daß nicht nur das Land und der Staat, sondern auch das Volk fordern dürfe. Der völkische Gedanke kam in beiden politischen Parteien, unter den Liberalen wie unter den Konservativen, hoch und zersetzte die alten politischen Gebilde. Er ist in der jungen christlichsozialen Bewegung Tirols am Werke, deren Führer, der Brixener Theologieprofessor Dr. Ämilian Schöpfer^{35a)}, offen erklärte: „Das Nationalbewußtsein ist eine sittliche Pflicht eines jeden Menschen.“³⁶⁾ Die Christlichsozialen schlossen sich dem „Pfingstprogramm“ der Linken an. Sie verurteilten das Zusammengehen der Konservativen mit Badeni, zugleich aber auch die Taktik der Nationalen und Liberalen, die das Bekenntnis zur katholischen Kirche mit der Verbundenheit mit dem deutschen Volkstum für unvereinbar erklärten. Dieser Verbundenheit hat abermals ein Brixener Theologieprofessor, Wendelin Haidegger, in seinem Buche „Der nationale Gedanke im

³⁴⁾ Am 16. 2. 1882 im Abgeordnetenhaus. (Kollmer: Parlament und Verfassung III. Seite 201.)

³⁵⁾ Graf Terlago am 21. 3. 1884.

^{35a)} Ämilian Schöpfer, geboren am 29. 4. 1858, gestorben am 24. 3. 1936. Er schlug die geistliche Laufbahn ein, machte den theologischen Doktor und war 29jährig (1887) Theologieprofessor am Brixener Seminar. Vom sozialen und als Grenzdeutscher in seiner Frühzeit auch stärker vom völkischen Gedanken erfaßt, wandte er sich der christlichsozialen Bewegung zu, deren Begründung in Tirol zum großen Teil sein Werk gewesen ist. 1888 gab er ihr in der „Brixener Chronik“ eine Zeitung. In der Autonomiefrage war er gegen eine völlige Abkapselung Welschtirols und für die Umorganisierung der politischen Verwaltung Tirols im Sinne von Kreisvertretungen und für den Schutz Deutschsüdtirols und der deutschen Inselgemeinden in Welschtirol gegen die nationale Begehrlichkeit der italienischen Intelligenz.

³⁶⁾ In einer Versammlung in Wien. („Brixener Chronik“ 14. 3. 1899.) Ähnlich am 8. Mai 1898 im Reichsrat.

„Lichte des Christentums“ überzeugenden Ausdruck verliehen. Das Brixener Seminar ist als die Keimzelle der christlichsozialen Bewegung Tirols anzusehen.

Es ist oft eingewendet worden, daß die christlichsozialen Führer sich des nationalen Gedankens nur zur Aufrichtung ihrer Partei bedient haben, doch würde dieser Umstand nur ein Beleg dafür sein, daß der völkische Gedanke auch im konservativen Landvolk Fuß gefaßt hat und die Christlichsozialen, ob aus Überzeugung oder nicht kann hier nicht untersucht werden, ihn genährt und großgezogen haben. Der Kampf, den sie gegen die Konservativen alter Prägung um diesen Gedanken — im Vordergrund stand der sozialpolitische — geführt haben, ist mit aller Erbitterung und oft mit wenig vornehmen Mitteln geführt worden. Er endete schließlich, allerdings erst nach der für unsere Frage entscheidenden Zeit um 1900, mit einem vollständigen Sieg der neuen Bewegung. Den Endkampf in der Autonomiefrage um die Jahrhundertwende haben die Christlichsozialen, bereits zehn Mann stark im Landtag, wesentlich beeinflußt.

Die neuen politischen Gebilde der Zeit, die christlichsoziale Partei auf Seite der Rechten, die der gemäßigten Nationalen in der Deutschen Volkspartei wie die der deutschradikalen Partei auf Seite der Linken, sie alle sind verschiedene Ausdrücke der drei mächtigsten Zeitkräfte, die wirksam wurden durch die Erkenntnis der Bedeutung des völkischen und sozialen Gedankens und von der Notwendigkeit der Eindämmung der volkszersetzenden Macht des Judentums. Die Rangstellung dieser drei Gedanken untereinander und ihre Einfügung in die von den Vätern überkommene grundverschiedene weltanschauliche Überzeugung, hier die des Liberalismus, dort die des Katholizismus, formten verschiedene politische Gruppen aus und erklärt, warum trotz des Wirkens ähnlicher Grundgedanken keine einheitliche Bewegung entstanden ist. Gleichartig ist aber rechts und links das erbitterte Ringen zwischen den alten Mächten und den jungen Kräften. Die Kämpfe der verschiedenen Gruppen der Linken untereinander waren nicht der Ausdruck grundsätzlicher Verschiedenheit des Programmes, sondern, von persönlichen Reibungen abgesehen, die Folge verschiedener Ansichten über das Ausmaß, die Art und die Schnelligkeit der Verwirklichung der Leitgedanken.

Im Jahre 1895 wurde in Tirol zur Verdrängung der alten liberalen Partei ein Deutscher Wählerverein gegründet, der am 28. September beschloß, „eine starke auf national-reformatorischen und politisch-freiheitlichen Grundsätzen aufgebaute deutsche Volkspartei ins Leben zu rufen“. In Bozen organisierten sich die Nationalen zu gleicher Zeit in der „Südmark“. Der liberale Bürgermeister Dr. Braitenberg wurde durch den nationalen Dr. Perathoner³⁷⁾ ersetzt, der auf die Entwicklung

³⁷⁾ Dr. Julius Perathoner, geboren am 28. 2. 1849 als Sohn eines Steuerbeamten in Bruneck, studierte die Rechte, machte den bosnischen Feldzug von 1878 als Reserveleutnant mit und lebte seit 1872 als Rechtsanwalt in Bozen. Er gehörte zur nationalen Opposition der Linken; im Jahre 1901 wurde er in den Reichsrat gewählt und schloß sich dort der Deutschen Volkspartei an. Für die alte Liberale Partei war er ein gefährlicher Gegner. Er nahm ihr im Jahre 1895 den Bürgermeisterposten der Stadt Bozen, die er bis zur Absetzung durch die Italiener im Jahre 1922 trefflich verwaltete. Seit dem Jahre 1901 war Perathoner

der Autonomiefrage bald starken Einfluß nehmen sollte. Auf dem Deutschen Parteitag in Innsbruck im Jahre 1897, der von Liberalen und Deutschvölkischen besucht war, vereinigte man durch die Gründung des Deutschfreiheitlichen Landeswahlausschusses in taktischer Hinsicht die Anhänger beider Richtungen, bis die Liberalen nach der Bildung des Deutschen Volksvereines für Südtirol und dann für Nordtirol, der im Sinne der Deutschen Volkspartei wirkte, bald gänzlich von der politischen Wirkungsfläche verdrängt wurden. Nur die Deutschradikalen (im Sinne Wolfs und Schönerers) blieben unter Führung des Innsbruckers Dr. Hans Wenin und des Bozner Gemeinderates Lun gesondert.³⁸⁾

Aus dem Umbau im Parteienbau im deutschen Volke Tirols ergaben sich Rückwirkungen auf die Behandlung und Betrachtung der Autonomiefrage. Auch in den jungen, völkisch ausgerichteten Gebilden erlosch die Sorge um die Sicherheit der Reichsgrenzen im Süden Tirols nicht und man schreckte aus diesem Grunde vor der Gewährung einer autonomen Welschtiroler Verwaltung zurück, aber auch deshalb, weil man — im Gegensatz zu Grabmayr, der sich das Gegenteil erhoffte — davon eine Gefährdung des Volksbodens in Deutschsüdtirol und der deutschen Gemeinden Welschtirols befürchtete. In manchen deutschradikalen Kreisen hätte man nichts gegen die Autonomie, ja vielerorts nicht einmal etwas gegen die Abtretung Welschtirols an Italien grundsätzlich einzuwenden gehabt, weil dieses Gebiet ohnehin eine finanzielle Belastung für Deutschtirol bedeutete, „allein“, so schrieb Christian Schneller schon 1866, „da wäre den Italienern der Schritt zum Brenner sehr leicht gemacht und Südtirol³⁹⁾ unwiederbringlich verloren. Das soll nicht sein und darum verteidigen wir in Welschtirol unser nationales Recht auf Südtirol.“⁴⁰⁾ Die jungen völkischen Bewegungen, die die Kraft des völkischen Gedankens selbst in sich spürten, wußten auch nur zu gut, daß man in Welschtirol der staatlichen Treue des einfachen Mannes trauen konnte, nicht aber der der Mehrzahl der Führer, die unter dem erregenden Eindruck völkischer Bewußtwerdung standen, die sie über wirtschaftliche Hemmnisse blind hinweg gehen ließ, zumal die Autonomie ihnen eine verstärkte Vorrangstellung durch die Auslieferung der bisher nur wirtschaftlich abhängigen Landbewohner in ihre Verwaltungsgewalt gebracht hätte.

auch Abgeordneter des Tiroler Landtags. Hier hat er in die Autonomiefrage stark eingegriffen, der er aber auch schon früher größte Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Unter seiner wesentlichen Mitarbeit sind die bekannten Forderungen der Städte Bozen und Meran im Jahre 1899 formuliert worden. Er trat für die Angliederung des ladinischen Fassatales an Bozen ein und ebenso für den Bau der deutschen Linie der Fleimstalbahn. Er sah in der Welschtiroler Autonomie eine nationale Gefahr, solange nicht die Südtiroler Städteforderungen erfüllt worden wären. Er starb am 17. 4. 1926.

³⁸⁾ Die Parteienentwicklung ist dargestellt nach Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 345 ff. und nach Pressenachrichten.

³⁹⁾ Gemeint ist natürlich nur Deutsch-Südtirol. Zur Zeit wurde das Wort Südtirol bald für den ganzen Teil Tirols jenseits des Brenners gebraucht (also für Deutsch-Südtirol und Welschtirol), bald für Deutsch-Südtirol allein.

⁴⁰⁾ Fittbogen: Franz Xaver Mitterer und die Anfänge der Volkstumsarbeit. (Christian Schneller an L. Steub) am 27. 11. 1866.

Die Autonomiekämpfe um die Jahrhundertwende.

Nach der Entlassung Badenis und dem Zwischenspiel der Regierung Gautsch war im März des Jahres 1898 die Regierung des Grafen Thun gefolgt, die sich um die Milderung der unter Badeni unerträglich gewordenen nationalen Spannungen bemühen wollte. Die Italiener hielten, nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der ewig schwankenden Regierung Badeni an der Abstinenz vom Tiroler Landtag fest und riefen das Volk zur Ausdauer auf. Sie verfaßten im September 1898 für Graf Thun jene maßlose Anklageschrift gegen die Deutschen Tirols, die wir weiter oben schon kennen gelernt haben. Die Regierung Thun mußte sich nun auch mit der Welschtiroler Frage befassen. In ihren Bemühungen, zu einem Ausgleich mit den Italienern zu kommen, fand sie bei zwei Persönlichkeiten der alten Parteien wesentliche Unterstützung: bei Dr. Grabmayr und Dr. Kathrein, die sich von der Einrichtung einer beschränkten Autonomie in Welschtirol den Frieden im Lande erhofften. Wir haben oben den Auflösungsprozeß in den Reihen der alten Parteien bereits über die hier zu behandelnde Zeit hinaus verfolgt und dürfen jetzt nicht übersehen, daß er sich bei den Liberalen erst knapp nach der Jahrhundertwende und bei den Konservativen noch etwas später voll ausgewirkt hat. Noch war die konservative Partei die beherrschende im Landtag und eine Änderung der Landesordnung hing in erster Linie von ihrer Zustimmung ab. Als Kathrein im Februar des Jahres 1899 die Verhandlungen mit den Italienern aufnahm, handelte er wohl nicht im Auftrage der Partei, auch nicht in dem der Regierung, wohl aber entsprach sein Unternehmen einem ausdrücklichen Wunsche des Grafen Thun, der während seiner Regierungszeit einen ständigen Briefwechsel in dieser Sache mit Kathrein unterhalten hat.¹⁾

Mitte Februar begann Kathrein die Verhandlungen mit Baron Malfatti, mit dem ihn eine alte Freundschaft verband.²⁾ Zugleich hatte auch Fürstbischof Valussi von Trient eine Aussprache mit Kathrein gewünscht.³⁾ Zu diesem Zweck kam Kathrein am 18. d. M. nach Trient.⁴⁾ Hier zeigte sich zunächst eine grundsätzliche Schwierigkeit. Die italienischen Unterhändler, die Abgeordneten Malfatti, Ciani und Bazzanella, verlangten als Voraussetzung für die Aufgabe der Abstinenz die Ein-

¹⁾ Nachlaß Kathrein.

²⁾ Kathrein war zu diesem Werke vornehmlich geeignet. Er kannte das italienische Wesen von Jugend auf, da er in Bozen, Trient und Venedig das Gymnasium besucht hatte. Er verstand vorzüglich italienisch und hatte ständigen Umgang mit Menschen aus dem italienischen Landesteile. Hier hat sein zuvorkommendes und rechtliches Denken auch bei politischen Gegnern Anerkennung gefunden; Nachlaß Kathrein: Malfatti an Kathrein am 17. 2. 1899.

³⁾ Nachlaß Kathrein: Fürstbischof Valussi an Kathrein am 17. 2. 1899.

⁴⁾ SA. ad 115 Reg.-Rat Erlr von der Trienter Staatspolizei an den Statthalter.

bringung eines entsprechenden Autonomieantrages im Landtag. Die Abgeordneten erklärten, daß sie sich zu dieser Vorgangsweise bei ihrem seinerzeitigen Austritt aus dem Landtag ihren Wählern gegenüber verpflichtet hätten. Diese wurde aber vom Ministerpräsidenten in einem vertraulichen Schreiben an Kathrein abgelehnt und als Ausflucht erklärt, denn in der Welschtiroler Bevölkerung sei die Zahl der Gegner der Abstinenzpolitik ohnedies ständig im Wachsen.⁵⁾ Auch Handelsminister Di Pauli, ein Südtiroler Konservativer, den Thun immer auf dem Laufenden hielt, war der gleichen Ansicht.⁶⁾ Thun schlug den Italienern durch Kathrein vor (ohne als Urheber des Vorschlages aufscheinen zu wollen), sie sollten sich mit den deutschkonservativen Vertrauensmännern einigen und im Vertrauen auf deren Wort in den Landtag kommen.⁷⁾ Nach Erhalt dieses Briefes reiste Kathrein noch einmal nach Trient, wo er nicht nur bei den italienischen Abgeordneten, sondern auch beim Polizeichef der Stadt, Reg.-Rat Erlner, rege Aufmerksamkeit fand. Dieser berichtete über Kathreins Tätigkeit in Welschtirol regelmäßig dem Statthalter⁸⁾, der als Gegner der Autonomie von Kathreins Emsigkeit in der Autonomiefrage wenig erfreut war. Die italienischen Unterhändler, die Abgeordneten Baron Valerian Malfatti, Baron Ciani, Don Antonio Brusamolin und Luigi Brugnara, zeigten sich von der Haltung der Regierung nicht angenehm berührt. Sie gaben Kathrein eine Denkschrift für sie mit, in der sie sich auf Grund der Erfahrungen der letzten 50 Jahre außerstande erklärten, auf Grund bloßer Versprechungen in den Landtag zu kommen, aber Verhandlungen mit beiden deutschen Parteien außerhalb des Landtages nicht ablehnten.⁹⁾

Auf Grund seiner Erfahrungen in Trient schlug Kathrein dem Ministerpräsidenten die Teilung des Großgrundbesitzes und, für gewisse Angelegenheiten, die des Landtages und des Landesausschusses vor. Die so geschaffenen Landtagskurien sollten in wirtschaftlichen Angelegenheiten selbständige Beschlüsse fassen können, soweit sie für ihre geldliche Deckung selbst aufkamen. Diese Vorschläge waren Thun einerseits zu weitgehend und andererseits auch zu unbestimmt formuliert. Er hätte nichts gegen eine Teilung der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes und auch nichts gegen die des Landesausschusses für bestimmte Angelegenheiten gehabt, aber die Italiener dürften doch nicht erwarten, daß er auf die bereits von Badeni abgelehnten Forderungen eingehen könne. Im Interesse der tatsächlichen Landeseinheit und mit Rücksicht auf die anderen Länder könne weder eine Teilung des Gesetzgebungsrechtes noch des Budgetrechtes in Frage kommen.¹⁰⁾ Vielleicht vermutete Kathrein nicht mit Unrecht

⁵⁾ Nachlaß Kathreiner: Ministerpräsident Thun an Kathrein am 26. 2. 1899.

⁶⁾ Nachlaß Kathrein: Handelsminister Josef Freiherr von Di Pauli (aus der bekannten konservativen Südtiroler deutschen Familie Di Pauli) an Kathrein am 27. 2. und 6. 3. 1899.

⁷⁾ Nachlaß Kathrein: Ministerpräsident Thun an Kathrein am 26. 2. 1899.

⁸⁾ SA. ad 115 Vgl. die dort liegende Brieffolge.

⁹⁾ Nachlaß Kathrein: Ministerpräsident Thun an Kathrein am 3. 3. 1899.

¹⁰⁾ Nachlaß Kathrein: Ministerpräsident Thun an Kathrein am 6. 3. 1899.

hinter dem langsamen Rückzug Thuns¹¹⁾ die Hand des Statthalters Merveldt.¹²⁾

Um sicherer zu gehen, hat Kathrein maßgebende Männer der eigenen und der liberalen Partei von seinen Verhandlungen berichtet und auch die breitere Öffentlichkeit ist durch Pressenachrichten einigermaßen unterrichtet worden. Kathrein hatte Grabmayr bereits im Februar von seinen Bemühungen verständigt und von diesem die Vermutung erhalten, daß der liberale Klub bereit sein dürfte, Vertrauensmänner für Ausgleichsverhandlungen zu entsenden.¹³⁾

Ende März fand eine Versammlung von Vertrauensmännern beider deutscher Parteien statt, in der allgemein die Ansicht vertreten wurde, daß den Italienern zwar kein Gesetzgebungsrecht, wohl aber ein Budgetrecht zuerkannt werden solle. Diese Ansicht ist mit besonderem Nachdruck von den konservativen Führern vertreten worden, weil bei einer gesonderten Budgetaufstellung für jeden Landesteil die bisherigen Überzahlungen des deutschen Landesteiles zugunsten des italienischen in Fortfall gekommen wären. Wenn der italienische Landesteil sich selbst verwalten wollte, so sollte er auch für die Kosten dieser Verwaltung von nun an aus eigenem aufkommen.¹⁴⁾ In der Vertrauensmännerversammlung wurde auch die Errichtung von Kurien mit einem Wirkungsbereich, der dem Gesetz über die Bezirksvertretungen vom Jahre 1868 oder des Kreistagsentwurfes des Grafen Hohenwart vom Jahre 1871 entsprechen sollte, vorgeschlagen. Der italienischen Kurie wäre dadurch u. a. die wichtige aber wenig dankenswerte Aufgabe zugefallen, in die Welschtiroler Gemeindefirtschaft Ordnung zu bringen. Der christlich-soziale Dr. Schorn war am zurückhaltendsten und wollte überhaupt keine festen Abmachungen treffen. Der Liberale Dr. Payr meinte, man solle den Italienern keine goldenen Brücken bauen, sie würden auch so noch kommen. Sein liberaler Gesinnungsgenosse Dr. Hellriegl stellte sich auf den gleichen Standpunkt wie der konservative Dr. Wackernell und schlug vor, Kathrein solle den Italienern die Geneigtheit der deutschen Vertrauensmänner zu Verhandlungen über die Bildung von Landtagskurien mit beschränktem Budgetrecht ausdrücken.¹⁵⁾

Dieses Entgegenkommen der deutschen Abgeordneten lag nun gar nicht im Sinne der Politik des Ministerpräsidenten, der auch ein beschränktes Umlagenrecht der Kurien¹⁶⁾ und jetzt sogar eine Verwaltungsautonomie im Umfange der geplanten Bezirksvertretungen für nicht ungefährlich hielt, wenn sie sich einheitlich über ganz Welschtirol erstreckte.¹⁷⁾ Auf italienischer Seite hingegen wurden die Vor-

¹¹⁾ Nachlaß Kathrein: Ministerpräsident Thun an Kathrein am 15. 3. 1899. Thun macht hier Kathrein fast einen Vorwurf daraus, daß die Verhandlungen noch immer andauern. Wenn Kathrein fest im Sinne seines Briefes vom 6. 3. aufgetreten wäre, wären die Verhandlungen schon abgebrochen.

¹²⁾ Nachlaß Kathrein: Handelsminister Di Pauli an Kathrein am 6. 3. 1899.

¹³⁾ Nachlaß Kathrein: Grabmayr an Kathrein am 24. 2. 1899.

¹⁴⁾ Nachlaß Kathrein: Kathrein an Ministerpräsident Thun am 18. 3. 1899.

¹⁵⁾ Nachlaß des konservativen Abgeordneten Dr. Carl Pusch.

¹⁶⁾ Nachlaß Kathrein. Während Thun in einem Briefe vom 21. 3. noch ein beschränktes Umlagenrecht, allerdings in unklarer Form, für denkbar erklärt hatte.

¹⁷⁾ Nachlaß Kathrein: Ministerpräsident Thun am 1. 4. 1899 an Kathrein. Vielleicht ist die immer deutlicher werdende Abneigung des Ministerpräsidenten in der Tiroler Öffentlichkeit bekannt geworden und hat den Abbruch der Ver-

schläge der deutschen Abgeordneten als brauchbare Verhandlungsgrundlage angenommen.¹⁸⁾ Es kam daher die Hoffnung auf, daß die italienischen Abgeordneten noch in der laufenden Landtagssession erscheinen würden, deren Beginn aus diesem Grunde auf die Zeit nach Ostern (2. 4.) verschoben worden war.¹⁹⁾ Um die Monatswende vom April zum Mai setzten sich Vertrauensmänner aller italienischen und deutscher Parteien in Innsbruck zusammen. Man einigte sich darüber, daß das Gesetzgebungsrecht dem Landtag allein verbleiben würde, daß aber die Kurien innerhalb der bestehenden Gesetze und soweit sie die Mittel dafür aufbringen, in Gemeinde-, Schul- und Wirtschaftsangelegenheiten frei entscheiden könnten. Landesauschuß und Landesschulrat wären zu teilen. Nicht geteilt wurde das Landesfondsvermögen, sondern nur die nach Deckung der gemeinsamen Ausgaben (des Landtags) verbleibenden Gelder. Nun war es denkbar, daß ein Kurialbeschluß wirtschaftliche Interessen der anderen Kurie verletzte, man denke an die Frage der Fleimstalbahn, und die Deutschen wollten für diesen Fall die Entscheidung, ob er ausgeführt werden dürfe oder nicht, dem Landtag überlassen. Dagegen waren aber die Italiener, weil sie im Landtag immer in der Minderheit wären.²⁰⁾ Allerdings wäre dies nicht so schlimm für sie gewesen, da sie sich bei der Rivalität der beiden deutschen Parteien, wie schon bisher, hätten durchsetzen können. Hatten sie doch im Jahre 1889 sogar die stärkste Partei im Landtag, die Konservativen, mit Hilfe der deutschen Liberalen in der Autonomiefrage niedergestimmt. So kam es schließlich im Jahre 1899 doch zu keinem Vergleich. Vergeblich hatte der Landtag auf Antrag Kathreins die Mandate der ferngebliebenen italienischen Abgeordneten nicht gelöscht.

Dieses Entgegenkommen wurde den Deutschen schlecht gelohnt. Von Trient wurde an die deutschen Abgeordneten jene überaus scharfe, bisher scheinbar geheim gehaltene Denkschrift an Ministerpräsident Thun vom Vorjahre geschickt und ihr noch eine von Don Salvadori soeben erst fertiggestellte Flugschrift beigegeben, in der die Vertretung der italienischen Landgemeinden im Tiroler Landtag in heftigster Weise als zu gering beanstandet wurde.²¹⁾ Daß diese beiden Kampfschriften gerade jetzt an die deutschen Abgeordneten zugesandt wurden, mußte von diesen als die völlige Verwerfung der Innsbrucker Verhandlungen aufgefaßt werden. Selbst Grabmayr erklärte, das Vorgehen der Italiener mache ihm das Festhalten an seinem ausgleichsfreundlichen Standpunkt sehr schwer. Noch heftiger war der Konservative Wackernell in seiner

handlungen gefördert. Anfang April reißt der Briefwechsel mit Kathrein ab. Vgl. „Meraner Zeitung“ 2. 4. und „Brixener Chronik“ 5. 4. 1899.

¹⁸⁾ Nachlaß Kathrein: Malfatti an Kathrein am 7. 4. 1899, Don Giovanni Salvadori am 3. und 8. 4. 1899 an Kathrein.

¹⁹⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 20. 4. 1899.

²⁰⁾ Nach einem hektographierten Bericht aus dem Besitz des Abgeordneten Dr. Pusch: „Ergebnisse der im Jahre 1899 zwischen Vertrauensmännern aus Deutsch- und Italienischtirol gepflogenen Besprechungen, die administrative Autonomie für Italienischtirol betreffend. (Siehe Beilage 2.) Ferner „Tiroler Tagblatt“ 25. 4., 29. 4., 30. 4., 6. 5., und 18. 5. 1899.

²¹⁾ „An Seine Exzellenz den Ministerpräsidenten Grafen Franz Thun“ und „La rappresentanza dei comuni rurali tridentini nella Dieta d'Innsbruck“. Es enthält ein Vorwort, das mit „Gavazzo, 12. maggio 1899“ gezeichnet ist, scheint also ad hoc hergestellt worden zu sein.

Verurteilung. Der Christlichsoziale Schraffl, der eben über ein Gesuch der ladinischen Fassaner um die Angliederung an die Bezirkshauptmannschaft Bozen berichtet hatte, sagte: „Die Broschüre zeigt, daß sich die Fassaner mit Recht dagegen wehren, mit einem Teile Tirols vereinigt zu werden (gemeint ist natürlich bei einer Teilung des Landes), der den Landtag in solcher Weise beleidigt.“ Nach dieser erregten Auseinandersetzung war zunächst an eine gedeihliche Fortführung der Verhandlungen nicht zu denken.²²⁾ Eine solche Auswirkung ihres Vorgehens war aber den Italienern doch unangenehm und Don Salvadori bemühte sich, in der Presse den ungünstigen Eindruck der beiden Schriften zu verwischen und die deutschen Parteien wieder zu einer versöhnlichen Haltung zu bewegen.²³⁾

Kathrein ließ sich nicht von der Fortsetzung seiner Bemühungen abschrecken. Er wußte, daß ein Teil der italienischen konservativen Führer die von ihm erwünschte Lösung ihres Bündnisses mit den Nationalliberalen gerne vornehmen würde und nur die ungelöste Autonomiefrage sie noch an der Seite der Nationalliberalen ausharren ließ. Im Juni erklärten sich die italienischen Abgeordneten beider Parteien zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit.²⁴⁾

Während dieser Verhandlungen machte sich die autonomiegegnerische Stellung der jungen politischen Bewegungen, obwohl sie im Landtag noch nicht oder doch nur schwach vertreten waren, stark bemerkbar.²⁵⁾ In der Presse und in Versammlungen gaben sie laut ihren Einspruch kund. Sie glaubten nicht an die Friedensbereitschaft der italienischen Führer und hielten es mit Christian Schneller für richtig, Deutschsüdtirol in Welschtirol zu verteidigen. Wegen der größeren direkten Bedrohung war in Südtirol die Abneigung gegen die welschtirolischen Autonomiepläne am größten und der Wille zur Sicherung des deutschen Volksbodens am stärksten, wo doch im Bozner Unterland die Verwelschungsversuche bereits fühlbare Formen angenommen hatten. Daraus erklärt sich z. B. die Rührigkeit der Christlichsozialen in der Fassafrage, hinter der die sogenannten nationalen Parteien nicht zurückstanden. Diese machten in der Landtags-Eingabe der Städte Bozen und Meran²⁶⁾, in denen die alten Liberalen ihnen bereits hatten weichen müssen, den gelungenen Versuch, eine Aufstellung jener Forderungen zu machen, die zur Sicherung des deutschen Volksbodens in Südtirol unumgänglich notwendig waren. Ohne Sicherstellung der deutschen völkischen und wirtschaftlichen Interessen dürfe den Italienern keine Autonomie gegeben werden. Die in Deutschsüdtirol angestrebten italienischen Schulgründun-

²²⁾ V, 27. 5. 1899. Auch in der Presse wurden damit die Ausgleichsverhandlungen für erledigt erklärt.

²³⁾ „Tiroler Tagblatt“ 6. 6. 1899, „Neue Tiroler Stimmen“ 2. 6. 1899.

²⁴⁾ Nachlaß Kathrein: Thun an Kathrein am 22. 6. 1899.

²⁵⁾ Daß diese Bewegung aber nicht nur in den politisch jungen Kreisen spürbar war, beweist ein Brief des konservativen Handelsministers Di Pauli an Kathrein, in dem er am 3. 4. Kathrein schrieb, „daß ein großer Teil selbst unserer verlässlichsten Abgeordneten nicht ganz günstig ist und speziell die Kurienfrage perhorresziert“. (Also die Teilung des Landtages.)

²⁶⁾ Siehe Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 390 f. und „Bozner Zeitung“ vom 12. 5. 1899, Beilage 1b.

gen müssen unterbleiben. Der Landtag solle von der Regierung als Gegengleit für die von ihr in Aussicht genommene Unterstützung der Trienter Lokalbahn nach Malé eine Unterstützung der geplanten deutschen Linie der Fleimstalbahn verlangen. Wenn die deutsche Linie nicht allein gebaut werde, so müsse ihr doch vor dem italienischen Plan der Vorrang in der Ausführung zukommen. Das Fassatal und die deutschen Nonsberger Grenzgemeinden und Truden und Altrei, die italienischen Bezirken eingegliedert sind, müssen bei einer Verwaltungsteilung dem deutschen Landesteil zugewiesen werden. Die nationalen Südtiroler verlangten also die Sicherung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Rechte, die durchaus nicht so ungetrübt waren, soweit sie vom Gutdünken staatlicher Behörden abhängig waren, als die deutsche Mehrheit im Landtag vermuten lassen könnte.²⁷⁾ Im Sinne einer Forderung der Wahrung der Rechte der deutschen Südtiroler ist wohl auch der Beschluß des Bozner konservativen Vereines zu verstehen, der am 6. Mai verlangte, daß bei den Autonomieverhandlungen die Einheit des Landes und die Rechte des Volkes gewahrt werden sollen.

Etwa zu gleicher Zeit arbeitete Grabmayr im Rahmen des großen Forderungsprogrammes aller Deutschen Österreichs, das nach seiner Erscheinungszeit den Namen Pfingstprogramm erhalten hat, eine mildere und bescheidenere Aufstellung aus. Seine Arbeit blieb von deutsch-nationaler Seite schon deshalb nicht unangefochten. Zudem hatte sich Grabmayr den Haß der Deutschradikalen zugezogen, weil er am 5. Februar in einer Versammlung in Meran deren staatsverneinende Haltung verurteilt hatte und für eine Gewinnung der deutschen Konservativen für die in den Sturmtagen Badenis entstandene Einheitsfront aller deutschen Parteien, genannt „Deutsche Gemeinbürgerschaft“, eingetreten war.²⁸⁾ Dieser Gedanke war sicher eines Einsatzes wert, denn im Falle eines Gelingens wären nur mehr die damals unbedeutenden Gruppen der Sozialdemokraten und der Deutschradikalen außerhalb dieser Einheitsfront gestanden. Aus diesem Grunde bekämpfte auch Grabmayr die Los-von-Rom-Bewegung. „Wenn auch die Konservativen durch ihre Haltung in nationalen Fragen der Unterdrückung der Deutschen Vorschub geleistet hätten“, sagte Grabmayr später einmal, „so bleibt es doch immer eine Entwürdigung der Religion, wenn man die religiöse Überzeugung aus politischen Gründen verändert.“²⁹⁾ Wegen dieser Einstellung wurde Grabmayr im Zuge eines wenig erhebenden Kampfes aus dem „Landeswahlausschuß“, der obersten taktischen Zusammenfassung der Linksparteien, am 22. März mit geringer Stimmenmehrheit ausgeschlossen.³⁰⁾ Obwohl ihm vom Landeswahlausschuß und vom „Deutschen Volksverein für Südtirol“ das Recht abgesprochen worden war, im Namen der Tiroler Deutschen Forderungen aufzustellen, setzte er doch seine Tätigkeit bezüglich der Formulierung der Forderungen der

²⁷⁾ So war in der rein deutschen Stadt Bozen damals die Hälfte der Richter des Bezirksgerichtes Italiener. Ausführlich in Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 226—237.

²⁸⁾ Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 394.

²⁹⁾ Friedjung: Historische Aufsätze, Seite 447.

³⁰⁾ und ³¹⁾ Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 396 ff.

Deutschen Tirols fort, weil ihm der Auftrag von den Reichstagsabgeordneten erteilt worden war. Er hielt aber dabei Fühlung mit den Führern der anderen Gruppen, Dr. Perathoner und Dr. Weinberger, den Bürgermeistern von Bozen und Meran, und Baron Longo von Seite der Nationalen und Dr. Hepperger und Dr. Mayrhauser von Seite der Deutschfortschrittlichen.³¹⁾ Inwiefern diese dem Entwurf Grabmayrs zugestimmt haben, ist der Gegenstand eines erbitterten Zeitungsstreites gewesen, in dem Grabmayr und Perathoner die Feder geführt haben.³²⁾ Grabmayr wollte im Gegensatz zu der von den Nationalen im Städteprogramm aufgestellten Forderung von einer Angliederung Fassas an den Bezirk Bozen im Interesse dessen Einsprachigkeit und eines zukünftigen guten Einvernehmens mit den Italienern nichts wissen. In Übereinstimmung mit dem Programm der Städte Bozen und Meran forderte Grabmayr im Pfingstprogramm die Zuteilung der vier deutschen Nonsberger Gemeinden und Altreis und Trudens zum deutschen Landesteil. In Deutschtirol sollte nur das Deutsche, in Welschtirol nur das Italienische als Amtssprache gelten. In diesem Sinne sollte auch bei der Bestellung von Beamten verfahren werden. Das Schulwesen bleibe unverändert. Eine Selbstverwaltung für Welschtirol darf nur so stattfinden, daß daraus dem deutschen Landesteil keine ungerichte (insbesondere geldliche) Belastung erwächst.³³⁾

Abgesehen von dem anderen Standpunkt in der Fassafrage, ist das Städteprogramm durch seine konkreteren und weitergehenderen Forderungen charakterisiert, das Pfingstprogramm ist bescheidener und grundsätzlicher gehalten.

Wie wir bereits wissen und zum Teil noch erfahren werden, waren die Italiener nur zum geringen Teil gewillt, auf die Forderungen des Städteprogrammes, die auch von den Christlichsozialen praktisch anerkannt wurden, einzugehen. Demgemäß waren die Aussichten, zu einem Vergleich zu gelangen, nicht günstig, aber Kathrein ließ sich dadurch nicht beirren. Am 7. Februar meldeten die „Neuen Tiroler Stimmen“, Kathrein habe unverbindliche Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der im Vorjahr gescheiterten Versöhnungsaktion mit den Italienern aufgenommen. In Trient scheint man für das Wichtigste die Stellung der Regierung erachtet zu haben, und so reisten Baron Malfatti, Dr. Riccabona und Dr. Kathrein nach Wien, wo sie am 16. März eine Unterredung mit Ministerpräsidenten von Koerber hatten;³⁴⁾ diese scheint die Italiener wenig befriedigt zu haben, denn am 26. März beschlossen sie, dem Tiroler Landtag auch weiterhin fernzubleiben.³⁵⁾ Nicht mehr Erfolg brachten Verhandlungen im Mai, zu denen die Regierung eingeladen hatte.³⁶⁾

³²⁾ Vgl. die Tiroler Presse in den Monaten Februar und März. Besonders heftig die „Bozner Zeitung“, die seit dem Jahre 1895 einen radikal-nationalen Kurs verfiel.

³³⁾ Kollmer: Parlament und Verfassung, VII. Seite 302, und Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol... III. Seite 397. Beilage 1a.

³⁴⁾ Nach einer handgeschriebenen Verfassungsgeschichte des konservativen Freiherrn Ludwig von Biegeleben.

³⁵⁾ Kollmer: Parlament und Verfassung, VIII. Seite 71.

³⁶⁾ Kollmer: Parlament und Verfassung, VIII. Seite 71.

Kathreins Tätigkeit und der seit längerer Zeit beobachtete Haltungswandel im altkonservativen Lager ließen dem Statthalter die Landeseinheit bedroht erscheinen. Der finanzielle Vorteil, den ein volklich geteiltes Tirol dem deutschen Landesteil bringen mußte, ist bei einem Teil der Konservativen ein gewisser Antrieb zur Gewährung einer Autonomie für Welschtirol gewesen und das um so mehr, als gerade jetzt die Frage der Erhöhung der längst ungenügenden Lehrergehälter ernstlich erwogen wurde; da die Gemeinden außerstande waren, diesen Mehraufwand zu decken, mußte ihn das Land übernehmen. Das diesbezügliche Erfordernis des italienischen Landesteiles war nun doppelt so hoch als seine entsprechende Leistung. Die Deutschtiroler hatten aber ganz allgemein immer weniger Lust, dem scheidungstüchtigen Partner die Mehrkosten zu decken. Darum bestand Kathrein bei seinen Verhandlungen mit der Regierung immer wieder darauf, daß bei der Teilung des Landesschulrates auch die Kostendeckung durch jeden Landesteil gesondert vorgenommen werden müsse. Diese Stimmung stellte der Statthalter in einem Berichte fest: „Den unter dem Einfluß dieses Gedankens stehenden Politikern der konservativen Landtagsmajorität kommt nun die ewig offene Autonomiefrage sehr gelegen. Sie wollen diese Gelegenheit benützen, um bei der Ausscheidung des italienischen Landesteiles aus der Konkurrenz zu Schulzwecken den Lehrern mehr zu geben, ohne den deutschen Steuerträgern mehr zu nehmen. Diese Richtung wird insbesondere von dem Abgeordneten Dr. Kathrein . . . vertreten.“ Die Regierung möge ihre unklare Haltung aufgeben und sich eindeutig für die Aufrechterhaltung der Einheit des Landes einsetzen. Dann werde unter den Deutschen im Lande, „denen in ihrer großen Mehrzahl der Gedanke der vollständigen Abtrennung des italienischen Landesteiles heute noch immer nicht ganz vom Herzen geht, das Pflichtgefühl erwachen und sie gewiß bestimmen, auf dem nicht leichten Posten, auf den das Schicksal sie gestellt, im Interesse des Staates und des eigenen Ansehens auszuharren“. Vor allem aber müsse die Regierung ihren Einfluß darauf verwenden, den Abgeordneten Dr. Kathrein von seiner Tätigkeit in der Autonomiefrage abzuhalten.³⁷⁾

Stimmung und Ereignisse in Tirol waren nicht dazu angetan, der Regierung eine Entscheidung in der Autonomiefrage zu erleichtern. Am 4. Mai 1900 hatte der Tiroler Landtag beschlossen, den Landesausschuß zu beauftragen, im Fassatal die deutsche Unterrichtssprache an den dortigen Schulen der Ladiner einzuführen. Da an diesen Schulen der Ladiner bisher italienisch unterrichtet worden war, protestierten — nicht die Ladiner des Tales —, sondern die italienischen Abgeordneten am 17. Mai im Reichsrat und erklärten das Vorgehen des Tiroler Landtages als volkliche Vergewaltigung, fügten aber freilich nicht hinzu, daß das ladinische Völklein in Tirol seit jeher mehr dem deutschen Kulturkreis zuneigte als dem italienischen. Einen Monat später pries Cesare Battisti bei einer Protestkundgebung gegen den Fassabeschluß auf dem Trienter Domplatz die Achtundvierziger-Revolutionäre. Anläßlich der Ermordung des italienischen Königs Humbert am 30. Juli 1900

³⁷⁾ SA. 1959 Bericht des Statthalters vom 14. 5. 1900.

fanden in Trient österreichfeindliche Kundgebungen statt und die Stadt lag in tiefer Trauer, die man zwei Jahre früher anlässlich der tragischen Ermordung der Kaiserin Elisabeth so sehr vermißt hatte.³⁸⁾

Das alles war kein guter Rahmen für erfolversprechende Ausgleichsverhandlungen. In Welschtirol mehrten sich die Stimmen für den Wiedereintritt in den Landtag auch unter den Führern, aber nur, um dort durch Obstruktion zu erkämpfen versuchen, was durch die Abstinenz zu erreichen nicht gelungen war.³⁹⁾ Ein Teil der konservativen Abgeordneten billigte die Obstruktionsabsichten zunächst grundsätzlich und dann auch deshalb nicht, weil die größere Zurückhaltung nicht bei den Abgeordneten, sondern bei der Regierung zu suchen war.⁴⁰⁾ In einer Versammlung der Reichs- und Landtagsabgeordneten Welschtirols wurde daher beschlossen, Malfatti zu beauftragen, bei der Regierung auf eine Entscheidung zu drängen.⁴¹⁾ Ministerpräsident Koerber sagte eine Behandlung der Angelegenheit zu, sobald ihm die böhmische Frage Zeit hiezu lasse.⁴²⁾

Anfang Oktober traf die lang erwünschte Stellungnahme der Regierung in Form eines Schreibens an Baron Malfatti ein. Sein Inhalt war für die Italiener eine große und herbe Überraschung. Die Regierung erklärte ganz allgemein, daß sie bereit sei, „im Rahmen der bestehenden Landesverfassung Einrichtungen zu schaffen, welche den Interessen der italienischen Bewohner des Landes vollste Berücksichtigung sichern“. Die Regelung aller Schwierigkeiten würde aber erleichtert und beschleunigt werden, wenn die italienischen Abgeordneten im Landtag zu Innsbruck erscheinen würden. Koerber ging hierbei von dem Standpunkt aus: „Selbst wenn manche der vorgeschlagenen Einrichtungen sich als nützlich erweisen könnten, muß die Regierung doch als oberste Forderung festhalten, daß die Einheit des Landes Tirol, wie sie seit Jahrhunderten vorhanden ist, auch, soweit es sich um den Tiroler Landtag und seine Organe handelt, nicht nur auf dem Ge-

³⁸⁾ Nach einer handgeschriebenen Verfassungsgeschichte L. v. Biegelebens. V. 4. 5. 1900, VR. 17. 5. 1900, „Neue Tiroler Stimmen“ 25. 8. 1900.

³⁹⁾ Da in der Bevölkerung Welschtirols die erfolglose Abstinenzpolitik ihrer politischen Führer immer unwilliger ertragen wurde. (Bericht des Hofrat Erler über die Generalversammlung der „Assoziacione politica nazionale del Trentino“ vom 25. 6. 1900, SA, 2481 ad 15) haben die Sozialisten diese Stimmung benützt und eine Politik der Tat verkündet, der die anderen Parteien auch Raum geben mußten. Die Politik der Tat war in unserem Falle der Eintritt in den Landtag zum Zwecke der Obstruktion.

⁴⁰⁾ Vgl. „Tiroler Tagblatt“ 16. 6., 19. 6., 27. 6. und 6. 7. 1900, „Brixner Chronik“ 10. 7. 1900 und „Bozner Zeitung“ 31. 7. 1900.

⁴¹⁾ SA. 15/2837 Bericht des k. u. k. Reg.-Rates von Trient vom 20. 7. 1900 über eine Versammlung der welschtirolischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten am 19. 7. in Trient. Hier wurde die Beauftragung Malfattis beschlossen. Nach dem Inhalt der Regierungsantwort wolle man sich erst entscheiden, „ob man die gegenwärtig unterbrochenen Verhandlungen mit den deutschen Vertrauensmännern wieder aufnehmen wird, um dieselben zu einem definitiven Übereinkommen zu führen oder ob man dieselben ohne weiteres abbrechen soll, um dann gelegentlich der nächsten Einberufung des Landtages zur Obstruktionspolitik überzugehen...“. Auch in diesem Bericht heißt es, daß diese Haltung durch die neue obstruktionslustige jungnationale und jungsozialistische Partei bestimmt sei.

⁴²⁾ Ende Juli 1900; „Bozner Zeitung“ 3. 8. 1900, Kollmer: Parlament und Verfassung VIII. Seite 135.

biete der Landesgesetzgebung, sondern ebenso auch auf dem Gebiete der durch die Verfassung der Landesvertretung überwiesenen Administration sowie des Landeshaushaltes nicht beeinträchtigt werde. Die Regierung könnte insbesondere weder zugeben, daß der ökonomische Verband des ganzen Landes aufgelöst werde in die zwei schwächeren Verbände der einzelnen Landesteile, noch könnte sie ein selbständiges Budget- und Umlagenrecht der Kurien zulassen, durch welches das Budget- und Umlagenrecht des Gesamtlandtages praktisch illusorisch gemacht würde. Das wesentliche Moment für die Beurteilung der ganzen Frage liegt indes darin, daß es sich nicht um die Schaffung nationaler Schutzvorkehrungen in einzelnen die Nationalität speziell berührenden Angelegenheiten, sondern um die Schaffung neuer politischer Gebilde mit gesonderter territorialer Unterlage handelt.⁴³⁾

Die Abgeordneten Welschtirols hatten bei ihrer letzten Versammlung beschlossen, daß sie je nach dem Ausfalle der Antwort der Regierung entweder die Verhandlungen mit den deutschen Vertrauensmännern wieder aufnehmen oder in den Landtag eintreten wollten, um Obstruktion zu treiben. Nun ging am 8. Oktober die Ankündigung hinaus, daß sie innerhalb und außerhalb des Landtages mit allen gesetzlichen Mitteln für die Sonderstellung ihres Landesteiles weiterkämpfen werden.⁴⁴⁾ Die Ursache für die eindeutige Zurückweisung der Welschtiroler Forderungen durch die Regierung dürfte die „Meraner Zeitung“ vom 10. Oktober richtig aufgezeigt haben, wenn sie schrieb: „Herr von Koerber predigt nämlich merkwürdigerweise vor einem italienischen Publikum im ‚Kirschenschiff‘, die Predigt ist aber für die im ‚Oratorium‘ lauschenden Jungtschechen berechnet“, mit denen der Ministerpräsident eben zwecks Aufgabe ihrer Obstruktion im Reichsrat verhandelte.

Der Monat Oktober brachte noch ein anderes wichtiges politisches Ereignis: das Wahlübereinkommen zwischen den deutschen Konservativen und Liberalen in der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes in Tirol. Es war ein Werk Grabmayrs, der wenigstens in diesem engen Rahmen seine Versöhnungspolitik hat durchsetzen können. Erleichtert mag dies durch die Stellung der Konservativen zum Pfingstprogramm, soweit es Tirol angeht, worden sein. Die „Neuen Tiroler Stimmen“ widmeten ihm am 24. Mai 1899 eine ausführliche Besprechung, in der sie einige Ausstellungen machten, aber dann ausdrücklich betonten: „Es handelt sich dabei ja nicht um das Wesen und den Kern der Sache, hinsichtlich dessen wir übereinstimmen.“ Es sei in diesem Zusammenhange auch gleich bemerkt, daß sich die christlichsoziale „Brixner Chronik“ natürlich ausgesprochen bejahend geäußert hatte.⁴⁵⁾

Auf dieses Verhalten der Rechten scheint die „Meraner Zeitung“ in einem aus der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ zitierten Aufsatz abzielen, der Grabmayr in Schutz nahm, nachdem er von den Ultraliberalen wegen seines Zusammengehens mit den Konservativen ange-

⁴³⁾ Kollmer: Parlament und Verfassung VIII. Seite 135 ff.

⁴⁴⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 11. 10. 1900, „Brixner Chronik“ 25. 10. 1900.

⁴⁵⁾ „Brixner Chronik“ 14. 2. 1900.

griffen worden war. Dort heißt es: „Tatsächlich vollzieht sich im klerikalen Lager eine der deutschen Staatsauffassung günstige Wendung und es ist nicht klug, sofort über jeden Politiker herzufallen, der den Klerikalen eine goldene Brücke zum Rückzug bauen will.“⁴⁶⁾ In der alldeutschen „Bozner Zeitung“ hatte man freilich nur Verachtung für solche Bemühungen übrig.⁴⁷⁾ Schließlich setzte sich Grabmayr im Großgrundbesitz durch. Er begründete das Bündnis mit den Konservativen ausführlich: Im Großgrundbesitz Tirols gäbe es vier annähernd gleich starke Gruppen, die deutschen und die italienischen Liberalen und die deutschen und die italienischen Konservativen. Dank dem Bündnisse mit den italienischen Liberalen hätten die deutschen bei den letzten Wahlen mit 101:92 Stimmen gesiegt. Eine geschickte Regierung sei aber jederzeit imstande, einen solchen Sieg bei künftigen Wahlen in eine Niederlage zu verwandeln. Für ein Bündnis mit den Konservativen spreche auch der Umstand, daß früher oder später eine volkliche Teilung in der Kurie des Großgrundbesitzes komme und dann wären die deutschen Liberalen in einer solchen geteilten Kurie in der Minderheit. Wenn sich die Liberalen nicht heute schon mit den Konservativen verständigten, so würden letztere später sicher nicht zu gewinnen sein. Grabmayr betonte, daß das Abkommen weder von der Regierung noch vom Statthalter beeinflusst, sondern lediglich ein Werk der Unterhändler der deutschen Parteien, Baron Biegeleben und Graf Brandis von der konservativen und Dr. Hepperger und Dr. Grabmayr von der liberalen Seite, sei. Entscheidend für die Lösung des Bündnisses mit den italienischen Gesinnungsgenossen, das sich bisher so gut bewährt hatte, daß die Nationalliberalen während ihrer Abstinenzzeit den deutschen Liberalen sogar ihre fünf Mandate des Großgrundbesitzes geliehen hatten, wäre aber zuletzt jene verleumderische Denkschrift an den Grafen Thun gewesen, in der die Italiener von „Kniffen der Deutschen“, „willkürlicher Bevormundung“ und „schwerer Vergewaltigung“ sprachen. „Mit den blindwütigen Unterzeichnern dieser Schmähchrift“, erklärte Grabmayr, „können wir bei den Landtagswahlen nicht mehr zusammengehen.“⁴⁸⁾ So wurde also am 23. Oktober 1900 das Abkommen zwischen den beiden deutschen Parteien im Großgrundbesitz Wirklichkeit, das aber auch die reichstreuen Italiener berücksichtigte.⁴⁹⁾ In der Presse der Linken fand es heftige Verurteilung. Man hatte für alle

⁴⁶⁾ „Meraner Zeitung“ 21. 10. 1900.

⁴⁷⁾ „Bozner Zeitung“ 26. 10. 1900.

⁴⁸⁾ „Meraner Zeitung“ 28. 10. 1900.

⁴⁹⁾ Im Abkommen heißt es: „Während der Dauer von zehn Jahren, das ist bis 31. 12. 1910, werden von beiden Gruppen bei allen Reichsrats- und Landtagswahlen gemeinsame Kandidatenlisten aufgestellt. Bei den Reichsratswahlen nennen die fortschrittliche und konservative Gruppe je zwei Kandidaten, wobei jedoch eines der konservativen Mandate einem reichstreuen Italiener zufällt. Bei den Landtagswahlen gebühren der fortschrittlichen Gruppe sechs, der konservativen Gruppe vier Mandate. Die fortschrittliche Gruppe wird ein Mandat einem reichstreuen Italiener ihrer politischen Farbe überlassen und die Konservativen werden gleichfalls bei der Nennung ihrer Kandidaten die reichstreuen Italiener berücksichtigen...“ („Neue Tiroler Stimmen“ 26. 10. 1900). Es ging also bei diesem Abkommen nicht um eine Ausschaltung der Italiener in der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes überhaupt, sondern nur um die der staatsfeindlichen Kräfte.

Begründungen Grabmayrs kein Verständnis und erklärte, ein Bündnis, das den Klerikalen zwei Reichsratsmandate ausliefere, sei unter allen Umständen verwerflich. Eine ganze Flut von Verurteilungen ging auf Grabmayr nieder.⁵⁰⁾ Dennoch wurde das Abkommen am 5. November auch von der Wählerversammlung des liberalen Großgrundbesitzes genehmigt. Die Widerstände, die aus entgegengesetzten Gründen auf Seite der Rechten aufschienen, beseitigte Fürstbischof Aichner von Brixen.

Der für Mitte Dezember 1900 einberufene Landtag stand ganz unter dem Eindruck der ungelösten Autonomiefrage und im besonderen unter dem des Absagebriefes Koerbers. Die deutsche Presse hatte ihn der Form nach verurteilt. Daß der „Unterinnthaler Bote“ Kathreins ihn bekrittelt, war durchaus begreiflich. Weniger folgerichtig war die ablehnende Haltung der christlichsozialen „Brixener Chronik“, deren Partei sich in der Autonomiefrage bisher sehr zurückhaltend gezeigt hatte. Ähnliches gilt von den linken und konservativen Blättern.

Die Italiener betraten im Dezember den Landtag mit dem festen Willen, unnaçhsichtlich Obstruktion zu treiben. Diesen Entschluß änderten sie auch nicht nach der freundlichen Begrüßung durch den konservativen Landeshauptmann Graf Brandis und den Statthalter. Der Landeshauptmann drückte den Italienern für ihr Erscheinen sein „singulare piacere“ aus und der Statthalter sprach von einem „dieta radunata“. Ernüchternd wirkte darauf die Rede des Abg. Dr. Brugnara: Die Zurückweisung der italienischen Vorschläge durch den Ministerpräsidenten habe gezeigt, daß die Regierung gutwillig nicht das geringste Entgegenkommen bekunden wolle. Wenn die italienischen Abgeordneten trotz ihres seinerzeitigen Beschlusses (1891) erst zurückzukehren, wenn sie begründete Aussicht auf Verwirklichung ihrer gerechten Forderung auf autonome Selbstverwaltung hätten, den Landtag betreten, so tun sie dies nicht, „um einen Akt der Ergebenheit und Unterwerfung zu vollziehen, und auch nicht, um an den Landtagsverhandlungen ohneweiters teilzunehmen, und noch weniger, um die gegenwärtige organisatorische Einrichtung des Landes anzuerkennen“. Sie erneuern vielmehr alle ihre früheren Verwahrungen und erklären ausdrücklich, „insolange die Autonomiefrage des italienischen Landesteiles nicht zu einer befriedigenden Lösung gelangen wird, jeder Beschluffassung über alle anderen Gegenstände, Entwürfe und Anträge zu opponieren“.⁵¹⁾

Niemand zweifelte nun mehr, daß die Italiener sofort mit der Obstruktion beginnen würden, obwohl wirtschaftliche Aufgaben zu erledigen waren, die für beide Landesteile von großer Wichtigkeit waren. So hatten sich die von den Gemeinden armselig entlohnten welschtirolischen Lehrer an den Landesausschuß mit der dringenden Bitte um Abhilfe gewandt.⁵²⁾ Auch der Regierung kam die Obstruktion sehr ungelogen, denn sie brauchte die Zustimmung aller Landtage, um einen Zuschlag zur Branntweinsteuer allgemein einführen zu können. Für das Land Tirol wieder hätte die Annahme dieses Gesetzes einen Steuer-

⁵⁰⁾ „Tiroler Tagblatt“ 20. 10. 1900; vgl. die Tiroler Presse Ende Oktober 1900.

⁵¹⁾ V. 17. 12. 1900.

⁵²⁾ „Bozner Zeitung“ 13. 11. 1900.

gewinn von 200.000 Kronen bedeutet. Diese Überlegungen teilte Koerber Grabmayr und Kathrein mit und ersuchte sie, alles anzubieten, um den Ausbruch der Obstruktion zu verhindern.⁵³⁾ Noch am Tage der Landtagseröffnung am 17. Dezember begannen zu diesem Zwecke Verhandlungen mit Vertretern aller Parteien. Die Italiener erklärten sich zur Einstellung der Obstruktion bereit, wenn der Landtag sein Bedauern über den Brief Koerbers ausdrücken und die Grundzüge einer autonomen Verwaltung etwa im Ausmaß der Vertrauensmännervereinbarungen von 1899 mit Zustimmung der Regierung annehmen würde. Kathrein drängte den Ministerpräsidenten, eine zustimmende Erklärung zu dieser Vereinbarung abzugeben⁵⁴⁾, doch tat dieser weder dies, noch entschloß er sich auch zu einer offenen Ablehnung.⁵⁵⁾ Vielmehr sagte der Statthalter am 21. Dezember im Landtag, die Ablehnung der Regierung habe sich nur auf die bisherigen Vorschläge bezogen. Viel zustimmender noch äußerten sich die Vertreter der konservativen und der liberalen Partei, Dr. Wackernell und Dr. Grabmayr. Sie betonten ihre Verhandlungsbereitschaft, verurteilten aber gleichzeitig die italienische Taktik, die nicht so sehr die Regierung als die ohnedies entgegenkommenden deutschen Parteien und das ganze Land treffe.⁵⁶⁾ Schließlich kam ein vorläufiger Vergleich zustande und am 21. Dezember entwickelte Dr. Brugnara namens der italienischen Abgeordneten die grundlegenden Forderungen der Italiener: Ein neungliedriger Ausschuß soll nach den folgenden Richtlinien einen Gesetzentwurf ausarbeiten: Das Gesetzgebungsrecht bleibt ausschließlich dem Landtag vorbehalten. Dieser ist in eine Kurie für Deutschtirol und eine für Welschtirol zu teilen, das gleiche gilt für den Landesausschuß, den Landesschulrat und die Kurie des adeligen Großgrundbesitzes. Alle diese Abteilungen arbeiten unabhängig voneinander und unabhängig vom Landtag innerhalb der bestehenden Gesetze und soweit die eigenen Mittel reichen. Alle Gemeinde-, Schul-, Wohltätigkeits-, Sanitäts- und alle wirtschaftlichen Angelegenheiten fallen in den Arbeitsbereich der Abteilungen und scheiden aus dem Zuständigkeitsbereich der Landesverwaltungsorgane aus. Die Landeseinkünfte sind aufzuteilen.⁵⁷⁾

Das war eine Erneuerung der unter Badeni und Thun gestellten Forderungen, in denen die Landeseinheit nur formal aufrecht erhalten wurde. Grabmayr, von dem Grundsatz ausgehend, daß eine klare Scheidung der beiden Landesteile und ihrer Interessen dem Frieden am günstigsten sei, beeilte sich sogleich seine Zustimmung zu diesen Vorschlägen zu geben: „Da wir den Frieden wollen und für uns brauchen, sind wir für die Autonomie.“ Der Konservative Wackernell berief sich auf die Erklärung seines Klubs vom 18. Dezember d. J., die aber eigentlich nur besagte, daß seine Partei Koerbers scharfe Antwort mißbillige und die Italiener ihre Ziele nur auf gesetzlichem Wege und

⁵³⁾ Nachlaß Kathrein: Min.-Präsident Koerber an Kathrein am 10. 12. 1900.

⁵⁴⁾ Nachlaß Kathrein: Kathrein an Min.-Präsident Koerber am 17. 12. 1900.

⁵⁵⁾ Nachlaß Kathrein: Telegrammwechsel Koerber-Kathrein am 18. 12. 1900.

Statthalter Merveldt hatte eine eindeutige und bei allem sonstigen Entgegenkommen im Wesen dieser Frage ablehnende Stellungnahme empfohlen. (SA. ad 15.3826/5318 Bericht des Statthalters vom 19. 12. 1900.)

⁵⁶⁾ V. 18. 12. 1900.

⁵⁷⁾ V. 21. 12. 1900.

im Rahmen der Landeseinheit erstreben dürfen. Der Abg. Lorenzoni drohte, wenn man den Vorschlag Brugnaras ablehne, so würden im nächsten Jahre jüngere Kräfte kommen, die „noch kräftigere Opposition treiben würden“. Schließlich wurde ein Antrag Grabmayrs einstimmig angenommen, nach dem einem Zwölferausschuß sowohl der Antrag Brugnaras als auch die Vertrauensmännervereinbarungen vom Jahre 1899 zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Welschtiroler Autonomie zugewiesen werden sollen.

Die Nachgiebigkeit der Deutschen bewirkte, daß die Italiener der Annahme des Budgetprovisoriums am 21. Dezember keine Schwierigkeiten machten.⁵⁸⁾ Sie wurde schon jetzt von den Deutschradikalen verurteilt, deren Einfluß auf die Verhandlungen im Steigen begriffen war, obwohl sie noch nicht im Landtag vertreten waren.⁵⁹⁾

Das nächste halbe Jahr verging in endlosen Ausgleichsverhandlungen. Der am 22. Dezember 1900 gewählte Ausschuß trat am 16. Jänner zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der die Grundzüge der den Italienern zu machenden Zugeständnisse ungefähr im Ausmaß der deutsch-italienischen Vereinbarungen vom Jahre 1899 festgelegt wurden. Die genaue Ausarbeitung der Bestimmungen wurde den Abgeordneten Kathrein, Wackernell, Grabmayr und Brugnara übertragen.⁶⁰⁾ Bis zur Fertigstellung des Gesetzentwurfes vergingen noch Monate, denn der Ausschuß mußte auch Fühlung mit der Regierung halten, die zu diesem Zweck den Sektionschef Graf Pace zur Verfügung stellte. Bei einer Aussprache am 23. Mai, an der neben dem Grafen Pace und einem weiteren Ministerialbeamten die Abgeordneten Malfatti, Brugnara und Conci, Grabmayr und Kathrein teilnahmen, wurde ein Einvernehmen erzielt, nach dem Grabmayr die letzten Änderungen am Entwurf vornahm.⁶¹⁾ Dieser wurde am 19. Juni dem Autonomieausschuß des Landtages vorgelegt. In Übereinstimmung mit der wachsenden autonomiefeindlichen Stimmung in Tirol wandten sich die beiden christlich-sozialen Mitglieder des Ausschusses (allein) gegen das Eingehen in die Spezialdebatte über den vorliegenden Entwurf und beantragten die Errichtung von Kreisvertretungen, was aber abgelehnt wurde. Grabmayr wieder war gegen eine Teilung der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes, deren Abgeordneter er war, weil er davon eine Schwächung seiner Partei erwartete.⁶²⁾

Größte Schwierigkeit bot die Frage, was bei Kompetenzkonflikten zu geschehen habe. Da der Entwurf den Landesteilen die Regelung der Verkehrsangelegenheiten überließ, war es z. B. möglich, daß die italienische Abteilung des Landtages den Bau der umstrittenen Fleimstalbahn beschloß, ein Beschluß, der, wie wir schon wissen, wirtschaftliche und politische Interessen des deutschen Landesteiles verletzt hätte.

⁵⁸⁾ V. 18. 12. bis 22. 12. 1900.

⁵⁹⁾ „Bozner Zeitung“ 24. 12. 1900.

⁶⁰⁾ SA. 3. I. 456 Bericht des Statthalters an das Innenministerium.

⁶¹⁾ Die Regierung hat nachmals in Abrede gestellt, daß ein solches Einvernehmen erzielt worden wäre bezw. daß die Teilnahme ihrer Vertreter an den Verhandlungen irgend eine Bindung ihrerseits bedeutet hätte. Dies bestritten aber Kathrein in seinen Aufzeichnungen und Grabmayr (nach den Aufzeichnungen des Abg. Pusch über die Autonomieverhandlungen).

⁶²⁾ Nach den Aufzeichnungen Dr. Pusch.

Grabmayr erklärte, daß in solchen Fällen der anderen Abteilung ein Einspruchsrecht zustehen müsse. Bezeichnenderweise erwiderte aber Brugnara, daß ihm der ganze Ausgleich bei Annahme des Grabmayr'schen Antrages wertlos erscheine. Dennoch wurde er angenommen, doch hat er in der endgültigen Fassung eine milde Form gefunden.^{62a)} Zur Bereinigung der noch ungeklärten Fragen wurden die Abgeordneten Brugnara, Grabmayr und Wackernell bestimmt.⁶³⁾ Das ganze Werk wurde in eine endgültige Form gebracht, obwohl der Statthalter in der letzten Ausschußsitzung erklärt hatte, daß verschiedene Vereinbarungen getroffen worden seien, die die Regierung schon einmal abgelehnt hat und es nicht erwartet werden dürfe, daß sie heute einen anderen Standpunkt einnehme.⁶⁴⁾ Die Anträge des im Jänner eingesetzten Unterausschusses sind im großen und ganzen vom Gesamtausschuß angenommen worden. Danach zerfiel Tirol in zwei Verwaltungsgebiete. Das italienische „umfaßt die Städte Trient und Roveredo, dann die Sprengel der Bezirkshauptmannschaften Trient, Cavalese, Primiero, Borgo, Cles, Tione, Roveredo und Riva“. Somit sollten die bisherigen Verwaltungsgrenzen zwischen Deutsch- und Welschtirol unverändert bleiben. Es wurden also weder die deutschen Grenzgemeinden auf dem Nonsberg, noch Truden und Altrei, noch das ladinische Fassatal aus der Verwaltungshoheit der italienischen Bezirke ausgeschieden. Im Sinne dieser Gebietsteilung sollten der Landtag, der Landesauschuß, der Landeschulrat und die Kurie des adeligen Großgrundbesitzes geteilt werden. Die Abteilungen des Landtages sollten innerhalb der bestehenden Gesetze, ihres Gebietes und ihrer Mittel unabhängig vom Landtag beraten und beschließen: in allen wirtschaftlichen, gesundheitlichen und humanitären Angelegenheiten, sofern sie nicht, weil gemeinsam, vom Landtag zu behandeln sind und aus Landesmitteln bestritten werden. Die Landesauschußabteilung diente zur Besorgung der laufenden Angelegenheiten; die Italiener erhielten durch sie das wichtige und in Welschtirol besonders verantwortungsreiche Amt der Gemeindeüberwachung. Durch die Abteilung des Landesschulrates, in dem die Italiener bisher in gleicher Stärke vertreten gewesen waren wie die Deutschen, obwohl sie nur 40 % der Landesbevölkerung stellten, bekamen sie die Leitung des Schulwesens in die Hand. Außer den den einzelnen Landesteilen schon immer besonders gewidmeten Fonds sollte der nach der Bestreitung der gemeinsamen Auslagen verbleibende Rest der Landeseinnahmen auf die beiden Landesteile verhältnismäßig aufgeteilt werden. Darüber hinaus konnten die Abteilungen (in der Regel bis zu 30 % der direkten Landessteuern) besondere Gebietssteuern einheben. Zu einer Abänderung dieser Landesordnung wurde die Anwesenheit von wenigstens drei Viertel der Abgeordneten und Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben. Dem Landtag blieb das Gesetzgebungsrecht, das Recht der Verwaltung der Landesfinanzen, die Landesverteidigung und die Besorgung der öffentlichen Bauten. Die Landeseinheit war wohl in der Form gewahrt worden, aber es ist durch diesen Gesetzentwurf eine starke Entleerung des Landtags erfolgt. Die Hauptarbeit und damit das Schwergewicht

^{62a)} Siehe Beilage 3, § 46.

⁶³⁾ Nach Aufzeichnungen der Abgeordneten Kathrein und Pusch.

⁶⁴⁾ Nach Aufzeichnungen der Abgeordneten Kathrein und Pusch.

war in die verschiedenen Abteilungen der Gebiete verlegt. Eine wenig klare und glückliche Formulierung regelte die Teilung der Landeseinkünfte: „Durch Beschlüsse des Landtages wird bestimmt, welche Fonde und Anstalten des Landes ganz oder teilweise einem der beiden Gebiete gewidmet, dann welche Landeseinkünfte und nach welchem Verhältnis dieselben unter den beiden Gebieten verteilt werden sollen.“ Eine der wesentlichsten Fragen ist damit unentschieden gelassen worden. Im Falle, daß der Landeshauptmann eine Überschreitung des Wirkungskreises einer Abteilung oder eine Gesetzesverletzung feststellt, hat er die Ausführung des Beschlusses zu hemmen und den Antrag zur nochmaligen Beratung an die betreffende Abteilung zurückzuleiten. Verharrt diese auf ihrem ersten Entschluß, so entscheidet der Landtag, ob er ausgeführt werden darf oder nicht.⁶⁵⁾

Der Entwurf brachte eine fast vollständige Erfüllung der im Antrag des Abg. Brugnara am 21. Dezember 1900 aufgezählten italienischen Forderungen. Am 9. Juli wurden den Abgeordneten die Abdrucke der neugeplanten Landesordnung zugestellt und am 11. Juli sollte sie im Landtag zur Verhandlung kommen.⁶⁶⁾ Am 9. Juli jedoch begannen die italienischen Abgeordneten mit der Obstruktion, weil sie sich mit den deutschen Abgeordneten nicht über die vor der Autonomie noch zu verhandelnden Gegenstände hatten einigen können. Es handelte sich um einige wirtschaftliche Fragen im Rahmen des Haushaltsplanes. Da kein vollständiges Einvernehmen im Sinne der Italiener zustande kam, forderten diese die sofortige Behandlung der Autonomiefrage, um die ihnen neben der Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Wünsche am meisten zu tun war, doch waren die deutschen Abgeordneten zu einer Änderung der Tagesordnung nicht zu bewegen. Sie wollten für den Fall, daß die Autonomiefrage im Landtag Schwierigkeiten machen sollte, den Haushaltsplan erledigt haben. Die Unnachgiebigkeit der Italiener in der Forderung der Änderung der Tagesordnung im Sinne einer Vorverlegung der Behandlung der Autonomiefrage und die, als dieser Wunsch nicht erfüllt wurde, sofort einsetzende italienische Obstruktion machte die Behandlung der Autonomiefrage überhaupt unmöglich. Lakonisch berichtete der Statthalter am 9. Juli nach Wien: „Da zwischen den deutschen und italienischen Parteien ein Einverständnis über die vor der Autonomievorlage zu behandelnden Angelegenheiten nicht erzielt wurde, haben die Italiener schon heute nachmittag mit der Obstruktion begonnen.“⁶⁷⁾

Die Autonomievorlage war gefallen, nachdem die Verhandlungen in einem bisher unerreichten Maße gediehen waren. Das starrsinnige Verhalten der Italiener, das diesen Fall ausgelöst hatte, würde gänzlich unverständlich sein, wenn man nicht auch die Ereignisse außerhalb des Landtages und der Verhandlungsstuben berücksichtigen würde. Längst

⁶⁵⁾ Nach dem gedruckten Entwurf des Autonomieausschusses aus dem Nachlaß Kathrein. Vgl. Beilage 3.

⁶⁶⁾ (Ludwig von Biegeleben) Das Autonomieprojekt von 1901, Seite 30; SA. 3. I 3019/3047 Bericht des Statthalters vom 6. 7. 1901. Vgl. den Wortlaut des Entwurfes in Beilage 3.

⁶⁷⁾ SA. 3. I 3019/3115 Der Statthalter am 9. Juli 1901 an den Ministerpräsidenten.

war im ganzen Lande, in Deutschtirol wie in Welschtirol, eine Bewegung gegen die vorliegende Lösung der Autonomiefrage im Gange: hier weil auf den nationalen und wirtschaftlichen Schutz der Deutschen Südtirols zu wenig Bedacht genommen worden war, dort, weil die vorgesehene Regelung den italienischen Forderungen von 1889 nach einer vollständigen Verwaltungstrennung nicht statt gab. Diese immer mächtiger werdende Bewegung in Welschtirol ließ in weitesten (insbesondere konservativen)⁶⁸⁾ Kreisen der Deutschtiroler die oberwähnten Zweifel groß werden, daß durch die Annahme des Entwurfes der Landesfriede dauernd gewährleistet wäre. Im Jahre 1901 waren Landtagswahlen angesetzt und die neuen Parteien hatten begründete Hoffnungen, ihre Stellung im Landtag zu verbessern. Je mehr sich die Vertreter der alten Parteien um den Ausgleich bemühten, desto größer wurde der Widerwille der „Jungen“ in beiden Landesteilen. Aus Welschtirol erscholl immer häufiger der Ruf „Tutto o nulla“ und die Deutschtiroler Nationalen pochten auf die Erfüllung der Südtiroler Städteforderungen vom Jahre 1899. Der Autonomieentwurf wurde aber nicht einmal den bescheideneren Forderungen des „Pfungstprogrammes“ gerecht. Die Alldeutschen vertraten sogar die Ansicht, jede Selbstverwaltungseinrichtung zugunsten der Welschtiroler stärke den Irredentismus im Lande

⁶⁸⁾ Hier muß auch die Frage gestreift werden, inwiefern Thronfolger Franz Ferdinand auf die Haltung der politischen Führer Einfluß genommen hat. Auf einen solchen könnte eine Äußerung des „Unterinntaler Boten“ Kathreins am 14. Juni 1901 deuten: „Da erinnerte sich die Regierung ihrer Aufgabe, die Einheit (Tirols) zu wahren. Plötzlich konnte sich Graf Merveldt mit seinem Trienter Kollegen (Graf B. Giovanelli, Leiter der im Jahre 1896 aufgehobenen Trienter Statthaltereiabteilung) nicht mehr vertragen und jeder schied aus der Hofburg mit der guten Lehre, nur keine politischen Konzessionen für die Italiener.“ Sicher ist, daß der Thronfolger eine Lösung der Welschtiroler Frage im autonomistischen Sinne nicht wünschte. Prof. Stolz berichtet in seinem Werke: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden III Seite 404, daß Grabmayr in seiner handschriftlichen Selbstbiographie — die mir leider nicht zugänglich war — sagt, daß der Thronfolger sich vergeblich bemüht habe, ihn von seiner autonomiefreundlichen Haltung abzubringen. Mehr Erfolg habe er bei den Konservativen gehabt. Inwiefern letzte Behauptung zutrifft, vermag ich nicht zu belegen. Sicher ist, daß er mit Kathrein bezüglich dieser Fragen in Verbindung gewesen ist und dieser ihn mit Nachrichten versorgt hat. Der nachmalige Ministerpräsident Max Vladimir Beck, der als Vertrauensmann des Thronfolgers arbeitete, bat Kathrein am 21. Juni um weitere Nachrichten. Im selben Brief spricht er von unliebsamen Vorfällen in Trient, die beweisen, was alles schon ohne Autonomie möglich sei. Es sei daher verständlich, heißt es wörtlich, „daß man an der bewußten Stelle, welche ja gewisse Bestrebungen genau kennt und weiß, was im allgemeinen schon ohne Autonomie geschehen kann, dem Autonomieprojekt große Besorgnis und tiefes Mißtrauen entgegen bringt“. Beck kündigte auch seinen Besuch bei Kathrein in dieser Angelegenheit an. Am 1. Juli dankt er in einem anderen Brief für das erhaltene Material und teilt nochmals seine Ankunft für den 5. Juli mit und betont noch, daß die Aussprache mit Kathrein, die Autonomiefrage betreffend, der einzige Grund seiner Reise nach Innsbruck sei. Kathrein scheint für eine Änderung seines Standpunktes kaum gewonnen worden zu sein, denn er hat auch in der Folgezeit seine Bemühungen um die Erzielung eines Ausgleiches in der Autonomiefrage nicht aufgegeben. So erscheint nur sicher, daß der Thronfolger gegen die Gewährung der Autonomie aus staatspolitischen Erwägungen gearbeitet hat; diese seine Bemühungen sind bei den hauptsächlichsten Anwälten der Autonomie auf deutscher Seite, Grabmayr und Kathrein, auf wenig oder gar kein Entgegenkommen gestoßen, doch ist es deshalb noch nicht unwahrscheinlich, daß sie bei anderen Herren fruchtbarer gewesen sind.

oder, besser gesagt, in der Stadt.⁶⁹⁾ So weit gingen die maßgebenden Kreise der Nationalen nun nicht und einer ihrer Führer, der Bozner Bürgermeister Dr. Julius Perathoner, erklärte nach dem Scheitern der Verhandlungen im Landtag, er sei heute wie vormals kein Gegner der italienischen Selbstverwaltung, aber es dürfe damit keine Aufopferung der völkischen und wirtschaftlichen Interessen der Deutschen verbunden werden, womit er auf die Frage der Zuteilung der deutschen Grenzgemeinden und des Fassatales zu Deutschtirol anspielte.⁷⁰⁾ Grabmayr, der die negative Einstellung der nationalen Opposition im Lande kannte, hatte mit ihr, insbesondere durch Perathoner, Fühlung genommen. Hierbei wäre, wie Grabmayr später schrieb, ein Einvernehmen in allen wesentlichen Punkten erzielt worden. Perathoner bestritt diese Behauptung Grabmayrs in der Presse, indem er sagte, er habe Grabmayr gegenüber immer den Standpunkt der Bozen-Meraner Städteforderungen eingenommen, die aber durch den Autonomieentwurf Grabmayrs und Genossen nicht befriedigt worden sind. Weder in der Abgrenzungsfrage noch in der Sache der Fleimsbahn war ihnen Rechnung getragen worden.⁷¹⁾ Wie die Stimmung im Lande war, erfuhr Grabmayr in einer Versammlung am 15. Juni in Meran, wo er seinen Entwurf verteidigte, aber auf fast einhellige Ablehnung stieß.⁷²⁾

Der Ausgleichsführer auf der Rechten, Kathrein, fand bei den Christlichsozialen keine und bei seinen konservativen Parteigenossen nur teilweise Unterstützung. Bei den Konservativen waren es vorwiegend vaterländische Beweggründe, bei den Christlichsozialen mehr völkische, die sie gegen den Autonomieplan Grabmayr-Kathrein einnahmen. Die „Neuen Tiroler Stimmen“ schrieben seit Monaten in ablehnendem Sinne, in dem sie die jüngste Erklärung des Ministerpräsidenten bestärkt haben mochte. Im Reichsrat betonte nämlich am 3. Juni von Koerber neuerlich die Unantastbarkeit der Einheit des Landes Tirol. Es war dies keine hoffnungsvolle Begleitmusik zu den Verhandlungen. Am Tage nach dieser Rede schrieben die „Neuen Tiroler Stimmen“: „Damit dürfte auch das Grabmayrsche Projekt^{72a)}, welches Tirol praktisch in ein Trentino und eine Provincia d'Innsbruck zerreißen würde, vorläufig aussichtslos geworden sein.“ In Welschtirol gäbe es zwei Strömungen: Die einen wären für die Annahme des Entwurfes, um einen Schritt vorwärts zu kommen, die anderen wären für Obstruktion, bis ihre Forderungen aus dem Jahre 1889 auf völlige Teilung Tirols erfüllt worden seien. Nur darin waren sich also beide Gruppen einig, daß der Entwurf keine endgültige Lösung sein könne. Die deutschen Abgeordneten, soweit sie dem

⁶⁹⁾ Auf ihrem ersten Parteitag am 1. Juli 1900 in Innsbruck faßten sie nach der „Bozner Zeitung“ vom 2. 7. 1900 unter anderem folgende Entschließung: „Er (der Parteitag) ist der Überzeugung, daß von einem autonomen Trentino eine versteckte Wühlarbeit ausginge, um die benachbarten deutschen Gebiete an der Etsch zu verwelschen und mit der Zeit dem autonomen Trentino anzugliedern.“ Am 22. 1. 1900 hatte die „Bozner Zeitung“ geschrieben, ein autonomes Welschtirol wäre nur der Kern einer italienischen Zukunftsprovinz bis zum Brenner.

⁷⁰⁾ Nach „Bozner Zeitung“ 30. 7. 1901.

⁷¹⁾ Insbesondere „Bozner Zeitung“ 30. 7. und 8. 8. 1901.

⁷²⁾ SA. 2712 Bericht des Statthalters.

⁷²⁾ Da die Sache schief gegangen war, tat das Blatt so, als ob Kathrein keinen führenden Anteil an ihr gehabt hätte, und sprach vom „Grabmayrschen“ Projekt.

Entwurf überhaupt zuneigten, sahen ihn aber als einen durchaus endgültigen an, der die höchstmöglichen Zugeständnisse enthielt. Das konservative Führerblatt Tirols sprach am 11. Juni von den „Klagen einer italienischen Partei, deren Hauptgrund zur Unzufriedenheit die Zugehörigkeit zu Österreich bildet“ und bezeichnete den Entwurf als „eine gefährliche Halbheit“. Man versuche vergeblich dieses Mißgebilde mit dem „nur allzu durchsichtigen Schleier der Landeseinheit zu decken“. „Die Bildung einer rein italienischen Provinz an der exponiertesten Reichsgrenze ist wegen der Unzuverlässigkeit der Bevölkerung⁷³⁾, der Irredentistenpartei, politisch und militärisch nicht unbedenklich.“ Es solle die schwierige Lage der Regierung vielmehr benutzt werden, um sie zu nötigen, „die Sanierung der wirtschaftlichen Mißstände im Süden auf eigene Kosten zu übernehmen“.

Auch die Christlichsozialen waren mit dem Entwurf, wie wir schon wissen, nicht zufrieden⁷⁴⁾ und schlugen die Schaffung von vier Kreisvertretungen vor. Ihr Blatt, die „Brixener Chronik“, schrieb am 3. Juni: „Die Vertreter und Freunde des Autonomieprojektes behaupten nun allerdings, daß durch dieses die politische Landeseinheit nicht berührt werde; dasselbe bezwecke nur eine wirtschaftliche Trennung. Es scheint, daß sie hierbei teils bewußt, teils unbewußt einer folgenschweren Täuschung huldigen. Wird die ganze Landesverwaltung aufgeteilt, was bleibt dann noch gemeinsam. Die politische Einheit ist dann fast nur eine nominelle wie zwischen Österreich und Ungarn; sehr wahrscheinlich würde das ‚Trentino‘ dann die Rolle Ungarns in verstärktem Maße spielen, da es im angrenzenden Italien seinen Rückhalt finden würde. Aus guter Quelle erfahren wir, daß auch die christlichsoziale Parteileitung in Tirol, welche prinzipiell an der Einheit und Unteilbarkeit des Landes festhält, das Grabmayrsche Projekt ablehnte. Sollte aber die geplante Trennung des Landes nicht mehr aufzuhalten sein — die Christlichsozialen werden unseres Erachtens für dieselbe nie die Hand bieten —, so müßte wenigstens jedes faule Kompromiß zwischen Landeseinheit und administrativer Teilung bekämpft werden. Bei einer territorialen Abgrenzung beider Landesteile müßte jedenfalls die Forderung aufgestellt werden, daß die deutschen Gemeinden des Fleims- und Nonstales sowie der Bezirk Fassa an den deutschen Landesteil angegliedert werden und für die Erhaltung des Deutschtums in den deutschen Sprachinseln Welschtirols gesorgt werde.“ Das Blatt schlug zuerst drei, dann vier Kreisvertretungen in Tirol zu schaffen vor, mit den Sitzen in Innsbruck, Bozen, Trient und Rovereto. Das Gebiet einer Kreisvertretung deckt sich mit einer staatlichen Kreishauptmannschaft, durch deren Schaffung auch die Frage der Welschtiroler Statthaltereiabteilung in einer Weise gelöst worden wäre, die praktischen Interessen

⁷³⁾ Soll heißen der Intelligenzschicht der Bevölkerung.

⁷⁴⁾ Vgl. „Brixner Chronik“ vom 19. Jänner 1901. Sie gibt der Klage eines Mannes aus der deutschen Sprachinsel des Fersentales, östlich von Trient, Raum, in der es heißt, daß die deutschen und italienischen Abgeordneten jetzt friedlich beisammen sitzen, „um den ersten Schritt zu unternehmen, das alte und ehrwürdige Land Tirol, für dessen Einheit unsere Väter freudig Gut und Blut geopfert haben, zu teilen“, und verwahrt sich dagegen, daß durch diese Teilung Tirols die deutschen Sprachinseln Welschtirols „dem Rachen eines antiösterreichischen Radikalismus“ preisgegeben werden.

der Welschtiroler gedient hätte, ohne daß dem Statthalter die Übersicht über einen Teil seiner Provinz genommen worden wäre. Der staatliche Kreishauptmann wäre zugleich auch der Vertreter der Regierung bei den Kreisvertretungen gewesen. Auch in der konservativen Presse würde die Schaffung von Kreisvertretungen besprochen.⁷⁵⁾ Die Teilung Deutschtirols in zwei Verwaltungsbezirke ihrer landwirtschaftlichen Verschiedenheit entsprechend wäre einer Erwägung wert gewesen. Den Italienern wäre im Rahmen dieser Organisation eine gründliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, soweit insbesondere in letzterer Hinsicht eine Steigerung überhaupt noch denkbar war, gegeben gewesen, die Möglichkeiten zu staatspolitischen Aktionen wären aber bescheidener gewesen als in einem eigenen Landtag, und gerade darum ging es den italienischen Führern, so sehr sie dies auch in der Öffentlichkeit in Abrede stellen mochten.⁷⁶⁾ Begreiflich, daß dann in Welschtirol für Kreisvertretungen, die nicht den ganzen italienischen Landesteil in einer Hand vereinigten, wenig Interesse gezeitigt wurde.

Den Südtirolern aller deutschen Parteien blieb das irredentistische Losungswort „fino al Brennero“ im Ohr und man kann verstehen, daß hier der Widerstand am größten war, den Samen zu dieser Zukunftsfrucht des Irredentismus zu streuen. Der „Deutsche Volksverein für Südtirol“ forderte in einer Versammlung am 13. Juni 1901 die Zurückstellung der Autonomievorlage bis nach den Wahlen, die unter dem Motto der Autonomie in Szene gehen sollten. Vor der Erfüllung der Südtiroler Städteforderungen von 1890 dürfe den Italienern keine Autonomie gewährt werden. Alle Gemeinden des Landes mögen sich in diesem Sinne an den Landtag wenden.⁷⁷⁾ Die Vertrauensmänner der deutsch-fortschrittlichen Partei in Nordtirol schlossen sich dieser Kundgebung ihrer Gesinnungsgenossen an.⁷⁸⁾ Die Losung wurde aber von allen Parteien befolgt. Am 6. Juli fand der Autonomieausschuß in seinem Einlauf das Ersuchen von 128 Gemeinden, zum größten Teil konservativer und christlichsozialer Richtung, vor, die Autonomiefrage in den bevorstehenden Wahlen zu einer Entscheidung kommen zu lassen und wenn ein solcher Aufschub nicht möglich sein sollte, unbedingt den Südtiroler Städteforderungen Rechnung zu tragen.⁷⁹⁾ Eine Denkschrift, die von zahlreichen Mitgliedern des konservativen adeligen Großgrundbesitzes unterfertigt worden war, wollte überhaupt von der Autonomie nichts wissen. In der Liebe zum Lande groß geworden, hegten sie einen tiefen Widerwillen gegen alle völkischen Absonderungsbestrebungen, aber zugleich auch die feste Absicht, auf wirtschaftlichem Gebiete zu helfen, wo dies sehr notwendig war, während die kulturellen und

⁷⁵⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 25. 6. 1901, 4. 7. 1901.

⁷⁶⁾ Bei seinem Teilungsantrag im Jahre 1889 erklärte Dr. Dordi es am 26. 10. als unter seiner Würde, auf den Einwand zu antworten, daß die italienischen Abgeordneten politische Hintergedanken mit ihrem Antrag verbänden.

⁷⁷⁾ „Bozner Zeitung“ am 14. 6. 1901.

⁷⁸⁾ „Bozner Zeitung“ am 24. 6. 1901.

⁷⁹⁾ Die bejahende Einstellung so vieler Gemeinden des Landes, die den verschiedensten politischen Richtungen angehörte, zeigt, daß die Forderungen der Städte Bozen-Meran vom Jahre 1899 nicht nur den Willen der verhältnismäßig schmalen Schichte ihrer Schöpfer, sondern den des ganzen Landes verkörperten.

sprachlichen Rechte der Italiener die der Deutschen in der Praxis schon übertrafen.⁸⁰⁾ Darum richtete die Denkschrift an den Landtag „die dringende Bitte, allen auf politische und administrative Trennung des italienischen Landesteiles gerichteten Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegen zu setzen, jedoch bereitwilligst jene Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Schäden des südlichen Landesteiles zu heilen“.⁸¹⁾

Wir sehen eine aus verschiedenen Beweggründen genährte Abneigung gegen den vorliegenden Autonomieentwurf in Deutsch- und Welschtirol, die wohl von der Mehrheit der Landesbevölkerung geteilt wurde. Dies übersehen zu haben, war ein Fehler der Unterhändler, die sich gegenseitig so weit entgegengekommen waren. Den Entwurf von der Tagesordnung des Landtages gestrichen zu haben, war aber das Werk der italienischen Obstruktion.⁸²⁾

Der Stimmung der radikalen nationalen und sozialistischen Kreise Welschtirols entgegenkommend, entfesselten die italienischen Abgeordneten nach ihrer Heimkehr aus dem Landtag einen Versammlungsturm ob des „wortbrecherischen Verhaltens der deutschen Abgeordneten“. Sie trachteten, durch die gleichzeitige Ansetzung der Versammlungen ihre Überwachung zu erschweren, um so das Feuer ungestörter schüren zu können. Es mußten daher alle Bezirkshauptmannschaften die Urlaube sperren und kein politischer Beamter durfte seinen Bezirk verlassen.⁸³⁾ Die Befürchtungen von größeren Unruhen erfüllten sich aber nicht. Am höchsten konnte die Erregung in den Städten Trient und Revereto gesteigert werden, während sie in den kleineren Orten und gar auf dem Lande sehr gering war.⁸⁴⁾ Allgemein wurde in den Versammlungen die Fortsetzung des Kampfes um die Autonomie verlangt. Die Redner begründeten dies gerne mit der „Übervorteilung“ der Italiener durch die Deutschen im Lande. In Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse war es geradezu tragikomisch, wenn die Sozialisten die Autonomie mit der Begründung forderten, damit sich die Deutschen nicht länger auf Kosten des italienischen Landesteiles bereichern könnten, und mit diesem Unsinn Wähler fangen konnten.⁸⁵⁾ Ende Juli verebbte die Bewegung, so daß auch die Vorsichtsmaßnahmen der Bezirkshauptmannschaften aufgehoben werden konnten.⁸⁶⁾

Innenpolitisch bedeutsam wurde auch ein anderer mißglückter Ausgleich im Lande, nämlich der zwischen den Christlichsozialen und den

⁸⁰⁾ Vergleiche Seite 418.

⁸¹⁾ Das Autonomieprojekt von 1901, Seite 45 ff. Denkschrift vom 25. Juli 1901.

⁸²⁾ Angesichts dieser Tatsache erwartete die Regierung keine Annahme des Ausgleichs im Landtag, doch hatte sie für den gegenteiligen Fall den Statthalter angewiesen, zu erklären, „daß die gefaßten Beschlüsse des Landtages die wohlwollendste Prüfung seitens der Regierung finden werden“.

⁸³⁾ SA. 3. I. 115/3062 Weisung des Statthalters vom 8. 7. 1901.

⁸⁴⁾ So berichtete der Bezirkshauptmann von Cles, daß die Versammlung hier aus allen Schichten der Bevölkerung gut besucht war, daß sich aber das Publikum sehr kühl verhalten habe. (SA. 3. I. 115/3062 Bericht vom 13. 7. 1901.)

⁸⁵⁾ SA. 3524 ad 3. I. 115/3062 Bericht über die Autonomieversammlung in Riva, wo Cesare Battisti sprach.

⁸⁶⁾ Weisung des Statthalters vom 3. 8. 1901, SA. 3524 ad 3. I. 115/3062.

Konservativen. Die Christlichsozialen führten aus völkischen, sozialen und persönlichen Gründen einen erbitterten Kampf gegen die Konservativen, der an Heftigkeit und gegenseitiger Gehässigkeit kaum zu überbieten war. Als die Konservativen auf ihrem Parteitag in Sterzing im Oktober des Jahres den Kampfruf ausgaben: „Die alte Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht“, hatten sie damit die Wahrheit, aber auch ihr Urteil gesprochen.⁸⁷⁾

Im ganzen Lande wurde der Wahlkampf unter dem Eindruck der eben gescheiterten Autonomieverhandlungen ausgefochten. Fast einmütig lehnten alle Parteien den Entwurf des Ausschusses ab, einmütig waren sie aber auch für ein Entgegenkommen gegenüber berechtigten italienischen Wirtschaftswünschen. Im Sterzinger Parteiprogramm beschlossen die Konservativen: „Wir werden insbesondere auch die Rechte unserer italienischen Nachbarn im Lande respektieren, wir verwerfen ausdrücklich die phantastischen Pläne einer Germanisierung des italienischen Landesteiles⁸⁸⁾ als ungerecht und nicht durchführbar. Wir werden bemüht sein, einen Ausgleich mit Italienisch-Tirol herbeizuführen, welcher ebensowenig der materiellen Wohlfahrt beider Landesteile als der geschichtlichen Einheit des Landes abträglich ist.“⁸⁹⁾ Bestimmter äußerten sich die Christlichsozialen zu gleicher Zeit zur Frage: „Unser engeres Vaterland betreffend, treten wir mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der Einheit des Landes Tirol ein und bekämpfen darum in demselben Maße alle Bestrebungen, welche aus Übertreibung der nationalen Idee direkt auf die Trennung des Landes hingerichtet sind; wir weisen aber auch solche Maßnahmen ab, welche einen Zustand schaffen, der nach unserer Überzeugung die Trennungspläne begünstigt und deren Gelingen vorbereitet. Im Rahmen der Landeseinheit sind wir aber für einen zweckmäßigen Ausbau der autonomen Verwaltung und glauben, daß im Lande nach territorialen und historischen Rücksichten abzugrenzende Verwaltungsgebiete geschaffen werden sollen (Kreise) mit eigenen Kreisvertretungen als Mittelglied zwischen Landtag, beziehungsweise Landesauschuß einerseits und den einzelnen Gemeinden anderseits.“⁹⁰⁾ Auf ihr Programm⁹¹⁾ hin konnten die Christlichsozialen die

⁸⁷⁾ „Bozner Zeitung“ 7. 11. 1901.

⁸⁸⁾ Von der die Alldutschen zu reden liebten. Bezeichnenderweise vermochten sie nie einen größeren Anhang mit solchen Gedanken in Tirol zu erwerben.

⁸⁹⁾ „Tiroler Tagblatt“ 31. 10. 1901.

⁹⁰⁾ „Brixner Chronik“ 12. 10. 1901.

⁹¹⁾ Wenn auch, wie gesagt, das soziale Moment bei den Wahlen den Ausschlag gegeben haben mochte, so war es in dieser von nationalen Spannungen erfüllten Zeit auch nicht ohne Bedeutung, was die Christlichsozialen Tirols zur nationalen Frage zu sagen hatten, für die sie gemäß der grenzdeutschen Geburtsstätte ihrer Partei (Brixen) nicht unaufgeschlossen waren, wenn auch radikale Formulierungen, wie sie auf der äußersten Linken üblich waren, keinen Eingang finden konnten. Im Programm heißt es: „Dabei erachten wir es als Recht und sittliche Pflicht, auf die Rechte der eigenen Nation zu sehen . . . Die Berücksichtigung der nationalen Interessen darf aber nicht derart einseitig geschehen, daß dadurch die Einheit des Staates oder eine geordnete Staatsverwaltung gefährdet wird.“ Die größere Aufgeschlossenheit ehemals konservativer Kreise für die nationalen Fragen scheint auch an amtlicher Stelle bemerkt worden zu sein. In einem Konzept des Statthalters finden wir die folgende Bemerkung (die allerdings aus irgendwelchen Gründen gestrichen worden ist): „So

Zahl ihrer Mandate auf Kosten der Konservativen auf 10 erhöhen, doch war ihr Erfolg wohl in erster Linie auf ihre Stellung in sozialen Fragen zurückzuführen.

Auf der Linken begann der Zusammenbruch der altliberalen Partei im Wahlergebnis sichtbar zu werden. Ihre alten Größen, wie Blaas, Hepperger, Falk und Payer, konnten sich vor ihren bisherigen Wählern nicht mehr durchsetzen. Die von Dr. Eduard Erler im Jahre 1901 gegründete Deutsche Volkspartei trat in weitem Ausmaß das Erbe an.⁹²⁾ Die Partei besaß noch kein Programm, aber nach den in der Gründungsversammlung unwidersprochen gebliebenen Grundsätzen des Parteigründers Dr. Eduard Erler war die Autonomiefrage so zu lösen, daß den Deutschen weder national noch wirtschaftlich Abbruch getan wird. Wie alle Parteien des Landes erkannte auch die deutsche Volkspartei die Forderungen der Städte Bozen-Meran vom Jahre 1899 als berechtigt und als Grundlage eines Ausgleiches an. In Bezug auf die strittigen Landesfragen hieß dies, daß die Italiener auf die Führung der italienischen Linie der Fleimsbahn verzichten und die Angliederung des Fassatales an den deutschen Landesteil zulassen mußten.⁹³⁾ Selbst die liberale „Meraner Zeitung“ schrieb zu den Wahlen, Ziel ihrer Partei in der Autonomiefrage sei: „Eine nationale Selbstverwaltung für beide Landesteile, ohne das Wesen der von uns hoch gehaltenen Landeseinheit und wichtige gesamtstaatliche Interessen zu opfern.“⁹⁴⁾ Das war wenig klar gesagt, war aber im übrigen bedeutungslos, weil das Blatt nur mehr die Interessen des liberalen Großgrundbesitzes vertrat.

In beiden Landesteilen und in beiden weltanschaulichen Lagern hatte sich der soziale und nationale Gedanke in verschiedenem Maße durchgesetzt. In Welschtirol endigten die Wahlen mit einem vollständigen Sieg der verbündeten Nationalkonservativen und Nationalliberalen. Die irredentistischen Sozialisten waren — natürlich nicht aus nationalen Gründen — bei dem Abkommen zwischen den beiden erstgenannten Parteien ebenso wie die altkonservativen Italiener ausgeschaltet worden und daher leer ausgegangen.⁹⁵⁾

Ein Triumph ist den Anhängern der Autonomie in Welschtirol in diesem enttäuschungsschweren Jahre 1901 doch gegönnt gewesen: die Enthebung des von ihnen bestgehaßten Tiroler Statthalters Grafen Mer-

vollzieht sich unter dem Einfluß deutschnationaler und radikaler Parteien immer deutlicher auch bei ihren Gegnern im deutschen Lager ein Wechsel der Auffassung dieser Frage (natürlich der Welschtiroler Autonomiefrage) in dem Sinne, daß dieselbe, die bis vor kurzem auf deutscher Seite als eine staatsrechtliche und finanzielle behandelt wurde, nunmehr zu einer nationalen Machtfrage geworden ist.“ Bericht des Statthalters vom 2. 12. 1901, SA. 3. I. 115/5284.

⁹²⁾ SA. 3. I. 115/5137. Statthalter Merveldt hat die Lage richtig gesehen, wenn er in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in einem Bericht über die Stellung der Parteien zur Autonomiefrage an den Ministerpräsidenten schrieb: Die erst vor kurzem gegründete Deutsche Volkspartei dürfte, von einigen Altliberalen und Alldutschen abgesehen, die gesamte freisinnige Bevölkerung in sich schließen. Vgl. den Versammlungsbericht im „Tiroler Tagblatt“ vom 29. 9. 1901.

⁹³⁾ SA. 3. I. 115/5137, „Tiroler Tagblatt“ 29. 9. 1901. Siehe auch „Tiroler Tagblatt“ 1. 12. 1901, 25. 7. 1901.

⁹⁴⁾ „Meraner Zeitung“ 13. 10. 1901.

⁹⁵⁾ „Brixner Chronik“ 13. 8. 1901.

veldt von seinem Amte.⁹⁶⁾ Als die Nachricht in Trient bekannt wurde, veranstalteten die Autonomisten unter den Rufen: „Evviva l'autonomia, abasso Merveldt!“ einen Freudenumzug.⁹⁷⁾ Wie irrten die Italiener, wenn sie glaubten, einen Feind ihres Landesteiles vertrieben zu haben. Wie selten ein Statthalter, hat sich Merveldt gerade um die wirtschaftlichen Interessen der Italiener bemüht. Er war es, der ihre Abstinenz bekämpfte, er war es aber auch, der während ihrer Dauer bedacht war, daß der Bevölkerung des italienischen Landesteiles kein großer Schaden daraus erwachse. Er lehnte die Autonomie aus staatspolitischen Gründen ab, aber nicht zuletzt auch deshalb, weil sie für Welschtirol den wirtschaftlichen Ruin bedeutet hätte. Denn so berichtete Merveldt einmal nach Wien: „Durch die Lösung des einheitlichen Landesverbandes würde der wirtschaftlich schwächere Teil des Landes vom leistungsfähigeren losgelöst und ausschließlich auf seine eigenen durch drückende Gemeindelasten schon sehr in Anspruch genommenen Hilfsquellen angewiesen werden.“⁹⁸⁾

⁹⁶⁾ Kollmer: Parlament und Verfassung VIII Seite 302.

⁹⁷⁾ „Meraner Zeitung“ 13. 12. 1901.

⁹⁸⁾ SA. 1205 Bericht des Statthalters vom 6. 3. 1901.

Der Schlußkampf.

Zur Leitung der Innsbrucker Statthalterei wurde nach dem Abgang des Grafen Merveldt der bisherige Sektionschef im Innenministerium Erwin Freiherr von Schwarzenau bestellt. Mit ihm setzte sich Kathrein sofort bezüglich der Autonomiefrage in Verbindung.¹⁾ Schwarzenau wurde allgemein als Ausgleichsstatthalter betrachtet, doch nahm er in seiner Rede beim Amtsantritt keinen Bezug auf die Autonomiefrage.²⁾ Als er aber im März auf seiner Besichtigungsreise nach Trient kam, spielte er in seinem Trinkspruch beim Festessen der Stadt Trient auf die unaufrichtige Kampfweise der italienischen Abgeordneten und insbesondere auf die immer wieder von italienischer Seite gemachte Behauptung an, daß Welschtirol durch den Zusammenhang mit Deutschtirol leide: „Noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen, aber er steht vielleicht schon“, wie der Statthalter zukunftsfröh sagte, „in Kürze bevor, in welchem überall das öffentliche Wohl nicht durch agitatorische Phrasen, welche in die unruhige, ihren eigenen Vorteil verkennende Menge geworfen werden, sondern durch einen ernsten und würdigen Kampf der Geister und wirtschaftlichen Kräfte entschieden werden wird.“³⁾ Der gleichen Richtigstellung diene eine zu gleicher Zeit in Lecco in italienischer Sprache erschienene Schrift: „Die Frage des Trentino betrachtet unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Gesichtspunktes.“⁴⁾ Die Schrift wies an Hand von Zahlen nach, daß Welschtirol im Falle einer autonomen Verwaltung bedeutende Steuererhöhungen in Kauf nehmen müßte, um den Ausfall der bisher vom deutschen Landesteil geleisteten Zuschüsse wettzumachen. Sie kommt daher zu dem Schlusse, daß die weitere einheitliche Verwaltung beider Landesteile für Welschtirol von höchstem wirtschaftlichen Nutzen ist, die zehnjährige Abstinenz hingegen hat Welschtirol keine Hilfe gebracht. Diesen wirtschaftlichen Beweggründen entspringenden Standpunkt haben die italienischen Christlichsozialen, als sie wenige Jahre später zur Führung im Lande kamen, zum Wohle ihres Landes restlos verwirklicht.

Wie die Ersetzung des Statthalters Merveldt durch Freiherrn von Schwarzenau, so wurde auch die Ernennung des bisherigen Chefs des Preßdepartements im Innenministerium, Dr. Richard Forstner, Freiherr von Billau, zum Leiter der Trienter Bezirkshauptmannschaft als ein Ein-

¹⁾ „Meraner Zeitung“ 20. 12. 1901.

²⁾ „Tiroler Tagblatt“ 24. 12. 1901.

³⁾ „Bozner Zeitung“ 18. 3. 1902. Der Statthalter sprach diesen Satz, nachdem er vorher festgestellt hatte, daß er sich freue, die Stadt Trient in so gutem Zustand zu sehen, und nicht, wie so oft berichtet worden ist, vernachlässigt vorgefunden habe.

⁴⁾ „La questione Trentina considerata specialmente sotto di vista economico-amministrativo. Studio di un patriota pratico e positivo.“ Lecco 1902.

lenken der Regierung gedeutet.⁵⁾ Es schien, als ob die Regierung die 1896 auf Drängen Merveldts lahmgelegte Statthaltereiabteilung in Trient neu einrichten wollte. Die „Neuen Tiroler Stimmen“ schrieben am 23. April im Zusammenhang mit dieser Ernennung: „Das Zentrum hat immer den Standpunkt vertreten, daß der frühere Status in Tirol wieder hergestellt werden müßte und der Führer desselben, Kathrein, hat jedenfalls einen Hauptanteil daran, wenn diese Umkehr wirklich erfolgt ist.“ Diese Nachrichten waren übereilt, aber nicht ganz unbegründet; zumindest ist es eine Tatsache, daß Freiherr von Billau einen Plan zu dieser Neuerrichtung ausgearbeitet hat.⁶⁾

Im Mai 1902 traten die Verhandlungen der Regierung und der Parteien in einen entscheidenderen Zustand. Die Italiener und Kathrein bestanden auf selbständige Landtagskurien mit Budgetrecht, was die Regierung nicht zubilligen wollte.⁷⁾ Natürlich wollten die Italiener auch wieder Teilung des Landesausschusses, Landesschulrates und der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes. Sie verlangten, daß diese Teilungen sofort wenigstens durch die Annahme eines Rahmengesetzes im Landtag vorgenommen werden würden.⁸⁾ Während bei der Regierung die ausgedehnten Teilungen, auch im Interesse der wirtschaftlichen Lage des italienischen Landesteiles, auf Widerstand stießen, waren die Schwierigkeiten der deutschen Parteien vornehmlich bei der Ausarbeitung des Entwurfes im Einzelnen zu erwarten. (Fassafrage, Fleimsbahn...)

Die Bemühungen des Statthalters, die Italiener zu einer Einschränkung ihrer Forderungen zu bewegen, schienen eine erfolgreiche Fortsetzung der Verhandlungen zu sichern. In einer Besprechung mit den konservativen Abgeordneten Geiger, Kathrein, Pusch, Wackernell und Wildauer teilte er mit, daß die Italiener nicht mehr auf der Teilung des Landtages bestünden und er habe mit ihnen vereinbart, daß nur der Landesauschuß, Landesschulrat und die Kurie des adeligen Großgrundbesitzes geteilt werden sollen. Die deutschen Schulen im italienischen Landesteil und die italienischen im (ladinischen Gebiet des) deutschen Landesteiles sollten einem gemeinsamen Landesschulrat unterstellt werden. Gemeinsam sollte das Budget bleiben, wogegen sich aber die konservativen Abgeordneten wandten, weil bei dieser Regelung der ganzen Frage der deutsche Landesteil weiter hätte Überzahlungen zugunsten des italienischen leisten müssen, obwohl sein politischer Einfluß in diesem auf ein Mindestmaß herabgesetzt worden wäre. Ungeklärt war geblieben, wie man dem italienischen Wunsche auf Verhinderung einer Überstimmung in völkischen Angelegenheiten praktisch auf gesetzgeberischem Wege gerecht werden konnte.⁹⁾ Dennoch lud der Statthalter die Vertreter aller Landtagsparteien für den 21. Juni zu einer gemeinsamen Besprechung ein.¹⁰⁾ Einleitend machte er die Feststellung, daß die Autonomieangelegenheit eine wirtschaftliche Frage sei,

⁵⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 23. 4. 1902, „Burggräfler“ 26. 4. 1902.

⁶⁾ SA. ad 3. I. 115.

⁷⁾ Nachlaß Kathrein: Briefwechsel Kathrein-Statthalter vom 4. und 10. 5. 1902.

⁸⁾ Nachlaß Kathrein.

⁹⁾ Nachlaß Kathrein.

¹⁰⁾ Fortgesetzt am 28. 6. 1902. (Nachlaß Kathrein.)

bei der allerdings auch nationale Beweggründe eine Rolle spielen (ohne jedoch das staatspolitische Moment, das für die Regierung das wesentlichste war, zu erwähnen). Die Regierung könne dem Standpunkt nicht zustimmen, die Italiener sollen, wenn sie besondere Verwaltungseinrichtungen wollen, diese selbst bezahlen; es müsse vielmehr wie bisher der wirtschaftlich Stärkere dem wirtschaftlich Schwächeren zu Hilfe kommen. In diesem Sinne sei die Regierung mit jeder Lösung einverstanden, die die Einheit des Landes wahre und nicht einen Landesteil dauernd schwäche. In Übereinstimmung mit der Mitteilung des Statthalters verlangte Malfatti im Namen der Italiener nur die Teilung des Landesausschusses und Landesschulrates und der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes. Die Christlichsozialen traten wieder für die Schaffung von Kreisvertretungen in Tirol ein, die jedoch der Statthalter ablehnte. Die Konservativen und Liberalen waren mit dem italienischen Vorschlag einverstanden. Wichtiger als der Standpunkt der Liberalen war der ihrer mehr völkisch eingestellten Erben aus der neu gegründeten Deutschen Volkspartei. Diese sahen eine Teilung des Landesausschusses nicht gerne und verlangten zumindest vorerst eine genaue Umgrenzung des Tätigkeitsbereiches der Sektionen. Gleicher Ansicht waren die Christlichsozialen, die auch die Frage der Wahlreform in die Verhandlungen hereinziehen wollten. Der Deutschnationale Dr. Wenin war gegen eine Teilung des Landesausschusses. So war man zunächst nur so weit gekommen, daß man den italienischen Antrag für besprechbar erklärt hatte.¹¹⁾

Am 25. Juni 1902 trat der neue Landtag zusammen und jedermann im Lande wußte, daß seine Arbeitsfähigkeit allein von den Ergebnissen der Beratungen in der Autonomiefrage abhängig war. Der italienische Antrag auf Einsetzung eines Autonomieausschusses am 26. Juni wurde einstimmig angenommen, zuzüglich eines Antrages Grabmayrs, daß der Ausschuß bei der Schaffung von autonomen Einrichtungen nicht nur auf die Einheit des Landes, sondern auch auf die Sicherung der völkischen und wirtschaftlichen Interessen der Deutschen achten solle. Dieser Zusatzantrag wurde mit den Stimmen der Italiener angenommen, doch sollte gerade er Anlaß zum Rückzug der Italiener von den Verhandlungen werden.

Am 30. Juni begannen die Verhandlungen des Autonomieausschusses. Nachdem die Italiener ihre Forderungen auf die Teilung des Landesausschusses, Landesschulrates und des Großgrundbesitzes sowie auf Schutz gegen Überstimmung in nationalen Fragen beschränkt hatten, bot die sachliche Abgrenzung keine übermäßigen Schwierigkeiten. Die anfänglichen Widerstände und Vorbehalte der Nationalen und der Christlichsozialen waren eingedämmt worden. Die Teilung des Landesausschusses und des Landesschulrates wurde einstimmig angenommen. Dadurch wurde den Italienern die selbständige Regelung und Überwachung der Gemeinde-¹²⁾, Schul-, Wohlfahrts- und Sanitätsangelegenheiten überlassen; ebenso die Vorberatung und Antragstellung von Gesetzen, die sich auf ihren Landesteil allein beziehen. Zur Besorgung

¹¹⁾ Nachlaß Kathrein.

¹²⁾ Damit wäre den Italienern die Möglichkeit gegeben, in ihre verfahrenere Gemeindefirtschaft Ordnung zu bringen, deretwegen in Welschtirol die Gemeindelasten im Verhältnis ein Vielfaches derer in Deutschtirol betragen.

dieser umfangreichen Verwaltungsarbeiten mußten den Italienern entsprechende Mittel überantwortet werden. Im eigenen Interesse vertraten die deutschen Parteien den billigen Standpunkt, daß die Italiener von nun an nicht nur ihre Schulen selbst verwalten, sondern auch selbst erhalten sollten. Es solle daher das Landeseinkommen nach einem bestimmten Schlüssel geteilt werden und es war nun die Frage, wie der Schlüssel erstellt werden sollte. Die Landesabgaben des italienischen Landesteiles betrug nach den Aufstellungen des Konservativen Wackernell nur 29,1 % der Gesamtabgaben der Landesbevölkerung.¹³⁾ Der Statthalter vertrat aber im Interesse der italienischen Bevölkerung die Ansicht, daß man bei der Aufstellung des Schlüssels nicht nur die Steuerleistung der Bevölkerung, sondern auch ihre Kopfzahl berücksichtigen solle und schlug eine Teilung des Landeseinkommens im Verhältnis von 33 zu 67 vor. Trotzdem damit die Deutschen weiterhin eine Überzahlung zugunsten des italienischen Landesteiles leisteten, führen sie bei dieser Regelung nicht schlecht, da ihre bisherige Überleistung noch größer gewesen war.¹⁴⁾ Der Vorschlag des Statthalters wurde mit allen deutschen und italienischen Stimmen gegen eine angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Beschluß angenommen, daß alle Landesauslagen für Straßen- und Wasserbauten und zur Förderung von Handel, Industrie und Landwirtschaft nach demselben Schlüssel geteilt und die entsprechenden Anteile den Vertretern des italienischen Landesteiles zur Verwendung nach eigenem Gutdünken zur Verfügung gestellt werden sollen. Einen besonderen Landeskulturrat hatte der italienische Landesteil schon seit der Schaffung dieser Einrichtung im Jahre 1881. Die Teilung der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes wurde mit sechs gegen vier Stimmen angenommen; hier gab es parteipolitische Schwierigkeiten. Der Teilungsschlüssel für die zehn Mandate dieser Kurie wurde mit 3:2 festgesetzt.

So verhältnismäßig leicht eine Einigung über die sachliche Abgrenzung zu finden gewesen war, so hoffnungslos gestalteten sich die Bemühungen, den räumlichen Bereich in einer beide Völker befriedigenden Weise zu bestimmen. Gleich am ersten Beratungstag hatte Brugnara erklärt, daß eine Überweisung des ladinischen Fassatales an die deutsche Abteilung des Landesausschusses für die Italiener nicht annehmbar wäre. Die Linke, abgesehen von dem Kreis um Grabmayr, die Christlichsozialen und ein Teil der Konservativen bestanden aber auf dieser Überweisung ebenso wie auf die der deutschen Grenzgemeinden im italienischen Landesteil und die Sicherung der deutschen Inselgemeinden. Schließlich wurde ein Ausweg darin gefunden, daß nur die vier Nonsberger Gemeinden und Altrei und Truden dem deutschen

¹³⁾ Die italienische Bevölkerung betrug aber rund 40% der Landeseinwohnerschaft.

¹⁴⁾ Bisher waren rund 40% der Landesausgaben dem italienischen Landesteil zugute gekommen. Besonders deutlich zeigt sich die Überleistung des deutschen Landesteiles zugunsten des italienischen im Schulwesen. Die Frage besaß wegen der notwendigen Erhöhungen der Lehrergehälter besonderes Interesse. Bisher hatte das Land 20% der Lehrergehälter getragen. Würde es die gesamten Kosten übernehmen, so würde dies bei einer nach Landesteilen getrennten Erhebung in Deutschtirol eine Erhöhung der Landesumlagen um 14%, in Welschtirol aber um 40% bringen. („Burggräfler“ 29. 1. 1902.)

Landesteil angegliedert werden sollten. Für das Fassatal und die deutschen Inselformen sollte der neben den deutschen und italienischen Abteilungen des Landesausschusses und Landesschulrates in der bisherigen Form bestehende bleibende gemeinsame Landesausschuß und Landesschulrat zuständig sein. Um den Italienern die Zustimmung hiezu zu erleichtern, schlug Abg. Wackernell auf Anregung des Statthalters vor, daß auch die im deutschen Landesteil gelegenen ladinischen Gebiete von Ampezzo und Buchenstein dem gemeinsamen Landesausschuß und Landeskulturrat untergeordnet bleiben sollten. Die endgültige Formulierung dieses Fragenkreises lautete also im Protokoll des Autonomieausschusses: „Dem gemeinsamen Landesausschuß und Landesschulrat bleiben in allen Angelegenheiten untergeordnet die Gemeinden der Gerichtsbezirke Ampezzo, Buchenstein und Fassa, ferner die Gemeinden Luserna, Floruz-Gereut und Palai. Der italienischen Abteilung des Landesausschusses und Landesschulrates werden unterstellt die Stadtgebiete Trient und Rovereto sowie die politischen Bezirke Borgo, Cavalese, Cles, Primiero, Riva, Rovereto, Tione und Trient mit Ausschluß der Gemeinden St. Felix, Proveis, Laurein, U. L. Frau im Walde des politischen Bezirkes Cles und Altrei und Truden des politischen Bezirkes Cavalese. Alle übrigen Gemeinden des Landes unterstehen der deutschen Abteilung des Landesausschusses und Landesschulrates.“¹⁵⁾

Mit diesen Sätzen schließt auch das Protokoll, welches datiert ist mit „Innsbruck am 9. Juli 1902“ und von den Abgeordneten Dr. Kathrein als Obmann und Dr. Conci und Dr. Pusch als Schriftführer unterzeichnet ist. Die „Neuen Tiroler Stimmen“ schrieben zu diesem Ergebnis am 10. Juli, daß die Italiener ihm noch nicht zugestimmt und sich die Entscheidung noch vorbehalten haben. Mit diesem Entwurf, meinten sie, wären wir also „glücklich bei der Dreiteilung Tirols“ angelangt.

Am 14. Juli fand auf Wunsch der italienischen Abgeordneten noch eine Sitzung statt, bei der das Protokoll des Ausschusses einer nochmaligen Durchsicht unterzogen wurde. Von Perathoner lag ein Schreiben vor, daß er an den Sitzungen des Ausschusses nicht weiter teilnehmen wolle, weil der Entwurf eine Gestalt angenommen habe, der er nicht zustimmen könne. Perathoners Verstimmung rührte insbesondere daher, daß durch die Annahme eines konservativen Antrages der Einfluß der Linken im Landesschulrat lahmgelegt worden wäre, doch wurde dieser Antrag von den Konservativen in dieser Sitzung wieder zurückgezogen. Allerdings klagte auch Perathoner über die geringe Erfüllung der Südtiroler Städteforderungen von 1899, die von der Linken immer als Voraussetzung einer italienischen Autonomie betrachtet worden war.¹⁶⁾ Als in der letzten Sitzung nun eine ihrer wesentlichsten Fragen, nämlich die der Fleimstalbahn, von Grabmayr angeschnitten wurde, wuchsen die Gegensätze rasch. Die Christlichsozialen brachten auch noch die Frage der Vintschgaubahn zur Sprache. Vergeblich suchte der Statthalter diese Fragen, die aus dem Protokoll glücklich herausgehalten worden waren, auszuschneiden. Grabmayrs Antrag, von der

¹⁵⁾ Nach dem handschriftlichen Protokoll des Ausschusses aus dem Nachlaß Pusch (Pusch war Schriftführer im Ausschuß), nach Notizen aus dem Nachlaß Pusch und Kathrein. Vgl. d. Wortlaut des Protokoll in Beilage 4.

¹⁶⁾ Vergleiche die Forderungen der Südtiroler Städte Seite 480.

Regierung die endliche Konzession der deutschen Linie der Fleimstalbahn zu verlangen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ein Teil der Konservativen hatte mit den Italienern dagegen gestimmt, wohl wie Kathrein in der Hoffnung, so den Ausgleich zu retten.¹⁷⁾

In Deutsch-Südtirol waren die Ansichten geteilt. Ein Antrag in einer Versammlung des Deutschen Volksvereines für Südtirol, an der führende Politiker der Linken wie Grabmayr und Perathoner teilnahmen, jede Autonomie zu verwerfen, wurde abgelehnt, doch wurde die Unterstellung des Fassatales und der deutschen Inselgemeinden in Welschtirol unter den gemeinsamen Landesausschuß als das letztmögliche Entgegenkommen bezeichnet und erneut auf die Erfüllung der Städteforderungen bestanden.¹⁸⁾ Die Christlichsozialen hatten nur notgedrungen ihren Plan der Schaffung von Kreisvertretungen aufgegeben. Ihr Versuch, die Autonomiefrage mit der der Wahlreform und verschiedenen wirtschaftlichen Wünschen der Südtiroler zu verknüpfen war nicht geglückt. Die Christlichsozialen hegten in ihrem Blatt die Befürchtung, daß der Teilung des Landesausschusses die des Landtages folgen werde, da dies das letzte Ziel der Italiener zunächst sei.¹⁹⁾ Ein Teil der Konservativen war mit der Lösung durchaus nicht einverstanden. Sie konnten mit Recht darauf hinweisen, daß dem italienischen Landesteile nach Aussage seiner eigenen Vertreter wirtschaftliche Hilfe not tue; die im Ausschuß beabsichtigte Neuregelung der Landesordnung verbürgt eine solche nicht nur nicht, sondern bringt trotz der auf Wunsch des Statthalters beschlossenen Finanzteilung eine geldliche Belastung Welschtirols, die die italienischen Abgeordneten heute wie ehemals nur um der größeren politischen Unabhängigkeit von Deutschtirol in Kauf zu nehmen bereit waren. Eine andere Frage war, ob das Volk auf die Dauer damit einverstanden gewesen wäre. Ähnliche Gedanken äußerten die „Neuen Tiroler Stimmen“: Seit der Abtretung Venetiens sei Österreich nicht mehr mit einer geschlossenen italienischen Provinz belastet, denn überall sei ein slavisches oder deutsches Gegengewicht vorhanden. Nun will man eine solche Provinz künstlich schaffen. „Die Italiener verlangen nicht Gleichberechtigung, nicht Zugeständnisse an ihre Sprache, keine innere Amtssprache, denn sie besitzen alles dies im ausgedehntesten Maße. Was sie verlangen, ist — Separation.“²⁰⁾ Nach der „Bozner Zeitung“ hat auch die Nachricht des „Alto Adige“ von der Unnachgiebigkeit der Italiener in der Fassa- und Fleimsbahnfrage und insbesondere davon, daß die Italiener in den Zugeständnissen des Autonomieausschusses erst einen Beginn sehen, die Stimmung der deutschen Bevölkerung ungemein verschlechtert.²¹⁾

Die italienischen Abgeordneten erklärten, über den Entwurf des Autonomieausschusses ihre Wähler entscheiden zu lassen, und lieferten damit den Ausgleich der Agitation der im Landtag nicht vertretenen ärgsten Radikalen aus.

¹⁷⁾ Wie ¹⁸⁾.

¹⁸⁾ „Bozner Zeitung“ 8. 7. 1902.

¹⁹⁾ „Brixner Chronik“ 15. 7. 1902.

²⁰⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 10. 7. 1902.

²¹⁾ Bericht der „Bozner Zeitung“ 12. 7. 1902.

In der von den Abgeordneten Dr. Bertolini und Dr. Brugnara einberufenen Wählerversammlung in Trient fiel praktisch die Entscheidung. Beide Abgeordneten vertraten die Ansicht, daß der Autonomieentwurf, für den im Landtag eine Mehrheit gesichert schien, an der Fassafrage nicht scheitern dürfe. Auch müsse man berücksichtigen, ob die Fassaner wirklich ein italienisches Nationalgefühl zeigen und ob sie nicht wie in der Wirtschaft so auch in der Gesinnung Bozen zuneigen.²²⁾ Schon schien die Versammlung mit den Rednern eines Sinnes zu sein, als der eben erschienene Abg. Dr. Morandini das Wort ergriff und in leidenschaftlicher Rede die Versammlung aufforderte, sie möchte doch nicht die Fassaner „verraten“. So kam es, daß die Versammlung wegen der paar tausend Ladinier im Fassatal gegen den Ausgleich Stellung nahm.²³⁾ Dieser Stimmung ist dann die Mehrzahl der Versammlungen erlegen. Die italienische Presse tat ein übriges, um die Lage zu verschärfen. Die konservativen Italiener waren mit dieser Wendung der Dinge nicht zufrieden und auch die Nationalliberalen gaben nur allmählich dem ungestümen Drängen der Radikalistern nach.²⁴⁾ Nach der Ablehnung des Autonomieentwurfes durch die Mehrzahl der italienischen Wählerversammlungen konnte sein Schicksal im Landtag auch nicht mehr zweifelhaft sein und der Statthalter schloß den Landtag, ohne erst den Entwurf in eine aussichtslose Verhandlung kommen zu lassen.

In der Folgezeit ist dieser Ausgang von allen einsichtigen Italienern bedauert worden. Der Sozialistenführer Dr. Piscel, ein Kampfgenosse Battistis, schrieb zu diesem Ereignis an Scipio Sighele: Das Nein der Trentiner macht mir denselben Eindruck, wie wenn die Lombarden 1859 auf den Anschluß an Italien verzichtet hätten, weil Venetien unter österreichischer Herrschaft blieb. Das „Italienerntum“ des Fassatales wäre nicht gefährdet gewesen.²⁵⁾ Noch hofften die Freunde einer billigen Verständigung, daß sich die erregten Gemüter über den Sommer beruhigen würden und der Entwurf auf einem zu diesem Zweck im September einzuberufenden Landtag doch noch angenommen werden würde. Kathrein scheute zu diesem Ende keine Mühe und nahm mit den zur

²²⁾ Man beachte, daß die Italiener bei der getroffenen Regelung eigentlich nichts verloren, weil für das strittige Gebiet nur der bisherige Zustand aufrecht blieb und die Deutschen ein ungleich größeres ladinisches Gebiet einer gleichen Regelung überließen. Man vergesse nicht, daß in dem armen Fassatal nur 4000 Ladinier wohnten. Wie berechtigt aber die Forderung der Deutschen nach Angliederung des Bezirkes Fassa an den deutschen Landesteil war und wie sehr die Ladinier selbst diesem Landesteile zuneigten, hat eine spätere Zeit überzeugend erwiesen. Als der neue Herr im Jahre 1918 im Lande einmarschiert war und alle deutschen Gemeinden vom Brenner bis Salurn eine Bittschrift an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson abfaßten, er möge die Abtrennung Deutschsüdtirols und seine Zuweisung an Italien nicht zulassen, da setzten in dieser Zeit tiefsten Niederganges des alten Vaterlandes nicht nur die ladinischen Gemeinden des deutschen Landesteiles ihre Unterschrift unter dieses Gesuch, sondern auch die bis zuletzt dem italienischen Landesteil zugeteilt gebliebenen ladinischen Gemeinden des Fassatales.

²³⁾ SA. ad 115 Bezirkshauptamtn von Trient an den Statthalter am 13. 7. 1902.

²⁴⁾ Vgl. Scipio Sighele: „La lotta per l'autonomia nel Trentino“ in „Nuova antologia“ vom 17. 12. 1902. (Deutsche Übersetzung in „Burggräfler“ 2. 5. 1903ff.)

²⁵⁾ Wie ²⁴⁾.

Führung strebenden Christlichsozialen Welschtirols Fühlung²⁶⁾, freilich ohne Erfolg.

Mit dem Jahre 1902 ist der eigentliche Kampf der Welschtiroler Politiker um die politische Autonomie Welschtirols zu Ende. Eine Reihe dringlicher Fragen wie die der Lehrergehaltserhöhung harrete ihrer endlichen Lösung, unter deren Aufschub der wirtschaftlich empfindlichere italienische Landesteil noch mehr litt als der deutsche. Vor der Herbsttagung des Landtages im Jahre 1903 fanden im September noch einmal langwierige Verhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung statt. Die Italiener wollten, solange nicht die Autonomiefrage erledigt ist, nur die ihnen genehmen und dringlich erscheinenden Angelegenheiten im Landtag zur Verhandlung kommen lassen, doch ließen sich die deutschen Parteien darauf nicht ein. Schließlich fand man sich auf halbem Wege und es begann eine Zeitspanne nutzbringender Arbeit im Landtag, in der als erstes die Lehrerfrage ihre Erledigung gefunden hat.²⁷⁾

Nach dem Jahre 1902 wurde kein erster Versuch mehr gemacht, die Autonomiefrage im Lande aufzurollen. Bloß im April des Jahres 1908 und im Jahre 1914 meldeten die Italiener formal ihren Autonomie-Anspruch im Landtag an.²⁸⁾ Vielleicht frug im Zusammenhang mit dieser ersten Verwahrung der Italiener der Statthalter Graf Spiegelfeld bei dem christlichsozialen Führer Guggenberg an, wie sich seine Partei zurzeit zur Schaffung von Kreisvertretungen stellen würde, und stieß auf Bereitwilligkeit hierzu. Im Innenministerium wurde aber dem Statthalter bedeutet, diese Angelegenheit auf keinen Fall in Gang zu bringen. Die italienische christlichsoziale Landtagsmehrheit legte auch, wie schon gesagt, kein Gewicht auf das Vorwärtstreiben der Frage. Sie verwandte vielmehr ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, aus dem Zusammenhang mit dem wirtschaftlich leistungsfähigeren deutschen Landesteile den möglichststen materiellen Nutzen zu ziehen, wozu ihnen ihre Zünglestellung im Landtag nicht wenig half. Die italienische Bevölkerung, die in ihrer Masse in dem Streite nie recht mitgegangen war, wollte nicht fruchtlose politische Kämpfe, sondern wirtschaftliche Leistungen sehen. „Im Widerstreit zwischen der Opportunität, die Obstruktion fortzusetzen und die Notwendigkeit, für die dringendsten Bedürfnisse vorzusorgen“, wie sich Dr. Brugnara in einer Versammlung des politischen nationalen Vereines Welschtirols in Pergine ausdrückte, trug letztere schließlich den Sieg davon.²⁹⁾ In diesem Sinne arbeitete die auch in Welschtirol zur Führung gelangende Christlichsoziale Partei mit ihrer deutschen Schwesterpartei zusammen, so daß die Jahre vor dem Weltkrieg für Welschtirol Jahre des wirtschaftlichen Aufstiegs geworden sind.

Der alte österreichische Staat ist zerschlagen worden, ohne daß eine bessere Ordnung und zufriedenerer Völker dieses Ende rechtfertigen würden. Es war sein tragisches Schicksal, daß er keinen Bismarck gefunden hat, der der Politik der Halbheiten in Ende gemacht und den den autonomen Wünschen der verschiedenen Völker entsprechenden Umbau des Staates vorgenommen hätte. Die Suche nach

²⁶⁾ Nachlaß Kathrein: Dr. G. Gentili an Kathrein am 9. 8. 1902.

²⁷⁾ Vgl. die Tiroler Presse September-Oktober 1903. V. 21. 10. 1903.

²⁸⁾ Im April 1908 und Mai 1914.

²⁹⁾ „Neue Tiroler Stimmen“ 18. 11. 1902.

Lösungen für einzelne Gebiete mußte mit der nach der Gesamtlösung gleich laufen. Freilich wären bei einem Umbau des Staates in einem autonomistischen Sinne die Schwierigkeiten angesichts der bekannten Denkweise der welschtirolischen Intelligenz bestehen geblieben. Die staatspolitischen Bedenken der österreichischen Regierungen, die gegen die Überlassung autonomer Zentralgewalten in diesem Grenzgebiet an die italienischen politischen Führer sprachen, bestanden zu Recht. Dennoch wäre es den Welschtiroler Führern mehrmals möglich gewesen, ein beachtenswertes Maß autonomer Rechte in die Hand zu bekommen. Zwei Fälle seien hervorgehoben, in denen sich die Besprechungen zu klar umgrenzten Vorschlägen der Regierung verdichtet haben. Der Entwurf des Ministerpräsidenten Hohenwart vom Jahre 1871 gab den Italienern alle Verwaltung ihres Landesteiles einschließlich der Verfügung über die Geldmittel in die Hand und behielt nur das Gesetzgebungsrecht dem gemeinsamen Landtag vor, in den sie nach dem gleichen Wahlrecht wie ihre deutschen Landesgenossen ihre Vertreter entsenden konnten und wo sie dank ihrer Zügelstellung bedeutendsten Einfluß hatten. Die Italiener haben abgelehnt. Im Jahre 1902 ist eine Vereinbarung mit den berufenen Vertretern des italienischen Landesteiles unter Mitwirkung der Regierung zustande gekommen. Die Teilung des Landesschulrats, Landesausschusses und der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes hätte den Italienern im Verein mit dem schon bestehenden besonderen Landeskulturrat und der besonderen Handelskammer nahezu völlige Selbstherrlichkeit in der Wirtschaft, der Verwaltung, der Landwirtschaft und im niederen Schulwesen gegeben. Auch ein Budgetrecht fehlte nicht. Nur die Gesetzgebung sollte im Verein mit den deutschen Abgeordneten erfolgen. Weil für die paar tausend Ladinier im Fassatal der bisherige Rechtszustand aufrecht bleiben sollte, haben die führenden Politiker den ganzen Entwurf einigen Schreibern im Lande zuliebe fallen lassen, obgleich die Deutschen ungleich größere ladinische Gebiete einer gleichen Ordnung zuzuführen bereit waren.

Fassa-, Fleimsbahn- und Autonomiefrage, sie alle haben ihre Lösung gefunden. Das Fassatal blieb bei Welschtirol, die Fleimsbahn wurde unter dem Donner der Kanonen des großen Krieges nach dem deutschen Vorschlag gebaut und auch die Welschtiroler Autonomiefrage ist nicht mehr. Sie hat ihre Lösung im radikalsten Sinne gefunden. Das Diktat von St. Germain trennte nicht nur Welschtirol von Österreich, sondern schnitt auch eine blutende Grenze mitten durchs deutsche Land Tirol. Ein grausames Schicksal hat jenen recht gegeben, die gefürchtet hatten, daß die italienische Begehrlichkeit nicht an der natürlichen Grenze an der Salurner Klausel, die zugleich die Volksgrenze ist, halt machen, sondern bis zum Brenner greifen wird. So hat sich erfüllt, was die Welschtiroler Abgeordneten in ihrer Denkschrift an den Reichsrat im Jahre 1874 geschrieben haben: „Und wenn einmal ein Krieg (für Österreich scil.) unglücklich ausfällt, so wird die siegende Macht die Ausdehnung ihrer Grenzen nicht nach den inneren Einrichtungen des besiegten Landes richten.“³⁰⁾

³⁰⁾ Denkschrift der Abgeordneten aus dem italienischen Theil der Provinz Tirol an den hohen Reichsrat. Wien 1874.

Benützte Archive und Bibliotheken.

Archiv des Ministeriums des Innern.
Archiv der Statthalterei in Innsbruck.
Ferdinandeum in Innsbruck.
Bibliothek des Hauses der Gesetzgebung in Wien.
Universitätsbibliothek in Wien und Innsbruck.
Nationalbibliothek in Wien.
Nachlaß Kathrein.
Nachlaß Pusch.
Angaben verschiedener noch lebender Politiker der behandelten Zeit.

Benützte Quellen und Darstellungen.

Zeitungen: Bote für Tirol und Vorarlberg
Burggräfler
Bozner Zeitung
Innsbrucker (Tiroler) Tagblatt
Meraner Zeitung
Unterinntaler Bote
(Neue) Tiroler Stimmen
Das Vaterland.

An Seine Exzellenz den Ministerpräsidenten Grafen Franz Thun, die Reichsratsabgeordneten des Trentino im September 1908. Trient, J. Seiser 1899.
Das Autonomieprojekt von 1901. (Von Ludwig von Biegeleben.) Bozen 1902.
Herman Ign. Bidermann: Die Italiäner im tirolischen Provinzialverbände. Innsbruck, Wagner 1874.
Ludwig von Biegeleben: Österreichische Verfassungsgeschichte. (Handschrift.) Darstellung der Ergebnisse der Landtagsabschlüsse für das Dezennium 1882—91, aufgeteilt auf den deutschen und italienischen Landesteil. Innsbruck 1901.
Denkschrift der Abgeordneten aus dem italienischen Teil der Provinz Tirol an den hohen Reichsrat. Wien 1874.
Johann Nepomuk Di Pauli: Anton Freiherr von Di Pauli. Wagner, Innsbruck 1931.
Gottfried Fittbogen: Franz Xaver Mitterer und die Anfänge der Volkstumsarbeit. Beck, München 1930.
Fritz Freund: Das österreichische Abgeordnetenhaus. Wiener Verlag, Wien-Leipzig.
Heinrich Friedjung: Historische Aufsätze. Cotta, Stuttgart-Berlin 1919.
Karl von Grabmayr: Von Badeni bis Stürgkh. Tempsky, Wien 1912.
Oswald Gschließer: Die nationale Einheitsbewegung in Tirol im Jahre 1848. Philos. Diss., Wien 1933.
Gottfried Hugelmann: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Braumüller, Wien 1934.
Gustav Kollmer: Parlament und Verfassung in Österreich. Fromme, Wien-Leipzig, 1902—14. Band 1—8.
Im rechten Licht. Eine Antwort auf die Res Tyrolenses, ein Beitrag zur nationalen Frage in Österreich. Von einem Zentralisten. F. W. Ellmenreich, Meran 1888.

- Michael Mayr: Der italienische Irredentismus. Tyrolia, Innsbruck 1916.
- Paul Molisch: Briefe zur deutschen Politik in Österreich 1848—1918. Braumüller, Wien-Leipzig 1934.
- Neue Österreichische Biographie, 1815—1918, geleitet von Anton Bettelheim. Amalthea, Wien, Zürich, Leipzig 1923 ff.
- Reut-Nicolussi: Das altösterreichische Nationalitätenrecht in Welschtirol. Wagner, Innsbruck 1933.
- Ernst Plener: Erinnerungen. III. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1921.
- La questione Trentina considerata specialmente sotto il punto di vista economico-amministrativo. Studio di un patriota pratico e positivo, Lecco 1902. (Deutsch im Burggräfler 1902, 18. 1. ff.)
- Res Tridentinae. S. Pötzelbergers Buchhandlung, Meran 1887.
- Res Tyrolenses. Wagner, Innsbruck 1887.
- V. Rogge: Österreich seit Vilagos. Brockhaus, Leipzig-Wien 1872.
- Giovanni Salvadori: La rappresentanza dei comuni rurali tridentini nella Dieta d'Innsbruck. Monauni, Trient 1899.
- Scipio Sighele: La lotta per l'autonomie nel Trentino. In Nuova Antologia, 17. 12. 1901. (Deutsch im „Burggräfler“ 1903, 2. 5. ff.)
- Otto Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden. Band III. Oldenbourg, München 1932.

Beilagen.

Beilage 1.

Die wesentlichen Abschnitte aus dem Autonomievorschlag der Regierung Hohenwart im Jahre 1871.

§ 1 „Für das Gebiet des ehemaligen Kreises Trient, welches dormalen dem in Trient exponierten Statthaltereirate untersteht, wird an Stelle der Bezirksvertretungen eine Kreisvertretung mit dem Sitz in Trient gebildet.

§ 3 Die zum Wirkungskreise der Kreisvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch diese selbst oder durch den Kreisausschuß ausgeübt.

§ 4 Die Kreisvertretung hat aus 30 Mitgliedern zu bestehen, und zwar a) aus 5 Vertretern der Höchstbesteuerten, b) aus den Vertretern der in der Wahlordnung bezeichneten Städte und Märkte, c) aus 20 Vertretern der Landgemeinden.

§ 6 Die Kreisvertretung wählt aus ihrer Mitte einen Ausschuß, welcher aus vier Mitgliedern besteht.

§ 7 Vorsitzender sowohl der Kreisvertretung als des Kreisausschusses ist der Vorstand der Statthaltereiabteilung in Trient oder dessen Stellvertreter.

§ 8 In den selbständigen Wirkungskreis gehören alle inneren, die gemeinsamen Interessen des italienischen Landesteiles und seiner Angehörigen betreffenden Angelegenheiten, insoweit sie durch eigene Kräfte besorgt und durchgeführt werden können. Dahin gehören insbesondere

1. die Herstellung und Erhaltung von Straßen-, Wasser- und anderer Bauten im Interesse des italienischen Landesteiles;

2. die Sorge für Einrichtungen und Anstalten zum besten der Gesundheits- und Armenpflege und zur Abwendung eines Notstandes;

3. die Errichtung und Erhaltung von Unterrichts-, Wohltätigkeits- und anderer gemeinnütziger Anstalten auf Kosten des ganzen Landesteiles;

4. Vorkehrungen und Einrichtungen innerhalb der bestehenden Gesetze zur Hebung der Landeskultur, der Viehzucht und der Industrie, sowie zur leichteren Besorgung der Militärbequartierung, des Schub- und Vorspannwesens.

§ 10 Zu den Anstalten, welchen die Kreisvertretung ihre Obsorge zuzuwenden hat, gehören auch jene Einrichtungen und Vorkehrungen, die nicht allen, sondern nur mehreren Gemeinden und Bezirken zum unmittelbaren Vorteil gereichen, jedoch wegen der Größe des hiedurch erzielten Nutzens oder abgewendeten Schadens mittelbar zur Wohlfahrt des ganzen Landesteiles dienen, z. B. Flußregulierungen, Straßenbauten u. dgl.

§ 13 Insofern die Einkünfte des bestehenden Stammvermögens zur Bedeckung der Ausgaben nicht zureichen, kann die Kreisvertretung Zuschläge zu den direkten Steuern bis 100% umlegen und einheben. Höhere Zuschläge und sonstige Umlagen unterliegen der kaiserlichen Genehmigung.

§ 15 Die Kreisvertretung ist berechtigt, im Interesse des von ihr verwalteten Landesteiles Darlehen aufzunehmen oder Haftungen zu übernehmen, wenn die Summe des Darlehens oder der Haftung mit Einrechnung der schon bestehenden Darlehensverpflichtungen den Betrag des 50%igen Zuschlages zu den direkten Steuern nicht übersteigt, Über dieses Maß hinaus und zu den Kreditoperationen ist die kaiserliche Genehmigung erforderlich.

§ 17 Die Kreisvertretung ist verpflichtet, über alle Angelegenheiten, in welchen sie von der Regierung oder von der Landesvertretung zu Rate gezogen

wird, ihr Gutachten abzugeben; sie ist berechtigt, im Interesse des italienischen Landesteiles Anträge an die Landesvertretung und an die Statthalterei zu stellen.“

§ 18 und § 24 überläßt der Kreisvertretung bezw. dem Kreisausschuß die finanzielle Überwachung der Gemeinden ihres Verwaltungsgebietes.

§ 19 „Die Kreisvertretung oder in dringenden Fällen der Kreisausschuß entscheidet über Berufungen gegen Beschlüsse des Gemeindeausschusses in allen Angelegenheiten des Gemeindehaushaltes; . . .

§ 27 Der Kreisausschuß ist in den Angelegenheiten des Landesteiles das verwaltende und vollziehende Organ.

§ 32 Im übertragenen Wirkungskreise übernimmt im allgemeinen die Kreisvertretung respektive der Kreisausschuß alle jene Agenden, welche nach dem Gemeindegesetz und nach den Statuten der Städte Trient und Roveredo der Kompetenz des Landtages respektive des Landesausschusses vorbehalten sind, insbesondere:

a) bei der Trennung und Zusammenlegung von Gemeinden und Gemeindefraktionen;

b) bei Gemeindebeschlüssen, welche an höhere Genehmigung gebunden sind;

c) bei Rekursen bei Ausübung des Aufsichtsrechtes etc. (§§ 88, 89, 93, 94, 96, 97, Gemeindegesetz).

§ 33 In jenen Fällen, wo nach obigen Gesetzesstellen ein Landesgesetz erforderlich war, erlangt der Beschluß der Kreisvertretung durch die kaiserliche Genehmigung Gesetzeskraft. Alle sonstigen legislativen Angelegenheiten bleiben dem Tiroler Landtag vorbehalten.

§ 34 Die Kreisvertretung ist jederzeit berufen, sowohl an den Landtag als an die Regierung Gutachten abzugeben und Anträge zu stellen: a) über schon bestehende Landesgesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des italienischen Landesteiles, b) auf Erlassung von Landesgesetzen und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt desselben erheischen.

§ 35 Es geht ferner über auf die Kreisvertretung der administrative und konsultative Wirkungskreis der Landesvertretung in Angelegenheiten der Landeskultur und in Kirchen- und Schulangelegenheiten des italienischen Landesteiles. Außerdem können mit Zustimmung der Kreisvertretung und des Landtages und der kaiserlichen Genehmigung andere nicht legislative und hier nicht erwähnte Agenden an die Kreisvertretung übertragen werden.

§ 36 Zur Besorgung der Geschäfte im übertragenen Wirkungskreise, welche von der Landesvertretung auf die Kreisvertretung übergehen, hat die Landesvertretung einen verhältnismäßigen Teil der 70.000 fl., welche sie jährlich aus dem Haushaltsfonds erhält, der Kreisvertretung abzutreten und zur freien Disposition zu stellen.

§ 37 Außerdem übernimmt die Kreisvertretung zur entsprechenden Verwendung einen Teil der jährlichen Einkünfte

1. des Approvisionierungsfonds;

2. des Landeskulturfonds;

3. des Schullehrerunterstützungsfonds. Beiträge aus anderen Provinzialfonds namentlich aus dem Landesfond, Irrenversorgungsfond, Taubstummfond, Stipendienfond, werden dann zu erfolgen sein, wenn die Kreisvertretung vermöge des ihr eingeräumten oder einzuräumenden Wirkungskreises Auslagen zu bestreiten hat, welche aus den erwähnten Fonds ihre Bedeckung finden oder wenn Filialen der Landeswohlthätigkeitsanstalten im italienischen Landesteile errichtet werden. Die Höhe der an die Kreisvertretung aus den landschäftlichen Fonds abzugebenden Beträge oder die quota pars der jährlichen Einkünfte ist durch Verständigung zwischen Landes- und Kreisvertretung zu bestimmen. Kommt ein Übereinkommen nicht zustande, so entscheidet über alle streitigen Punkte ein Schiedsrichter das Reichsgericht.“

(Nach V. vom 16. 11. 1889 zitiert nach einem lithographierten Vorschlag, den Graf Hohenwart durch Statthalter Taaffe den deutschen und italienischen Vertrauensmännern 1871 hat zukommen lassen.)

Beilage 1a.

Eingabe der Städte Bozen-Meran an den Tiroler Landtag im April des Jahres 1899.

Hoher Landtag!

Die stete Zunahme der italienischen Bevölkerung in den deutschen Bezirken Südtirols,

die wiederholten Versuche derselben, die Errichtung italienischer Schulen in deutschen Bezirken zu erwirken,

die energischen und fortgesetzten Bemühungen der Stadt Trient, den deutschen Einfluß und das bisherige wirtschaftliche und commercielle Übergewicht der Stadt Bozen im Nonsberge und im Fleimsthal durch die Errichtung von Trientiner Lokalbahnen zu brechen und die genannten Täler enger und ausschließlich an Trient zu fesseln,

sowie schließlich das Bestreben der Trientiner Abgeordneten, diesen ihren Wünschen durch die Erwirkung einer Autonomie für den italienischen Landes-
teil Vorschub zu leisten und

das leider allzu große Entgegenkommen der hohen Regierung diesen Bestrebungen der Trientiner Abgeordneten gegenüber

hat in den Kreisen der deutschen Bevölkerung Südtirols ernste Besorgnisse und eine tiefgehende Beunruhigung hervorgerufen.

Schon im Frühjahr vorigen Jahres und seither wiederholt haben sich stark besuchte Wählerversammlungen und die Gemeindevertretungen in Bozen und Meran mit diesen besorgniserregenden Erscheinungen und diesen aggressiven Vorstößen unserer italienischen Nachbarn beschäftigt und in heftigster Weise gegen dieselben Protest erhoben.

Ebenso hat sich zur Paralisierung der schädlichen Folgen des Trientiner Fleimsthalbahn-Projectes, wie einem hohen Landtage bekannt, ein aus Bozner und Meraner Bürgern bestehendes Comité gebildet, welches den Ausbau einer Lokalbahn von Neumarkt a. E. nach Cavalese und Predazzo ins Auge gefaßt und die hiezu nöthigen Vorarbeiten bereits soweit durchgeführt hat, daß der Ausbau dieser Strecke bei einer nur geringen Subventionierung von Seite des Staates (es handelt sich um ca. 300.000 fl. Stammactien) voll finanziert und zum Baubeginne reif wäre, wobei auch wieder die Städte Bozen und Meran sich in hervorragender Weise an der Prioritätsgarantie des Projectes zu beteiligen bereits beschlossen haben.

Die intensive agitatorische Thätigkeit der Trientiner hat es endlich sogar so weit gebracht, daß die bisher politisch-indifferenten neutralen Gemeinden des ladinischen Fassathales zur Abwehr derselben aus freien Stücken und ohne irgendwie von deutscher Seite dazu veranlaßt worden zu sein, lediglich in Rücksicht auf ihre guten wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschtirol und ihren natürlichen Sympathien folgend, einen directen Anschluß der Gemeinden des Fassathales an den politischen Bezirk Bozen nachsuchten und um die Errichtung deutscher Schulen im Fassathale baten.

Den Wünschen der deutschen Bevölkerung der Städte Bozen und Meran entsprechend, beehren sich die unterfertigten Vertreter derselben, im Namen ihrer Stadtvertretungen einem hohen Landtage diese Thatsachen zur Kenntnis zu bringen und daran das dringende Ersuchen zu stellen: Ein hoher Landtag geruhe:

I. Den Autonomiebestrebungen der Trientiner Abgeordneten mit Rücksicht darauf, daß dieselben in der vorläufig angestrebten Form und ohne vorherige genaue Sicherstellung der nationalen, wirtschaftlichen und commerciellen Interessen des deutschen Südtirols eine überaus schwere wirtschaftliche, finanzielle und nationale Schädigung der deutschen Gebiete Südtirols unfehlbar nach sich ziehen müßten, entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

II. Ebenso die angestrebte Errichtung italienischer Schulen auf deutsch-tirolischen Gebieten (speziell auch in Pfatten) mit allen Mitteln hintan zu halten.

III. Von der hohen Regierung als Compensation für die von derselben in Aussicht genommenen Subventionierung der Localbahn Malé—Trient die Concessionierung und Subventionierung des sogenannten Bozner Fleimsthal-Pro-

jektes, der Localbahn Neumarkt—Cavalese—Predazzo zu verlangen, und seinerseits nur eine Subventionierung der obgenannten Localbahn Malé—Trient unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewähren, daß von Seite der Trientiner auf den Ausbau der Localbahn Trient—Molina—Cavalese vorläufig verzichtet oder doch zum Mindesten die Priorität der Ausführung des Projectes Neumarkt—Cavalese—Predazzo zugestanden werde.

IV. Trotz der ablehnenden Haltung der Regierung unter allen Umständen nochmals und auf das Entschiedenste die Angliederung der Gemeinden des Fassathales an den politischen Bezirk Bozen und die Errichtung deutscher Schulen daselbst zu urgiren, und zwar mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Maßnahmen für den deutschtirolischen wirthschaftlichen und commerciellen Einfluß auf das ganze Dolomitengebiet der ladinischen Thäler Fassa, Buchenstein und Enneberg und die Nothwendigkeit derselben zur Abwehr der angestrebten Verwelschung dieser bisher neutralen ladinischen Gebiete.

V. Ebenso die Angliederung der deutschen Gemeinden des Nonsberges (als Laurein, St. Felix, Proveis und Unsere Frau im Walde) und der deutschen Gemeinden des Fleimsthalles (als Altrei und Truden) an die Bezirke Bozen und Meran von der hohen Regierung zu verlangen,

und zwar insoferne, als die Zusicherung und Sicherstellung der Postulate der Punkte II, III, IV und V von Seite der Regierung die unerläßliche *conditio sine qua non* bilden würde, ohne welche an eine Behandlung der Autonomiefrage von Seite eines hohen Landtages überhaupt nicht gedacht werden könne.

Bozen und Meran im April 1899.

Für die Städte Bozen und Meran die Bürgermeister:

Dr. Julius Perathoner m. p., Dr. Roman Weinberger m. p.

Begründung:

Die Erwägungen, resp. begründeten Befürchtungen, welche die Unterfertigten veranlassen, obige Bitte einem hohen Landtage zur geneigten Berücksichtigung zu unterbreiten, sind folgende:

Die Gewährung der Autonomie an den italienischen Landestheil ohne vorherige genaue Sicherstellung der obigen nationalen, wirthschaftlichen und commerciellen Postulate im Interesse der Deutschen Südtirols würde unzweifelhaft zur Folge haben:

I. Daß die exponierten deutschen Gemeinden des Nonsberges und Fleimsthalles (sowie alle deutschen Gemeinden des Trentino) und die bisher neutralen ladinischen Gebiete von Seite des autonomen Trento in rücksichtsloser und einschneidendster Weise italianisirt und dadurch die Angliederung dieser bisher theils deutschen, theils dem deutschen Einflusse unterstehenden Gebiete an Deutschtirol in einem späteren Zeitpunkte direct unerreichbar wäre und dieselben vollständig für Deutschtirol verloren giengen, ja selbst die Errichtung deutscher Schulen aus privaten Mitteln daselbst unmöglich würde.

II. Daß die Trientiner Localbahnen auf den Nonsberg und in das Fleimsthal mit aller Energie im eigenen Wirkungskreise des autonomen Trento (vielleicht sogar mit Staatshilfe) durchgeführt und hiedurch die Basis der Erhaltung des deutschen Einflusses im Fleimser- und Fassathale und die Durchführung der Linie Neumarkt—Cavalese—Predazzo unmöglich würden.

III. Daß durch die Verwelschung der deutschen Gemeinden des Nonsthalles und Fleimsthalles, sowie der neutralen ladinischen Gemeinden des Fassathales, die bisher ein werthvolles Bollwerk gegen die Verwelschung der benachbarten Theile des deutschen Etschthales und die Verwelschung der ebenfalls bisher neutralen ladinischen Thäler Enneberg und Buchenstein bildeten, neue Fußpunkte für die stete aggressive italienische Propaganda gewonnen und die deutschtirolischen Gebiete selbst noch ernstlicher durch dieselben gefährdet würden, wobei nicht zu unterschätzen ist, daß besonders die deutschgesinnten Gemeinden des Fassathales im Vereine mit der geplanten Straße Campitello—Buchenstein—Ampezzo direkt einen Schlüsselpunkt zur Sicherung der Thäler bis St. Lorenzen, Bruneck und Toblach darstellen.

Mit Rücksicht auf diese voraussichtlichen, ja unausbleiblichen Folgen der Autonomie der Trientiner und in Erwägung des Umstandes, daß die Angliede-

rung des Fassathales an Bozen unter gleichzeitiger Errichtung der von der Fassaner Bevölkerung aus eigenem Antriebe gewünschten deutschen Schulen keinerlei Gefahr für eine Vergrößerung der gemischtsprachigen Gebiete des Bozener Bezirkes bildet und des ferneren Umstandes, daß die Klarlegung dieser Verhältnisse absolut im Interesse eines wünschenswerthen friedlichen und ge-
deihlichen Zusammenarbeitens mit unseren italienischen Nachbarn geboten er-
scheint, haben sich die Unterfertigten erlaubt, diese Denkschrift einem hohen
Landtage vorzulegen und hiebei lediglich den Standpunkt festgehalten

einem hohen Landtage nur jene verderblichen localen Folgen vor Augen
zu führen, die eine Gewährung der Autonomie an die Trientiner ohne Sicher-
stellung der bezogenen Punkte insbesondere für den deutschen Bezirk Bozen
und Meran voraussichtlich nach sich ziehen könnte und müßte, ohne hiebei in
merito über die dem hohen Landtage allein zustehende Frage auszusprechen,
in wie ferne und in welcher Weise die, die deutsche Bevölkerung Südtirols mit
schweren Besorgnissen erfüllende Autonomiefrage für ganz Tirol vortheilhaft er-
scheinen dürfte oder nicht.

Die Unterfertigten hoffen daher mit Zuversicht, daß ein hoher Landtag bei
eventuellen Verhandlungen mit der hohen Regierung und den Trientiner Abge-
ordneten, insoferne sich dieselben nicht ganz ablehnen lassen, eine wohlwollende
Berücksichtigung dieser ihrer gerechtfertigten lokalen Wünsche angedeihen
lassen werde.

Bozen und Meran im April 1899.

Die Bürgermeister: Dr. Julius Perathoner m. p., Dr. Roman Weinberger m. p.

(Nach O. Stolz: Die Ausbreitung des Deutschtums ... III/1, Seite 391 ff.)

Beilage 1b.

Der Wortlaut des Abschnittes C (Tirol) im deutschen Pfingstprogramm vom 20. Mai 1899.

1. **Abgrenzung.** Wir verlangen, daß die rein deutschen Gemeinden
Laurein, Proveis, St. Felix und Unsere liebe Frau im Walde (Bezirk Cles) und
Truden und Altrei (Bezirk Cavalese) von Welschtirol abgetrennt und mit den
angrenzenden deutschen Bezirken Lana, beziehungsweise Neumarkt vereinigt
werden.

2. **Innere und äußere Amtssprache.** In betreff des Sprachen-
gebrauches bei den Gerichten erster Instanz soll der geltende Zustand erhalten
und gesetzlich sichergestellt werden. Daher hat bei den Gerichten in Deutsch-
tirol ausschließlich die deutsche Sprache des äußeren und inneren Dienstes zu
gelten, wogegen für Welschtirol bezüglich der italienischen Sprache dasselbe gilt.
Aufzuheben ist die Ausnahmsvorschrift des Hofdekretes vom 22. Dezember 1835,
J.G.S. Nr. 109, demzufolge die Vorlage von Urkunden, die in der zweiten Lan-
dessprache abgefaßt sind, ohne Übersetzung gestattet ist. Von jeder fremd-
sprachigen Urkunde, von der bei Gericht Gebrauch gemacht wird, muß eine be-
glaubigte Übersetzung beigebracht werden. In betreff des Sprachengebrauches
bei den anderen staatlichen und autonomen Behörden hat keine Änderung des
bestehenden Zustandes einzutreten.

3. **Nationale Verwaltung.** Als Grundsatz soll gelten: im deutschen
Tirol deutsche, im italienischen Tirol italienische Beamte. Ausnahmen sollen nur
insoweit stattfinden, als für einzelne Dienstposten in Deutschtirol die Doppel-
sprachigkeit tatsächlich geboten erscheint, und als sich geeignete, sprachlich
qualifizierte Beamte deutscher Nationalität für solche Posten nicht finden.

Als ein Mißbrauch ist abzustellen, daß bei Richterstellen bei den Gerichten
in Bozen die vollkommene Kenntnis der italienischen Sprache gefordert wird.

Bei den Gerichten auf dem Lande, wo die Gerichtsbeamten auch die Mund-
art verstehen müssen, ist die Anstellung italienischer Richter tunlichst zu ver-
meiden. Überhaupt soll die seit Jahren übliche Begünstigung der Italiener im

tirolischen Justizdienste aufhören. Dem deutschen Nachwuchs in der tirolischen Justiz soll die Möglichkeit geboten werden, durch praktische Verwendung bei italienischen Gerichten, sich die wünschenswerte Kenntnis der zweiten Landessprache anzueignen.

4. *Schule.* Als Grundsatz auf dem Gebiete des Schulwesens soll gelten: der status quo ist zu erhalten; ein administrativer Zwang zur Errichtung sogenannter Minoritätsschulen findet nicht statt.

So wie es bisher in Deutschtirol italienische Schulen nicht gegeben hat, so soll es solche auch in Zukunft nicht geben. Was die deutschen Schulen im italienischen Landesteile betrifft, so verlangen wir gleichfalls nur, daß das Bestehende erhalten werde.

5. *Autonomie.* Auf die Erfüllung der von den Italienern erhobenen Forderung nach einem größeren Maße der Selbstverwaltung des italienischen Landesteiles kann nur unter folgenden Bedingungen eingegangen werden: daß die Deutschtiroler in der eigenen freien Verfügung über die Angelegenheiten ihres Landesteiles nicht behindert werden, daß nicht eine ungerechte finanzielle Belastung Deutschtirols zugunsten des italienischen Landesteiles eintritt und daß gleichzeitig die Erfüllung der voraufgeführten nationalen Forderungen gewährleistet, sowie eine befriedigende Auseinandersetzung über die zwischen beiden Landesteilen obschwebenden wirtschaftlichen Streitpunkte erzielt wird.

(Nach Kollmer: Parlament und Verfassung, Bd. 7, Seite 301 f.)

Beilage 2.

Ergebnis

der im Jahre 1899 zwischen Vertrauensmännern aus Deutsch- und Italienisch-Tirol gepflogenen Besprechungen, die administrative Autonomie für Italienisch-Tirol betreffend.

I. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Landtage zu.

II. Den aus den Landtagsmitglieder und Abgeordneten des deutschen Landesteiles einerseits und des italienischen Landesteiles andererseits zu bildenden 2 Kurien kommt innerhalb des Raumes der bestehenden Gesetze und insoweit jede der beiden Kurien für die betreffenden Kosten selbst und allein aufkommt, in folgenden administrativen Angelegenheiten die Autonomie zu:

1. in Gemeindeangelegenheiten, insbesondere Aufsichtsrecht über die Gemeinden;

2. in Schulangelegenheiten mit eigenem Landesschulrate für den deutschen und italienischen Landesteil.

3. in wirtschaftlichen Angelegenheiten.¹⁾

III. Keine Teilung des Fondvermögens, sondern der nach Deckung der gemeinsamen Ausgaben erübrigenden reinen Renten der Fonde nach einem für jeden derselben zu vereinbarenden Schlüssel.

IV. Über die im P. II erwähnten Angelegenheiten berät und beschließt auch der Landesausschuß, welcher aus 10 Mitgliedern zu bestehen hat, in zwei getrennten Sektionen.

Die deutschen Landesausschußmitglieder bilden die deutsche Sektion, die italienischen die italienische.

(Abschrift von einem hektographierten Blatt aus dem Nachlaß des Abg. Dr. Carl Pusch.)

¹⁾ Antrag der deutschen Vertrauensmänner: „Findet in einer wirtschaftlichen Angelegenheit eine Kurie des Landtages oder eine Sektion des Landesausschusses, daß ein Beschluß der anderen Kurie oder Sektion die wirtschaftlichen Interessen ihres Landesteiles berührt, so ist über deren Verlangen die Angelegenheit der Beschlußfassung des Landtages bzw. des Landesausschusses zu unterziehen.“

Beilage 3.

Antrag des Autonomie-Ausschusses.

Der hohe Landtag wolle den beiliegenden Gesetzentwurf, wodurch die Landesordnung für die gefürstete Grafschaft Tirol abgeändert wird, genehmigen.

Innsbruck, am 6. Juli 1901.

Dr. Kathrein, Obmann und Berichterstatter.

Gesetz

vom . . . wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol, mit welchem die Landesordnung für die gefürstete Grafschaft Tirol abgeändert wird.

Über Antrag des Landtages Meiner gefürsteten Grafschaft Tirol finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Die §§ 2, 3, 4, 11, 12, 18, 20, 21, 23, 24, 28, 29, 32, 37, 38, 40, 41, 42 und 43 der mit dem Patente vom 26. Februar 1861 Nr. 20 R.-G.-Bl. (Beilage II lit. d) erlassenen Landesordnung für die gefürstete Grafschaft Tirol treten außer Kraft.

In die Landesordnung werden nachstehende Bestimmungen eingefügt:

§ 2. Die zum Wirkungskreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch den Landtag und dessen Abtheilungen oder durch den Landesauschuß und dessen Sectionen ausgeübt.

§ 3. Mitglieder des Landtages sind:

I.

1. Der Fürsterzbischof von Salzburg;
2. der Fürstbischof von Brixen;
3. der Rector magnificus der Universität in Innsbruck;
4. drei gewählte Abgeordnete, deren einen die Äbte von Wilten, Stams und Fiecht aus ihrer Mitte, einen der Probst von Neustift, der Abt von Marienberg und der Prior von Gries aus ihrer Mitte und einen der Landescomthur des Deutschen Ordens, der Probst von Bozen und der Probst von Innichen aus ihrer Mitte wählen;
5. sieben gewählte Abgeordnete der Landeshauptstadt Innsbruck und der in der Landtagswahlordnung im § 2, lit. b, d, e, f und g, aufgeführten Städte und Orte;
6. zwei gewählte Abgeordnete der Handels- und Gewerbekammern in Innsbruck und Bozen;
7. zweiundzwanzig gewählte Abgeordnete der in der Landtagswahlordnung im § 6, Z. 1 bis 11, aufgeführten Landgemeinden.

II.

1. Der Fürstbischof von Trient;
2. ein Vertreter des Probstes von Arco und des Erzpriesters von Roveredo, je nach Übereinkommen in der Person des einen oder des anderen derselben;
3. sechs gewählte Abgeordnete der in der Landtagswahlordnung im § 2, lit. a, c, h, i und k, aufgeführten Städte und Orte;
4. der gewählte Abgeordnete der Handels- und Gewerbekammer in Roveredo;
5. zwölf gewählte Abgeordnete der in der Landtagswahlordnung im § 6, Z. 12 bis 17, aufgeführten Landgemeinden.

III.

Zehn gewählte Abgeordnete des adeligen großen Grundbesitzes.

Die im Absatze I aufgeführten Mitglieder gehören zur deutschen Abtheilung, die im Absatze II aufgeführten Mitglieder gehören zur italienischen Abtheilung des Landtages.

Von den im Absatze III aufgeführten Mitgliedern hat jedes bei dem Eintritte in den Landtag zu erklären, ob es der deutschen oder der italienischen Abtheilung beitrete. Diese Erklärung bleibt für die ganze Mandatsdauer wirksam.

§ 4. Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus dessen Mitte den Landeshauptmann und dessen zwei Stellvertreter.

§ 11. Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Vorsitze des Landeshauptmannes aus zehn Beisitzern, von denen sechs von der deutschen und vier von der italienischen Abtheilung des Landtages gewählt werden.

§ 12. In der deutschen Abtheilung wird ein Landesausschußbeisitzer durch die von der Wählerklasse des adeligen großen Grundbesitzes gewählten Abgeordneten, einer durch die von der Wählerklasse der Städte und Orte und jener der Handels- und Gewerbekammern gewählten Abgeordneten und einer durch die von der Wählerklasse der Landgemeinden gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt. Die übrigen drei Landesausschußbeisitzer werden einzeln von der ganzen Abtheilung aus der Mitte des Landtages gewählt. Diese sechs Landesausschußbeisitzer bilden die deutsche Section des Landesausschusses.

Sind weniger als drei Abgeordnete des adeligen großen Grundbesitzes in der deutschen Abtheilung vorhanden, so wird der nach der vorstehenden Bestimmung auf diese Curie entfallende Landesausschußbeisitzer von der ganzen Abtheilung aus der Mitte des Landtages gewählt.

In der italienischen Abtheilung wird ein Landesausschußbeisitzer durch die von der Wählerklassen des adeligen großen Grundbesitzes, der Städte und Orte und der Handels- und Gewerbekammer gewählten Abgeordneten und einer durch die von der Wählerklasse der Landgemeinden gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt. Die übrigen zwei Landesausschußbeisitzer werden einzeln von der ganzen Abtheilung aus der Mitte des Landtages gewählt. Diese vier Landesausschußbeisitzer bilden die italienische Section des Landesausschusses.

Jede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung keine absolute Mehrheit zustande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Landtag ist berufen, innerhalb der Grenzen der Gesetze alle Anordnungen in Betreff:

1. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten und erhalten werden, insbesondere der Flußregulierungen und Wildbachverbauungen;

2. der aus Landesmitteln dotierten öffentlichen Anstalten;

3. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl

a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landescredits, als

b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben zu berathen und zu beschließen.

Ferner fallen in seinen Wirkungskreis:

4. die Mitwirkung am Landesvertheidigungs- und Schießstandswesen;

5. die Vorsorge für die Erfüllung der dem Lande kraft bestehender Gesetze obliegenden Verpflichtungen;

6. alle sonstigen, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffenden Angelegenheiten, soferne die entstehenden Kosten aus Landesmitteln bestritten werden oder eine Widmung zu Gunsten des Landes vorliegt.

§ 20. Der Landtag sorgt für die Erhaltung des nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum der gefürsteten Grafschaft Tirol bildenden Landesvermögens, dann der aus Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§ 21. Der Landtag verwaltet das Landesvermögen und das Credit- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der diesfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet die Landesfonde der gefürsteten Grafschaft Tirol mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

II. Wirkungskreis der Abtheilungen.

§ 25a. Der Wirkungskreis der beiden Abtheilungen des Landtages ist auf das einer jeden zugewiesene Gebiet beschränkt.

Das Gebiet der deutschen Abtheilung (deutscher Theil der gefürsteten Grafschaft Tirol) umfaßt die Städte Innsbruck und Bozen, dann die Sprengel der Bezirkshauptmannschaften Innsbruck, Landeck, Imst, Reutte, Schwaz, Kitzbühel, Kufstein, Brixen, Bruneck, Lienz, Bozen, Meran und Ampezzo

Das Gebiet der italienischen Abtheilung (italienischer Theil der gefürsteten Grafschaft Tirol) umfaßt die Städte Trient und Roveredo, dann die Sprengel der Bezirkshauptmannschaften Trient, Cavalese, Primiero, Borgo, Cles, Tione, Roveredo und Riva.

§ 25b. Jede Abtheilung ist berufen, in den besonderen Angelegenheiten ihres Gebietes, insoferne es sich nicht um die dem Landtage vorbehaltenen Mitwirkung zur Gesetzgebung handelt, unabhängig vom Landtage und von der anderen Abtheilung zu berathen und zu beschließen.

Als Gebietsangelegenheiten werden die innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu treffenden Vorkehrungen in Ansehung:

1. der öffentlichen Gesundheitspflege;
2. der Vorspannsleistung, dann der Verpflegung und Einquartierung der bewaffneten Macht;
3. der Bodencultur und aller Zweige der Urproduction;
4. der Förderung der Industrie und der Gewerbe;
5. des Verkehrswesens (Straßen-, Eisenbahnbauten) und anderen öffentlichen Bauten;
6. der öffentlichen Armenpflege und Wohlthätigkeit,

erklärt, insoferne diese Angelegenheiten nicht vom Landtage als Landesangelegenheiten behandelt und die Kosten aus Landesmitteln bestritten werden oder eine Widmung zu Gunsten des Landes vorliegt.

§ 25c. Die dem Landtage nach dem Gemeindegesetze oder nach den besonderen Gemeindestatuten zukommende Wirksamkeit in Gemeindeangelegenheiten wird von den Abtheilungen hinsichtlich ihres Gebietes selbständig ausgeübt, soweit hiezu nicht die Erlassung von Landesgesetzen erforderlich ist.

Das Gleiche gilt hinsichtlich der dem Landtage nach sonstigen besonderen Gesetzen vorbehaltenen Wirksamkeit in einzelnen Verwaltungsangelegenheiten, sofern es sich nicht um Objecte handelt, welche dem Lande gehören und aus Landesmitteln erhalten werden oder dem Lande gewidmet sind.

Die nach den Gesetzen über die öffentlichen Volksschulen dem Landtage vorbehaltenen Beschlüsse werden von den Abtheilungen hinsichtlich der in ihrem Gebiete bestehenden oder zu errichtenden Schulen, deren Lehrpersonen, sowie der Hinterbliebenen derselben in der Regel selbständig gefaßt.

Insoweit jedoch die Erlassung von Landesgesetzen erforderlich wird, dann, wenn es sich um Schulen mit deutscher Unterrichtssprache im Gebiete der italienischen oder um Schulen mit italienischer Unterrichtssprache im Gebiete der deutschen Abtheilung, beziehungsweise um Lehrpersonen solcher Schulen oder deren Hinterbliebene handelt, steht die Berathung und Beschlußfassung dem Landtage zu.

Die Theilnahme an der Bestreitung des Aufwandes für die öffentlichen Volksschulen, dann der Ruhegehälter der Lehrpersonen dieser Schulen, sowie ihrer Hinterbliebenen wird als Gebietsangelegenheit erklärt. Doch ist die Abtheilung in den im vorstehenden Absatze bezeichneten Fällen an den Beschluß des Landtages gebunden.

Gebietsangelegenheit ist ferner die Förderung der Fachschulen für Kunst, Handel und Gewerbe oder für einzelne Zweige der Urproduction.

Der Landtag kann Angelegenheiten der vorstehenden, bezeichneten Art als Landesangelegenheiten behandeln, sofern die Kosten auf Landesmittel übernommen werden oder eine Widmung zu Gunsten des Landes vorliegt.

§ 25d. Jede Abtheilung verwaltet das besondere Vermögen ihres Gebietes und verfügt selbständig über die Verwendung der Einkünfte des Gebietes und der aus Gebietsmitteln errichteten oder erhaltenen Anstalten. Beschlüsse der Abtheilungen, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung des Landtages und der kaiserlichen Genehmigung.

§ 25e. Alle mit der Durchführung der Beschlüsse einer Abtheilung verbundenen Ausgaben sind aus den besonderen Einkünften des betreffenden Gebietes zu decken. Jede Abtheilung berathet und beschließt selbständig über die Aufbringung der zur Erfüllung ihrer Wirksamkeit erforderlichen Mittel, soweit dieselben nicht aus den dem Lande gehörigen Fonds und sonstigen Einkünften fließen.

Die den Gebieten zur Verfügung stehenden Mittel bestehen:

1. in den Einkünften des dem Gebiete gewidmeten besonderen Vermögens und der Fonde dieser Art;

2. in verhältnismäßigen Antheilen an den Einkünften des Landes, insoferne diese Einkünfte weder für besondere Zwecke gewidmet, noch zur Deckung allgemeiner Landesbedürfnisse bestimmt sind.

Durch Beschlüsse des Landtages wird bestimmt, welche Fonde und Anstalten des Landes ganz oder theilweise einem der beiden Gebiete gewidmet, dann welche Landeseinkünfte und nach welchem Verhältnisse dieselben unter die beiden Gebiete vertheilt werden sollen. Diese Landtagsbeschlüsse bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§ 25f. Zur Deckung des diese Einnahmen überschreitenden Erfordernisses sind die Abtheilungen berechtigt, Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis zur Höhe von 30 Procent umzulegen und einzubeheben. Die Zuschläge sind auf alle Gattungen der directen Steuern nach einem gleichen Procentausmaße umzulegen. Zur Umlage der Zuschläge zu den einzelnen Steuergattungen nach einem verschiedenen Procentausmaße, dann zur Einführung eines verschiedenen Procentsatzes der Zuschläge innerhalb einer und derselben Gattung der directen Steuern, ferner für Zuschläge, welche 30 Procent übersteigen, und zur Einführung oder Erhöhung einer nicht in die Kategorie der Zuschläge zu den directen Steuern gehörigen Gebietsumlage, ist ein der kaiserlichen Genehmigung unterliegender Landtagsbeschluß erforderlich.

§ 25g. Die Abtheilungen sind berechtigt, im Interesse ihres Gebietes Darlehen aufzunehmen oder Haftungen zu übernehmen, wenn die Summe der neuen und der schon bestehenden Verpflichtungen die Höhe von 50 Procent der directen Steuern des Gebietes nicht übersteigt. Hiebei sind Haftungen, welche die Verbindlichkeit zu jährlich wiederkehrenden Leistungen begründen, mit dem zum gesetzlichen Zinsfuß kapitalisierten Betrage der jährlichen Leistung zu berechnen. Höhere Anlehen oder Haftungen bedürfen eines Beschlusses des Landtages und der kaiserlichen Genehmigung.

§ 25h. Jede Abtheilung beschließt über die Systemisierung des Personal- und Besoldungsstandes der für die einzelnen Verwaltungsobjecte ihres Gebietes auf dessen Kosten zu bestellenden Beamten und Diener; sie bestimmt die Bedingungen ihrer Ernennung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

Auch die für Verwaltungsobjecte der einzelnen Gebiete bestellten Beamten und Diener haben den Charakter von Landesbeamten, beziehungsweise -Dienern; ihre Ernennung steht dem Landeshauptmanne über Vorschlag der betreffenden Section des Landesausschusses zu; sie unterstehen in Disciplinar-Angelegenheiten dem Landesausschusse nach den vom Landtage für die Disciplinar-Angelegenheiten der Angestellten des Landes festgestellten Bestimmungen. Die Dienstesverhältnisse der den Sectionen des Landesausschusses beizugebenden Beamten und Diener werden gemäß den Bestimmungen des § 25 L.-O. geregelt.

III. Wirkungskreis des Landesausschusses und seiner Sectionen.

§ 28. Der Landesausschuß repräsentiert das Land und die Gebiete in allen Rechtsangelegenheiten. Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urkunden sind von dem Landeshauptmann und zwei Beisitzern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen. Bei Urkunden, die sich nur auf eines der beiden Gebiete beziehen, hat die Mitfertigung durch zwei Beisitzer der betreffenden Section des Landesausschusses zu erfolgen.

§ 29. In allen Gebietsangelegenheiten werden die Obliegenheiten des Landesausschusses von den für die beiden Gebiete bestellten Sectionen (§ 12), selbständig mittelst der gemeinsamen Landesämter versehen.

Alle Befugnisse, welche durch die Gesetze dem Landesausschusse übertragen sind, werden, wenn es sich um Gebietsangelegenheiten handelt, von den Sectionen selbständig ausgeübt.

§ 32. Die Geschäftsordnung für den Landesausschuß und für die beiden Sectionen desselben wird vom Landtage festgesetzt.

§ 37. Der Statthalter der gefürsteten Grafschaft Tirol oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage und dessen Ausschüssen zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Auskünften und Aufklärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswert erscheint, hat sich der Landeshauptmann an den Statthalter zu wenden.

§ 38. Zur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesamtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Zu einem Beschlusse über beantragte Änderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

Das Gleiche gilt hinsichtlich solcher Beschlüsse des Landtages, durch welche Angelegenheiten der im § 25b unter 1 bis 6, dann im § 25c bezeichneten Art gegen den Einspruch der italienischen Abtheilung als Landesangelegenheiten erklärt und ihre Kosten auf den Landeshaushalt übernommen werden sollen.

§ 40. Die Tätigkeit der Abtheilungen beginnt und endet gleichzeitig mit der Tagung des Landtages.

Während der Tagung des Landtages erledigt jede Abtheilung ihre Geschäfte in besonderen Sitzungen. Die Sitzungen der Abtheilungen sind nicht öffentlich. Jedoch haben alle Landesausschußbeisitzer das Recht, den Sitzungen beider Abtheilungen beizuwohnen. An der Berathung und Abstimmung können sie sich nur in jener Abtheilung betheiligen, deren Mitglieder sie sind.

§ 41. Zu Beginn jeder Landtagssession wählt jede Abtheilung in einer constituierenden Sitzung unter dem Vorsitze des Landeshauptmannes ihren Obmann und dessen Stellvertreter. Nach erfolgter Constituierung führen der Obmann und im Verhinderungsfalle dessen Stellvertreter in den Sitzungen den Vorsitz, leiten die Verhandlungen und handhaben die Vorschriften der Landesordnung und der Geschäftsordnung.

Der Landeshauptmann hat das Recht, den Sitzungen jeder der Abtheilungen beizuwohnen und jederzeit das Wort zu nehmen. An den Abstimmungen nimmt er nur in jener Abtheilung theil, deren Mitglied er ist.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor die Abtheilung:

- a) als Vorlagen des Landesausschusses oder der betreffenden Section desselben;
- b) als Vorlagen eines speciellen, durch Wahl aus der Abtheilung während der Tagung des Landtages gebildeten Ausschusses;
- c) oder durch Anträge einzelner Mitglieder.

Die Bestimmungen der §§ 35 Absatz 2, 3, 36 Absatz 1, dann der §§ 37, 38 Absatz 1 und 2 und § 39 L.-O. finden für die Abtheilungen sinngemäße Anwendung. Die dort dem Landeshauptmann überwiesenen Functionen werden von dem Obmann der Abtheilung oder von dessen Stellvertreter ausgeübt. Die Einladung von Mitgliedern der Regierungsbehörden (§ 37 Absatz 2 L.-O.) hat der Obmann im Wege des Landeshauptmannes zu veranlassen.

§ 42. Die von jeder Abtheilung gefassten Beschlüsse sind vom Obmann in schriftlicher Ausfertigung dem Landeshauptmann mitzutheilen und von diesem dem Landtage bekanntzugeben.

Wenn der Landeshauptmann erachtet, daß der Beschluß einer Abtheilung den Wirkungskreis derselben überschreitet oder gegen bestehende Gesetze verstößt, so ist er berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistieren und die Angelegenheit an die Abtheilung zur neuerlichen Verhandlung zurückzuleiten.

Beharrt die Abtheilung auf ihrem Beschlusse, so ist der Landeshauptmann berechtigt, die Angelegenheit dem Landtage vorzulegen, welcher jedoch seine Beschlußfassung auf den Ausspruch zu beschränken hat, ob der Beschluß der Abtheilung zur Ausführung gebracht werden dürfe oder nicht.

§ 43. Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Zur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens sechs Ausschußbeisitzern erforderlich.

§ 44. Auch die Sectionen des Landesausschusses erledigen ihre Geschäfte in Collegialberathungen, in denen der Landeshauptmann oder der von ihm aus den Mitgliedern der Section bestellte Stellvertreter den Vorsitz führt.

Zur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit in der deutschen Section von mindestens vier, in der italienischen Section von mindestens drei Ausschußbeisitzern erforderlich. In diese Zahlen ist der den Vorsitz führende Landeshauptmann oder sein Stellvertreter einzurechnen.

§ 45. Der Landesausschuß und seine beiden Sectionen haben ihren Sitz in Innsbruck.

Alle Erledigungen, Kundmachungen und sonstigen Ausfertigungen der Sectionen erfolgen im Namen des Landesausschusses.

§ 46. Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses oder einer Section als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistieren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 47. Die vom Landtage und seinen Abtheilungen gepflogenen Verhandlungen sind vom Landeshauptmann unter Zulegung der Sitzungsprotokolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniss zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§ 48. Der Landtag und dessen Abtheilungen dürfen mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch dürfen sie keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages oder deren Abtheilungen nicht zugelassen und Bittschriften dürfen vom Landtage oder den Abtheilungen nur dann angenommen werden, wenn sie durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Deputationen des Landtages an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung erfolgen.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1902 in Wirksamkeit.

Sollte sich jedoch der Landtag nach erfolgter Kundmachung dieses Gesetzes noch im Jahre 1901 versammeln, so hat derselbe sich bereits nach den Bestimmungen dieser Novelle zur Landesordnung im Plenum und in den Abtheilungen zu constituieren, die Wahl des Landesausschusses nach diesen Bestimmungen vorzunehmen und auch den Voranschlag des Landes und seiner Gebiete für das 1902 demgemäß zu berathen und zu beschließen.

Der neue Landesausschuß tritt in seinem Plenum sofort nach der Wahl, in seinen Sectionen aber erst mit 1. Jänner 1902 in Wirksamkeit.

Der bisherige Landesausschuß hat sofort nach Kundmachung dieses Gesetzes die Vorlagen zur Festsetzung des Voranschlages sowohl für den Haushalt des Landes als für jenen der Gebiete, sowie die Theilung der Fonds, Anstalten und Einkünfte im Sinne des darüber erflossenen, vom Kaiser genehmigten Landtagsbeschlusses vorzubereiten.

Tritt der Landtag nach Kundmachung dieses Gesetzes erst im Jahre 1902 zusammen, so hat der bisherige Landesausschuß bis zur Wahl des neuen auch die Angelegenheiten der Gebiete zu besorgen und den Haushalt des Landes und der Gebiete nach Maßgabe der von ihm vorbereiteten gesonderten Voranschläge provisorisch zu führen.

Artikel III.

Mein Gesamtministerium ist mit der Durchführung dieses Gesetzes betraut.

(Aus Nachlaß Dr. Kathrein: Beilage 69 zu den stenogr. Berichten des Tiroler Landtages, VIII. Periode, VI. Session 1900/01.)

Beilage 4

Die Beschlüsse des Autonomieausschusses vom Jahre 1902.

„Protokoll

enthaltend die Beschlüsse des Verfassungsausschusses des Tiroler Landtages über die Autonomie des italienischen Landesteiles.

Mitglieder des Verfassungsausschusses: Dr. Theodor Kathrein, Obmann; Dr. Brugnara, Obmannstellvertreter; Dr. Wackernell, Dr. Pusch, Dekan Glatz, Abt Treuinfels, Dr. v. Grabmayr, Dr. Perathoner, Baron Malfatti, Dr. Conci, Dr. Tomasi, Dr. Schorn, Schraffl.

Beginn der Verhandlungen: 30. Juni 1902.

Der Ausschuß spricht sich grundsätzlich dafür aus, daß dem italienischen Landesteile Zugeständnisse auf dem Gebiete der Selbstverwaltung gemacht werden und daß über die von Dr. Brugnara in vier Punkten (Teilung des Landesschulrates, Landesauschusses und der Kurie des adeligen Großgrundbesitzes sowie Schutz gegen Majorisierung im Landtage) formulierten Forderungen in die Spezialdebatte eingegangen werde.

Angenommen mit 10 gegen 2 Stimmen.

Landesschulrat: Nebst dem gemeinsamen Landesschulrate haben zwei Sektionen desselben zu bestehen, von welchen die deutsche in Innsbruck, die italienische in Trient liegt.

Einstimmig angenommen.

Landesausschuß: Neben dem gemeinsamen Landesausschusse für die gemeinsamen Landesangelegenheiten werden zwei Landesausschußsektionen, eine deutsche und eine italienische, gebildet. Die italienische hat ihren Sitz in Trient, die deutsche in Innsbruck.

Abstimmung: 1. Die Gliederung des Landesausschusses in Sektionen wird mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen.

2. Die Gliederung in drei Sektionen, Innsbruck, Bozen, Trient, nach Antrag Schraffl wird abgelehnt.

3. Die Gliederung in zwei Sektionen wird angenommen mit 10 gegen 2 Stimmen.

4. Sitz der italienischen Sektion in Trient angenommen mit 9 gegen 3 Stimmen.

Die Abgrenzung der den Sektionen zuzuweisenden Gebiete und Angelegenheiten — örtliche und sachliche Kompetenz — wird später beschlossen werden.

Fortsetzung 2. Juli 1902.

Subkomité: Zur Vorberatung und Antragstellung über die vorzunehmende Landtagswahlreform wird ein Subkomité eingesetzt, bestehend aus den Herren Baron Malfatti, Dr. v. Grabmayr, Dekan Glatz, Dr. Pusch und Schraffl.

Fortsetzung am 5. Juli 1902.

Teilungsschlüssel: Für gewisse wirtschaftliche Angelegenheiten soll zwischen dem deutschen und italienischen Landesteile ein Teilungsschlüssel zur Anwendung gebracht werden.

Einstimmig angenommen.

Alle Landesauslagen für Straßen- und Wasserbauten, für die Förderung der Bodenkultur, des Gewerbes, der Industrie und des Handels, mit Ausschluß aller aus Anlaß eines Elementarereignisses oder Notstandes sich ergebenden Auslagen sind unter den zwei Landesteilen nach dem Durchschnittsverhältnisse der Bevölkerungszahl der letzten bekannt gewordenen Volkszählung und der direkten Steuerleistung nach dem Ergebnisse des letzten bekannt gewordenen Jahres zu teilen.

Angenommen mit 10 gegen 1 Stimme.

Sachliche Kompetenz der Landesausschußsektionen:

Den Sektionen des Landesausschusses werden folgende Angelegenheiten zugewiesen:

1. Alle das Volksschulwesen betreffenden Angelegenheiten.

2. Alle Angelegenheiten des Gemeindewesens.

3. Alle Angelegenheiten, welche die Armenpflege und die öffentliche Wohltätigkeit betreffen.

4. Alle Sanitätsangelegenheiten.
5. Die Vorbereitung und Antragstellung in allen Angelegenheiten, bezüglich welcher im Landesbudget die Verteilung des Erfordernisses nach einem festen Schlüssel zu erfolgen hat.
6. Die Vorbereitung und Antragstellung in anderen Angelegenheiten, die sich ausschließlich auf das Gebiet der betreffenden Landesausschußsektionen beziehen.

Einstimmig angenommen.

Antrag Dr. Perathoner: In jenen Fällen, in welchen nach der Gemeindeordnung oder nach den besonderen Statuten zu Rechtsgeschäften der Gemeinden ein allerhöchst genehmigter Landtagsbeschluß, in dringenden Fällen aber ein allerhöchst genehmigter Beschluß des Landesausschusses erforderlich ist, steht die Beschlußfassung, wenn der Landtag nicht versammelt ist, dem gemeinsamen Landesausschusse zu.

Abgelehnt über Dirimierung des Vorsitzenden bei Stimmgleichheit.

Zusammensetzung des Landesausschusses und der Ausschußsektionen:

Die Anzahl der in den Landesausschuß zu wählenden Mitglieder wird auf elf festgesetzt, von welchen sieben Mitglieder von den Abgeordneten des deutschen und vier Mitglieder von den Abgeordneten des italienischen Landesteiles zu wählen sind. Die sieben von den Abgeordneten des deutschen Landesteiles gewählten Landesausschußmitglieder gehören zur deutschen, die vier von den Abgeordneten des italienischen Landesteiles gewählten Landesausschußmitglieder zur italienischen Sektion des Landesausschusses.

Einstimmig angenommen.

Teilung der Wahlkurie des adeligen Großgrundbesitzes:

Die Wahlkurie des adeligen Großgrundbesitzes ist in zwei Wahlkörper zu teilen, der deutsche Wahlkörper mit dem Wahlorte in Innsbruck, der italienische Wahlkörper mit dem Wahlorte in Trient. Die Mandate sind zwischen den deutschen und italienischen Abgeordneten dieser Wählerkurie nach dem Verhältnisse von 3:2 aufzuteilen.

Abstimmung:

1. Die Teilung dieser Kurie in zwei Wahlkörper angenommen mit 6 gegen 4 Stimmen.
2. Das Teilungsverhältnis der Mandate angenommen mit 8 gegen 3 Stimmen.

Fortgesetzt am 9. Juli 1902.

Zusammensetzung des Landesschulrates und seiner Sektionen:

Der Beratung wird der beiliegende Gesetzentwurf zu Grunde gelegt. § 35 I, II und III werden angenommen mit folgendem Zusatze zu IH/6 (Antrag Glatz): „Außerdem ist der Fürstbischof von Trient befugt, einen zweiten Geistlichen für die Sitzungen der italienischen Sektion als Vertreter der Kirche zu delegieren.“

Der Antrag Perathoner, daß § 35 II 3 zu lauten habe: „Zwei Vertreter der katholischen Kirche, und zwar ein Geistlicher aus den Diözesen Salzburg und Brixen“ wird abgelehnt.

§ 35 IV wird angenommen mit dem Zusatzantrage Dr. Wackernell:

9. Die Landesschulinspektoren: Der Referent für die administrativ-ökonomischen Angelegenheiten und die Landesschulinspektoren haben nur in jenen Angelegenheiten eine beschließende Stimme, über welche sie Bericht erstatten; in anderen Angelegenheiten steht denselben nur ein beratendes Votum zu.

Dieser Zusatz wird über Dirimierung des Vorsitzenden mit Stimmgleichheit angenommen.

§§ 36, 37, 38 und 39 werden angenommen mit dem Zusatze, daß dem gemeinsamen Landesschulrate auch die Schulen der Gerichtsbezirke Fassa, Ampezzo und Buchenstein und der Gemeinden Luserna, Floruz, Gereut und Palai gehören und daß das Wort „ladinische“ (Schulen oder Unterrichtssprache) zu entfallen hat.

Die endgültige Stillisierung des beiliegenden Gesetzentwurfes ist erst vorzunehmen und hiebei nach Antrag Dr. Wackernell auf die Bestellung von Stellvertretern für die Mitglieder des Landesschulrates und der Sektionen Rücksicht zu nehmen.

Örtliche Kompetenz der Landesausschußsektionen und des gemeinsamen Landesausschusses sowie des Landesschulrates:

Dem gemeinsamen Landesausschusse und Landesschulrate bleiben in allen Angelegenheiten untergeordnet die Gemeinden der Gerichtsbezirke Ampezzo, Buchenstein und Fassa, ferner die Gemeinden Luserna, Floruz, Gereut und Palai.

Der italienischen Abteilung des Landesausschusses und Landesschulrates werden unterstellt die Stadtbezirke Trient und Rovereto sowie die politischen Bezirke Borgo, Cavalese, Cles, Primiero, Riva, Rovereto, Tione und Trient mit Ausschluß der Gemeinden St. Felix, Proveis, Laurein und U. L. Frau im Walde des politischen Bezirkes Cles und Altrei und Truden des politischen Bezirkes Cavalese.

Alle übrigen Gemeinden des Landes unterstehen der deutschen Abteilung des Landesausschusses und Landesschulrates.

Innsbruck am 9. Juli 1902.

Dr. Th. Kathrein, Obmann

Dr. Carl Pusch

Dr. Conci

Schriftführer.